Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

29. Jahrgang

Januar 1936

Heft 1

P. 819/36

Wirtschaftsführung

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

Das Jahr 1935 hat für die Wirtschaftsführung aller Grade zunehmende Erschwerungen gebracht. Verknappungen in der Rohstoffversorgung verbunden mit einer Steigerung der Roh- und Halbstoffpreise auf wichtigen Versorgungsgebieten haben die Führung der Wirtschaftsbetriebe und Wirtschaftsgruppen so manches Mal vor verantwortungsvolle Entscheidungen und Maßnahmen gestellt.

Das neue Jahr, an dessen Anfang wir stehen, wird kaum eine durchgreifende Besserung der derzeitigen allgemeinen Lage der deutschen Volkswirtschaft bringen. Denn nach wie vor befindet sich die deutsche Wirtschaft nach außen und innen in einem Befreiungskampf, der folgerichtig durchgeführt werden muß, wenn das Ziel des Kampfes erreicht werden soll.

Nichtsdestoweniger wird das Ergebnis der z. Z. im Gange befindlichen Entwicklung für die Zukunft von erheblicher Wichtigkeit sein. Gelingt es, die Versorgung mit in- und ausländischen Rohstoffen in zunehmendem Ausmaße sicherzustellen, ohne daß dadurch das gesamte Wirtschaftsgefüge ins Wanken und der wirtschaftliche Wiederaufbau ins Stocken gerät? Das ist die Frage, die das Jahr 1936 jedem einzelnen von uns in seinem Wirkungsbereich zu lösen aufgibt, deren Lösung aber die Sammlung und den Einsatz aller verfügbaren Kräfte und Mittel erfordert.

Die Aufgabe ist groß, groß ist die Lösung. Doch gewaltiger noch ist der Erfolg und die Auswirkung, wenn die Lösung gelingt. Vor Beginn des Werkes sei versucht, noch einmal in knappen Zügen, und zwar aus den Zusammenhängen und Aufgaben der Wirtschaftsgemeinschaft heraus, die an die Wirtschaftsführung aller Grade ganz allgemein gestellten Forderungen richtungweisend zu umreißen.

1. Die Aufgabe

Wer sich mit den Aufgaben der Wirtschaftsführung befaßt, muß vor allen Dingen die Zusammenhänge und Aufgaben einer Wirtschaftsgemeinschaft erfassen. Denn andernfalls wird jeder Versuch, die Wirtschaft als Ganzes oder in ihren Teilen zu führen, nur Spiel oder Stümperei bleiben.

Es ist bekannt und im Rahmen unserer Zeitschrift immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß es stets Zweck und Aufgabe der Wirtschaft gewesen ist, die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung und Entwicklung des menschlichen Lebensstandes und zur Verwirklichung der menschlichen Lebensziele in der Gesamtheit zu schaffen, mögen diese nun selbst wiederum materiell oder ideell sein. Ebenso bekannt, wenn auch vielfach nicht in der gleichen Weise beachtet, ist, daß dieser Satz nicht nur für die eigene, sondern für jede Wirtschaftsgemeinschaft ganz gleich welcher Rangstufe gilt, mag man dabei nun die Volks- oder Einzelwirtschaft, den Betrieb oder Haushalt derselben in den Brennpunkt der Betrachtungen stellen.

Im Banne der gewaltigen Entwicklung unserer bäuerlichen und gewerblichen Produktionswirtschaft wird vielfach auch heute noch die Lösung der in dieser Weise der Wirtschaft als Ganzes gestellten Aufgabe lediglich in der Bereitstellung der für menschliche Zwecke ganz allgemein benötigten menschlichen Erzeugnisse gesehen, wobei man je nach Einstellung und Betrachtungsbereich den Bedarf an Gütern, Mitteln und Wegen entweder enger, z. B. als reine Werkleistungen, oder weiter, z. B. als Werk- und Dienstleistungen aller Art, fassen kann.

Eine solche Auffassung ist, wie die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte mit Deutlichkeit zeigt, nicht nur einseitig und abwegig, sondern darüber hinaus auch gefährlich und unheilvoll. Führt sie doch nur zu leicht zu Fehlmaßnahmen, Überspannungen und Zusammenbrüchen, wie sie die Welt der Nachkriegsjahre zur Genüge erlebte, mit dem Endergebnis, daß an der einen Stelle Überfluß, an der andern Stelle Mangel an ein und denselben Gütern des menschlichen Lebensbedarfs herrschte und beide, Überfluß und Mangel, schließlich nichts anderes als Not und Elend bedeuteten.

Das alles geschah, obwohl wohldurchdachte Erzeugungs- und Absatzpläne im einzelnen aufgestellt wurden und gewaltige Finanzprogramme die Durchführung beider von der finanziellen Seite her gewährleisten sollten. Der Fehler, der hierbei gemacht worden ist, bestand nicht etwa darin, daß man überhaupt Programme und Pläne aufgestellt hat. Denn die werden immer, selbst dann, wenn sie sich im Verlauf des Geschehens als undurchführbar erweisen, ein wichtiges und unentbehrliches Hilfsmittel für jede Führung der Wirtschaft ganz gleich welchen Grades bilden. Der Fehler, der heute längst von allen Einsichtigen erkannt worden ist, lag vielmehr vor allen Dingen darin, daß man trotz aller Kaufkrafttheorien die Aufgabe der Wirtschaft allzu einseitig in der Bereitstellung des eigentlichen Güterbedarfes erblickte, anstatt für die Sicherstellung desselben unter gesunden Bedingungen im Gesamtzusammenhang der jeweiligen Wirtschaftsgemeinschaft Sorge zu tragen.

Hier aber kommt es nicht nur auf die Bereitstellung von wirklich oder vermeintlich benötigten Werk- oder Dienstleistungen an, deren Verwendungs- oder gar Bereitstellungsmöglichkeit irgendwie finanziert und konsolidiert werden muß. Entscheidend vielmehr ist ganz allgemein, ob und inwieweit es der Wirtschaftsführung gleich welcher Grade gelingt, auf der einen Seite den benötigten Güterbedarf in Gestalt des Sozialprodukts, auf der andern Seite die entsprechende Erwerbsmöglichkeit in Gestalt des Sozialertrags in einem derartigen Ausmaß und

einer derartigen Verteilung zu schaffen, daß dadurch die Verwendung beider, d. h. also des Sozialprodukts und des Sozialertrags, im Sinne des eingangs erwähnten Wirtschaftszwecks sichergestellt werden kann[1]).

Zur Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags tritt somit die Art und Weise ihrer Verwendung, die selbst wiederum von der Verteilung beider und den Möglichkeiten ihrer Vereinigung in der verwendenden Hand abhängig ist. Neben die Leistung und den Leistungsertrag als Maßstab dessen, was ein Mensch oder Volk Natur und Geschichte abzuringen vermag, tritt als notwendige Ergänzung der Aufwand und Aufwandsdienst und damit das, was ein Mensch oder Volk mit dem Ertrag seiner Leistung anzufangen versteht. Damit ist gleichzeitig auch die Aufgabe der Führung einer jeden Wirtschaftsgemeinschaft gegeben, deren Leben und Wirken sich nach den Gesetzen der Wirtschaftsdynamik vollzieht, deren Lebens- und Wirkungsbereich aber den Fortschritt und Aufstieg zur Wirtschaftskultur zur Losung erhebt[2]).

Die auch heute noch vielfach anzutreffende einseitige Betrachtung der Gesamtwirtschaft unter dem Gesichtswinkel der eigentlichen Gütererstellung hat in der Vergangenheit auch in anderer Beziehung zu einer Reihe von Trugschlüssen und Fehlmaßnahmen geführt, deren praktische Auswirkungen eine Klärung der oben erwähnten Zusammenhänge und Aufgaben einer jeden Wirtschaftsgemeinschaft zum Wohle der Zukunft dringend erforderlich machen.

Geht man von der ersten Voraussetzung jeder wirklichen Wirtschaftsgemeinschaft aus, nämlich daß jeder, der zur Wirtschaftsgemeinschaft gehört, auch in der Lage sein muß, in der Gemeinschaft leben und wirken zu können, so versteht es sich von selbst, daß die Führung der Wirtschaft verpflichtet ist, hierfür Sorge zu tragen. Eine solche Verpflichtung der Führung hat so manchen, der es ernst mit den Aufgaben einer Wirtschaftsgemeinschaft nimmt, dazu veranlaßt zu fordern, daß sämtliche arbeitsfähigen Volksgenossen in irgendwelche Wirtschaftsbetriebe eingegliedert werden müßten, ganz gleich ob diese nun dadurch gefördert oder geschädigt werden.

Die Mittel und Wege, die hierfür vorgeschlagen wurden, waren zwar unterschiedlicher Art. Sie liefen aber letzten Endes stets auf das gleiche hinaus, nämlich auf das Ziel, für jeden Volksgenossen in irgendeinem Wirtschaftsbetrieb einen Platz frei zu machen. So wurde z. B. u. a. die grundsätzliche allgemeine Kürzung der Arbeitszeit auf sechs oder vier Stunden verlangt und damit begründet, daß die bei dem heutigen technischen Stand für die Bereitstellung des erforderlichen Güterbedarfes benötigte Arbeitszeit nur eine Beschäftigungsmöglichkeit der verfügbaren Gesamtarbeitskräfte in diesem Ausmaß gestatte. Andere Vorschläge liefen auf die Teilung der bisher von ein und derselben Person durchgeführten Arbeiten hinaus, wobei man unter dem Drucke der Arbeits- und Erwerbslosennot verständlicherweise zunächst nur zu oft mehr an die Unterbringungs- und Beschäftigungsmöglichkeit als an die zu erzielende Leistung und ihre Verwendbarkeit dachte.

Manche erblickten in dem hohen Stand unserer Arbeitstechnik die Ursache allen Übels und versuchten durch Bekämpfung der Maschine und des technischen Fortschritts neue Unterbringungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die freien menschlichen Arbeitskräfte bereitzustellen. Wiederum andere griffen die Art und Weise unseres Wirtschaftens an, sahen in der hochentwickelten kapitalwirtschaftlichen Technik die Wurzel der Not und versuchten, durch Bekämpfung und Vernichtung derselben zusätzliche Arbeitsstätten zu schaffen.

Das alles ist verständlich und trotzdem irrig. Irrig darum, weil es nicht Fortschritt und Aufstieg, sondern Rückschritt und Abstieg unserer Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet, weil es nicht Leistung und Dienst von dem einzelnen wie von der Gesamtheit als Verpflichtung verlangt, sondern „Beschäftigung" und „Arbeit" wie wirkliche oder vermeintliche Rechte und Vermögenswerte verteilt, noch dazu auf Grund von Forderungen, die auf die Dauer nur durch wirkliche Leistung und wirklichen Dienst erlangt und behauptet werden können. Irrig aber auch darum, weil alle derartigen Bestrebungen den eigentlichen tiefen Sinn jeder Arbeit und jedes Werkes, jeder Leistung und jedes Dienstes und damit des menschlichen Wirkens und Schaffens in der Gesamtheit verkennen, der nicht etwa ausschließlich in der Bereitstellung materieller Güter für menschliche Zwecke liegt, sondern darüber hinaus darin, das Leben vom materiellen wie ideellen Standpunkte aus möglich und des Lebens wert und würdig zu machen.

2. Einsatz und Verteilung der lebendigen Kräfte

Überblickt man die geschichtliche Entwicklung dessen, was wir Wirtschaft nennen, so erkennt man deutlich, daß eines ihrer bedeutungsvollsten Merkmale auf allen Wirtschaftsstufen in der Freisetzung menschlicher Arbeitskräfte aus dem ursprünglichen Arbeitsbereich und damit in der Freimachung derselben für neue Wirkungsbereiche menschlicher Schöpferkraft und menschlichen Wagemutes besteht.

Das war bereits so, als es dem Fortschrittstriebe des Menschen gelang, die einfachsten Lebensbedürfnisse für Nahrung und Kleidung, Wohnung und Daseinsbehauptung unter Einsatz und Aufwand von wenigeren menschlichen Arbeitskräften zu decken. Das war noch so, als mehr und mehr der Anspruch auf Art, Ausmaß, Güte und Verbilligung der menschlichen Erzeugnisse wuchs, obwohl das Wachstum seinerseits wiederum, wie z. B. bei den kommerziellen und industriellen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts, den Einsatz und Aufwand neuer lebendiger Arbeitskräfte verlangte.

Kriege und Krankheiten, Auswanderungen und wirtschaftliche Teilentwicklungen selbst mögen gelegentlich das vorerwähnte Merkmal der Entwicklung der Wirtschaft als Ganzes verdunkeln. Nichtsdestoweniger bleibt als untrügliche Tatsache bestehen, daß die Erstellung des menschlichen Lebensbedarfes an materiellen Gütern im Verhältnis zu dem Wachstum desselben unter einem immer geringer werdenden Einsatz und Aufwand an menschlichen Arbeitskräften erfolgt. Oder mit andern Worten für die

1) Zur näheren Unterrichtung über die hier erwähnten Zusammenhänge wird auf die Arbeiten verwiesen, welche unter der Überschrift „Wirtschaftsdynamik" seit Anfang 1934 in Techn. u. Wirtsch. in zwangloser Folge erscheinen.

2) Vgl. hierzu die grundlegenden Ausführungen in „Wirtschaftskultur", Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1934, Seite 1 ff. und „Wirtschaftsdynamik", Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1935, Seite 1 ff.

Bereitstellung des menschlichen Lebensbedarfes an materiellen Gütern werden auf die Dauer gesehen bei gleicher oder wachsender Volkszahl in der Regel weniger Menschenkräfte als verfügbar benötigt.

Es ist hier nicht der Platz, auf alle die Schlußfolgerungen einzugehen, die aus diesem bedeutungsvollen Merkmal menschlicher und völkischer Lebenskraft in früheren Zeiten ebenso wie heute, angefangen von der Geburtenbeschränkung bis zur Arbeits- und Leistungsbeschränkung gezogen worden sind. Nur auf das eine sei, weil in diesem Zusammenhang wichtig, ausdrücklich hingewiesen. Eine derartige Freisetzung von Arbeitskräften bedeutet nur, daß es freie und darum verfügbare menschliche Lebenskraft, nicht aber daß es für sie keinen Lebensraum und kein Wirkungsfeld gibt.

In früheren Zeiten haben neben den Verlusten durch Krankheit und Krieg im eigenen Lande zumeist Wanderungen in die Fremde oder Werbungen aus der Fremde die freigewordenen Lebenskräfte eines Volkes in Anspruch genommen. Bis dann die Entwicklung von Wirtschaft und Staat dieses kostbarste Gut jedes Volkstums wiederum im eigenen Lande gebunden und — freigesetzt hat.

Im Wirkungsbereiche der Wirtschaft waren es vor allen Dingen die in ihrer Bedeutung vielfach noch immer verkannten Initiativkräfte des Unternehmers, die im Zuge der oben erwähnten kommerziellen und industriellen Entwicklung immer aufs neue freigewordene Arbeitskräfte des Volkes zu binden vermochten. Bis dann die politischen Entscheidungen zu verschärftem Daseinskampf führten, der seinerseits wiederum die Initiativkraft des Unternehmertums lähmte und dadurch die Aufnahmemöglichkeiten von freiwerdenden Arbeitskräften des Volkes verminderte.

Im Wirkungsbereiche des Staates war es demgegenüber vor allen Dingen das macht- und kulturpolitische Wollen, das mit wachsendem Arbeitsfeld und Verwaltungsgebiet den Einsatz und Aufwand immer neuer Arbeitskräfte verlangte und so vielfach ein ganz neues nützliches Wirkungsfeld für menschliche Dienste und Lebenskraft schuf. Bis dann der machtpolitische Zusammenbruch und die Lähmung der Erwerbswirtschaft auch die Lebens- und Wirkungskräfte des Staates ergriffen und zu Einsparungen zwangen, die hier wie dort zur zusätzlichen Freisetzung von früher nutzbar verwandten Diensten und Arbeitskräften in Gestalt von Pensionären, Arbeits- und Erwerbslosen führten. Die aber waren Glieder des Volkes und mußten daher auch ohne Gegenleistung und Gegendienste im Sinne des Gemeinschaftsgedankens von der Produktionswirtschaft versorgt und vom Volke als Ganzem dem Leben des Volkes erhalten werden.

Allen diesen Entwicklungen aber war stets eines gemeinsam. Die schöpferischen und wagenden Kräfte in Wirtschaft und Staat waren es, die — zunächst gleichsam vom Himmel gefallen oder vom Zufall dahergeweht — die freiwerdenden Arbeitskräfte des Volkes banden. Bis dann die schöpferischen und wagenden Kräfte in Wirtschaft und Staat allenthalben erlahmten und zur natürlichen Freisetzung durch Fortschritt und Aufstieg die zusätzliche durch Rückschritt und Abstieg der Volkswirtschaft kam, weil niemand da war, der sie wirkungsvoll und zweckentsprechend auf irgendwelchen Lebens- und Wirkungsbereichen einzusetzen vermochte [3]).

Gewinnt es da nicht den Anschein, als ob doch die Beschränkung der Arbeits- und Lebenskräfte, die Beschränkung der Arbeitszeit und Arbeitsleistung notwendig wäre? Beginnt da nicht doch der vielumstrittene technische Fortschritt und die heiß umkämpfte Entwicklung der kapitalwirtschaftlichen Technik schließlich sinnlos zu werden? Die Fragen sind wichtig genug, um eine klare Antwort fordern zu können.

Erinnern wir uns an das, was im vorigen Abschnitt über den Zweck und die Aufgabe jeder Wirtschaftsgemeinschaft gesagt worden ist. Erinnern wir uns insbesondere daran, daß alles Wirtschaften stets aus zwei großen Teilen besteht, von denen der eine die Bereitstellung des benötigten Lebensbedarfes bezweckt, während der andere sich mit seiner Verwendung für die menschlichen Lebenszwecke befaßt.

Wie wirkt sich nun eine derartige Teilung der Aufgaben in einer Wirtschaft aus, und welche Voraussetzungen sind notwendig, um die Lösung der gemeinsamen Aufgabe im Sinne des eingangs erwähnten Wirtschaftszweckes sicherzustellen? An einigen Beispielen sei das in kurzen Zügen erläutert.

In den Zahlentafeln 1 bis 4 ist eine Reihe verschieden gelagerter Fälle in vereinfachter Form aufgeführt. In jedem Beispiel gehört zur Wirtschaftsgemeinschaft eine bestimmte Anzahl von menschlichen Kräften (A-, B- bzw. D-Kräfte), die ihrerseits wiederum einen Haushalt von im Durchschnitt insgesamt vier Köpfen zu unterhalten haben. Das Einkommen (Leistungsertrag) jeder einzelnen Kraft und damit auch jedes Haushalts möge im Mittel 200 RM betragen, aus denen der Erwerb des Lebensbedarfs für den Haushalt selbst gedeckt werden muß.

In Zahlentafel 1 sind sämtliche eingesetzten Kräfte (A-Kräfte) in zwei Gruppen von Produktionsbetrieben (P-Betrieben) beschäftigt, die ihrerseits für das von ihnen erstellte Sozialprodukt einen Sozialertrag von einem derartigen Ausmaß erzielen müssen, daß dadurch nicht nur der an die zugehörigen A-Kräfte gezahlte Lohn, sondern auch der für die Durchführung der Betriebszwecke benötigte Aufwand am anteiligen Sozialprodukt gedeckt werden kann, mag dabei im einzelnen nun der Aufwand für Zwecke der Anlagenschaffung oder der laufenden Versorgung benötigt werden. Das aber heißt umgekehrt, daß — wenn man von den Möglichkeiten absieht, die sich aus einer Vorratshaltung bzw. Bestandsveränderung ergeben — jede Gruppe von P-Betrieben nur soviel an Ertrag an die in ihr beschäftigten A-Kräfte abgeben kann und abgeben darf, als ihr an Gesamtertrag aus dem Verkaufserlös ihres Anteils am Sozialprodukt nach Abzug ihres eigenen Aufwands oder Bedarfs an Anteilen am Gesamt-Sozialprodukt beider Gruppen zur Verfügung steht. Der Lebensstandard der Gesamtheit der A-Kräfte hängt somit seinerseits nicht nur von Art, Menge, Güte und Preis der einzelnen Bestandteile des Sozialprodukts und damit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beider Gruppen von Produktionsbetrieben ab, sondern darüber hinaus auch von deren Nutzungsvermögen und Wirt-

[3]) Vgl. hierzu „Ingenieur und Wirtschaft" in *R. Heiß*, „Die Sendung des Ingenieurs im neuen Staat", VDI-Verlag 1934, Seite 79 f.

Zahlentafel 1. Die Erstellung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags in zwei Gruppen von Produktionsbetrieben einschl. der zu ihnen gehörenden Kräfte

I. Die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Auftrieb)

Werte in Mill. RM Mengen: M = Millionen; T = Tausend			P'-Betriebe		A'-Kräfte		P"-Betriebe		A"-Kräfte	
Anzahl			75		5 000		25		10 000	
			Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Wert des Sozialprodukts			1,25	—	—	—	3,75	—	—	—
Wert des Sozialertrags			—	1,25	—	—	—	3,75	—	—
Verteilung von — an	P'	A'	1,00	—	—	1,00	—	—	—	—
	P"	A"	—	—	—	—	2,00	—	—	2,00
	Insgesamt		1,00	1,25	—	1 00	2,00	3,75	—	2,00
Verbleibt zum Erwerb des Sozialprodukts			0,25	—	1,00	—	1,75	—	3,00	—

II. Die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Ausgleich)

Nr.	Preisklasse RM je Einheit	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
a	0,10	1,0 M	0,10	4 0 M	0,40	1,0 M	0,10	50 M	0,50
b	2,50	20 T	0,05	120 T	0,30	100 T	0,25	180 T	0,45
c	50,00	1 T	0,05	4 T	0,20	7 T	0,35	8 T	0,40
d	1 000,00	50	0,05	100	0,10	450	0,45	350	0,35
e	25 000,00	—	—	—	—	24	0,60	12	0,30
Sa.	Gesamtwert 5,0	—	0,25	—	1,00	—	1,75	—	2,00
	= 100 %	—	5 %	—	20 %	—	35 %	—	40 %

Zahlentafel 2. Die Erstellung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags wie Zahlentafel 1 (zusammengezogen)

I. Die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Auftrieb)

Werte in Mill. RM Mengen: M = Millionen; T = Tausend			P-Betriebe		A-Kräfte	
Anzahl			100		15 000	
			Soll	Haben	Soll	Haben
Wert des Sozialprodukts			5,00	—	—	—
Wert des Sozialertrags			—	5,00	—	—
Verteilung von — an	P	A	3,00	—	—	3,00
	Insgesamt . .		3,00	5,00	—	3,00
Verbleibt zum Erwerb des Sozialprodukts			2,00	—	3,00	—

II. Die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Ausgleich)

Nr.	Preisklasse RM je Einheit	Menge	Wert	Menge	Wert
a	0,10	2,0 M	0,20	9,0 M	0,90
b	2,50	120 T	0,30	300 T	0,75
c	50,00	8 T	0,40	12 T	0,60
d	1 000,00	500	0,50	450	0,45
e	25 000,00	24	0,60	12	0,30
Sa.	Gesamtwert 5,00	—	2,00	—	3,00
	= 100 %	—	40%	—	60%

Zahlentafel 3. Die Erstellung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags in je einer Gruppe von Produktionsbetrieben und Selbstverwaltungen einschl. der zu ihnen gehörenden Kräfte

I. Die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Auftrieb)

Werte in Mill. RM Mengen: M = Millionen; T = Tausend			P-Betriebe		A-Kräfte		S-Verwaltungen		B-Kräfte	
Anzahl			100		15 000		10		10 000	
			Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Wert des Sozialprodukts			8,00	—	—	—	—	—	—	—
Wert des Sozialertrags			—	8.00	—	—	—	—	—	—
Verteilung von — an	P	A	3,72	—	—	3,72	—	—	—	—
	P	S	2,28	—	—	—	—	2,28	—	—
	A	S	—	—	0,72	—	—	0,72	—	—
	S	B	—	—	—	—	2,48	—	—	2,48
	B	S	—	—	—	—	—	0,48	0,48	—
	Insgesamt		6,00	8,00	0,72	3,72	2,48	3,48	0,48	2,48
Verbleibt zum Erwerb des Sozialprodukts			2,00	—	3,00	—	1,00	—	2,00	—

II. Die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Ausgleich)

Nr.	Preisklasse RM je Einheit	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
a	0,10	2,0 M	0,20	9,0 M	0,90	1,0 M	0,10	6,0 M	0,60
b	2,50	120 T	0,30	300 T	0,75	60 T	0,15	200 T	0,50
c	50,00	8 T	0,40	12 T	0,60	4 T	0,20	8 T	0,40
d	1 000,00	500	0,50	450	0,45	250	0,25	300	0,30
e	25 000,00	24	0,60	12	0,30	12	0,30	8	0,20
Sa.	Gesamtwert 8,00	—	2,00	—	3,00	—	1,00	—	2,00
	= 100 %	—	25 %	—	37,5 %	—	12,5 %	—	25 %

schaftlichkeit. Kann doch, wie bereits erwähnt, den Haushalten der A-Kräfte mengen- wie wertmäßig nur das zur Verfügung gestellt werden, was von dem Ergebnis der Leistung der P-Betriebe nach Abzug ihres notwendigen Eigenaufwands verbleibt. Es ist wichtig, sich diesen Zusammenhang auch bei den nachfolgenden Beispielen vor Augen zu halten.

In Zahlentafel 2 sind die P-Betriebe und die dazu gehörenden A-Kräfte zu je einer besondern Gruppe zusammengezogen, um dadurch den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Überlegungen zu schaffen.

In Zahlentafel 3 ist die Anzahl der P-Betriebe und A-Kräfte die gleiche geblieben. Demgegenüber haben sich aber die gesamten in der Wirtschaftsgemeinschaft eingesetzten menschlichen Kräfte von 15 000 A-Kräften um 10 000 B-Kräfte auf insgesamt 25 000 vermehrt, wobei die B-Kräfte in 10 S-Verwaltungen (Selbstverwaltungen) ohne eigene Produktivkraft an Sachgütern beschäftigt werden. Sollen neben den P-Betrieben und A-Kräften auch die S-Verwaltungen und B-Kräfte von den ersteren mit einem bestimmten Anteil am Sozialprodukt versorgt werden, so müssen gleichzeitig die ersteren (P-A-Gruppe) an die letzteren (S-B-Gruppe) auch den entsprechenden Anteil am Sozialertrag abtreten, der von den letzteren zum Erwerb der Anteile am Sozialprodukte der ersteren benötigt wird. Hierbei gilt wiederum, daß im Bereiche der S-B-Gruppe von dem

abgetretenen Anteil der P-A-Gruppe am Sozialprodukt und Sozialertrag mengen- wie wertmäßig für die B-Kräfte nur soviel verbleibt, als die entsprechenden Aufwendungen der S-Verwaltungen für die eigenen Lebenszwecke übrig gelassen haben. Oder mit anderen Worten der Lebensstandard der A- und B-Kräfte wird nicht nur wie im Beispiele 1 durch die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der P-Betriebe bestimmt, die für sämtliche Beteiligten sowohl das Sozialprodukt als auch den entsprechenden Sozialertrag bereitzustellen haben, sondern darüber hinaus auch noch durch die Wirtschaftsweise der S-Verwaltungen, die ganz gleich, ob ihre Tätigkeit für die P-Betriebe selbst nützlich ist oder nicht, einen Teil des Sozialprodukts und Sozialertrags für ihre eigenen Lebenszwecke in Anspruch nehmen müssen.

In Zahlentafel 4 ist das gesamte Wirtschaftsgefüge noch um eine weitere Gruppe von menschlichen Kräften (D-Kräfte) verstärkt, die ihrerseits sowohl für die P-Betriebe und S-Verwaltungen als auch für die A- und B-Kräfte Dienste leisten und für diese Dienste von diesen ein bestimmtes Entgelt erhalten. Auch sie leisten

Zahlentafel 4. Die Erstellung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags wie Zahlentafel 3 erweitert um eine zusätzliche Gruppe von Dienstleistungen verrichtenden Kräften

I. Die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Auftrieb)

Werte in Mill. RM Mengen: M = Millionen T = Tausend			P-Betriebe		A-Kräfte		S-Verwaltungen		B-Kräfte		D-Kräfte	
Anzahl			100		15 000		10		10 000		10 000	
			Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Wert des Sozialprodukts			10,00									
Wert des Sozialertrags				10,00								
Verteilung von — an	P	A	4,32			4,32						
	P	S	2,68					2,68				
	A	S			0,72			0,72				
	S	B					2,88			2,88		
	B	S						0,48	0,48			
	P	D	1,00									1,00
	A	D			0,60							0,60
	S	D					0,40					0,40
	B	D							0,40			0,40
	D	S						0,40			0,40	
	Insgesamt		8,00	10,00	1,32	4,32	3,28	4,28	0,88	2,88	0,40	2,40
verbleibt zum Erwerb des Sozialprodukts .			2,00		3,00		1,00		2,00		2,00	

II. Die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Ausgleich)

Nr.	Preisklasse RM je Einheit	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
a	0,10	2,0 M	0,20	9,0 M	0,90	1,0 M	0,10	6,0 M	0,60	6,0 M	0,60
b	2,50	120 T	0,30	300 T	0,75	60 T	0,15	200 T	0,50	200 T	0,50
c	50,—	8 T	0,40	12 T	0,60	4 T	0,20	8 T	0,40	8 T	0,40
d	1000,—	500	0,50	450	0,45	250	0,25	300	0,30	300	0,30
e	25000,—	24	0,60	12	0,30	12	0,30	8	0,20	8	0,20
Sa.	Gesamtwert 10,00		2,00		3,00		1,00		2,00		2,00
	= 100%		20%		30%		10%		20%		20%

wie alle andern bestimmte Abgaben an die S-Verwaltungen und verwenden den dann noch verbleibenden Rest für den Erwerb des von ihnen benötigten Lebensbedarfs. Auch ihnen wird also — hier allerdings in jedem Falle auf Grund eines geleisteten Dienstes, sei es z. B. auf Grund einer Abtretung von Forderungen und Rechten, sei es auf Grund irgendwelcher Hilfen o. dgl. — auf der einen Seite unmittelbar oder mittelbar der benötigte Anteil am Sozialertrag, auf der andern Seite der benötigte Anteil am Sozialprodukt von den Produktionsbetrieben zur Verfügung gestellt. Auch für sie gilt das bereits oben für die A- bzw. B-Gruppe Gesagte, nämlich, daß ihr Lebensstandard letzten Endes sowohl von der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der P-Betriebe als auch von der sparsamen und zweckmäßigen Wirtschaftsweise der S-Verwaltungen abhängig ist.

Zusammengefaßt kann somit an Hand der Zahlenbeispiele festgestellt werden:

In jeder Wirtschaftsgemeinschaft, so z. B. in der eines Volkes, müssen die Produktionsbetriebe in der Gesamtheit, d. h. also der Teil der Gesamtwirtschaft, den wir oben mit Produktionswirtschaft bezeichnet haben, stets für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft sowohl das gesamte Sozialprodukt als auch den gesamten Sozialertrag schaffen, der für den Erwerb des Sozialprodukts erforderlich ist. Oder mit andern Worten: die Produktionswirtschaft muß insgesamt stets aus ihrem Sozialertrag den Wertanteil den übrigen Trägern und Kräften der Wirtschaftsgemeinschaft zur Verfügung stellen, den sie ihrerseits für den von ihr zur Verfügung gestellten Anteil am Sozialprodukte von den übrigen Trägern und Kräften der Wirtschaftsgemeinschaft verlangt.

Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß sowohl artliche, räumliche und zeitliche als auch mengen-, güte- und preismäßige Verlagerungen innerhalb der Grenzen einer derartigen Wirtschaftsgemeinschaft vorkommen, die im einzelnen u. U. hin und wieder die Wahrheit und Bedeutung des oben für das Ganze gefundenen Grundsatzes verdunkeln können. Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß mit der Entstehung der Produktionswirtschaft für die Bereitstellung sowohl des Sozialprodukts als auch des Sozialertrags im Rahmen der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft eine Arbeitsteilung eingesetzt hat, mit allen den Stärken und Schwächen, den Rechten und Pflichten, welche eine solche Teilung der Arbeit innerhalb des betreffenden Ganzen mit sich bringt.

Damit wird gleichzeitig die von der Führung einer Wirtschaft zu lösende Aufgabe nicht nur zu einem Erstellungs- und Verwendungs-, sondern darüber hinaus auch noch zu einem Verteilungsproblem, und zwar zu einem solchen sowohl des verfügbaren Sozialprodukts als auch des dazu gehörigen Sozialertrags, deren Ausgleich in einer Hand von Fall zu Fall überhaupt erst eine gesunde Verwendung und Nutzung auf die Dauer ermöglicht. Die alte aus dem eigentlichen Güterverkehr stammende Dreiteilung des Wirtschaftsverlaufs in Erstellung (Produktion), Verteilung (Distribution) und Verwendung (Konsumption) taucht wieder auf, nunmehr aber in den Zusammenhängen einer Wirtschaftsgemeinschaft als Aufgabe der Führung des Ganzen gefaßt.

Das alles bedeutet noch nicht, daß alle verfügbaren menschlichen Kräfte nun produzieren bzw. ihre Arbeitskraft der Produktionswirtschaft selbst widmen müssen; noch nicht einmal, daß alle ihr dienlich oder gar dienst-

bar zu sein haben. Es bedeutet nur, daß das, was eine Wirtschaftsgemeinschaft in ihren einzelnen Trägern und Kräften wie in ihrer Gesamtheit an Sozialprodukt und dem zu seinem Erwerb benötigten Sozialertrag bedarf, ganz gleich mit welchem Einsatz und bei welcher Verteilung der verfügbaren menschlichen Kräfte, von der Produktionswirtschaft in einer derartigen Weise erstellt werden muß, daß die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags im Sinne des eingangs erwähnten eigentlichen Gesamtwirtschaftszwecks unter gesunden Bedingungen erfolgen kann.

Aufgabe der Produktionswirtschaft als Ganzes ist es somit, das benötigte Sozialprodukt und den benötigten Sozialertrag in angemessener Verteilung zwecks einwandfreier Verwendung sicherzustellen, und zwar unter dem Gesichtspunkt bestmöglicher Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Nicht aber ist es Aufgabe der Produktionswirtschaft, dafür Sorge zu tragen, daß alle lebendigen Kräfte eines Volkes auch ihre Beschäftigung oder sogar nutzbringende Verwendung finden. Dafür zu sorgen, ist zunächst Aufgabe und Pflicht jeder einzelnen Lebenskraft selbst, sodann aber auch Sache jeder Staats- und Kulturpolitik, die die Aufgabe hat, für den Einsatz und die Verteilung der verfügbaren Lebenskräfte eines Volkes auf lange Sicht hinaus den gesunden und fruchtbringenden Boden zu schaffen [4]).

3. Wirtschaftsführung und Betriebspolitik

Auf Grund der in den beiden vorigen Abschnitten festgestellten Tatsachen ergibt sich sowohl für die Führung der Wirtschaft als Ganzes als auch für die in der eigentlichen Produktionswirtschaft zu verfolgende Betriebspolitik eine Reihe ganz bestimmter Forderungen und Richtlinien, von denen hier nur die wichtigsten wiedergegeben werden können.

a) für die Führung der Wirtschaft als Ganzes

1. Maßgebend für das, was an Sozialprodukt und Sozialertrag erstellt und verteilt werden muß, ist und bleibt die Verwendung unter dem entscheidenden Gesichtspunkt des jeweils zu erfüllenden eigentlichen Wirtschaftszwecks. Bei der Erstellung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags ist jedoch neben dem jeweiligen Wirtschaftszweck auch die Wirkung aller drei Stufenfolgen des Wirtschaftens auf den Wirtschaftenden selbst und seine Umgebung im Gemeinschaftsverband zu beachten.

2. Im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen Wertbildung dient im Grunde nur der eigentliche Güterkern dem Verwendungszweck. Demgegenüber stellt der Ausdruck in Geldwerten nur ein notwendiges und kunstvolles Hilfsmittel des eigentlichen Verteilungssystemes dar, um auf diese Weise die ausgleichende Verbindung zwischen der von Hand zu Hand erfolgenden Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags einerseits und der Möglichkeit ihrer Verwendung in einer jeweils hierzu geeigneten und tauglichen Hand anderseits schaffen und sicherstellen zu können. Getragen wird das Verteilungssystem von der ihm zugrunde liegenden Werteinheit der Währung. Beeinflußt wird es im Verteilungsgefüge durch die Auswirkungen der jeweils herrschenden Lohn-, Preis- und Zinspolitik.

4) Im einzelnen wird hierauf in späteren Arbeiten, insbesondere im Rahmen der „Wirtschaftsdynamik" eingegangen werden.

3. In jedem Falle hat die Verteilung nicht nur die Bedarfsdeckung der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft an zweckentsprechend benötigten Gütern zu ermöglichen. Vielmehr hat sie darüber hinaus für einen derartigen Anfall des Sozialertrags und Sozialprodukts Sorge zu tragen, daß ein Ausgleich beider in einer Hand, d. h. also eine Eigenkapitalbildung, bestehend aus im eigenen Wirkungsbereich zur Verwendung gelangenden Sachgütern auf die Dauer gewährleistet wird. Die Bildung von Geldsparkapital ist somit nur insoweit zu fördern, als es für die Bedarfsdeckung von Wirtschaft und Staat unter gesunden Bedingungen notwendig ist.

4. Die Verteilung des Sozialertrags und Sozialprodukts hat nicht etwa ausschließlich nach den Gesichtspunkten einer reinen produktionswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu erfolgen. Sind erst einmal die Daseins- und Entwicklungserfordernisse der Produktionsbetriebe in gesunder Weise gewahrt, so unterliegt die Verteilung des verbleibenden Sozialertrags und Sozialprodukts in erster Linie den jeweiligen menschlichen und völkischen Daseins- und Aufstiegs-, Kultur- und Sittengesetzen. Die aber werden aus den materiellen und ideellen Erfordernissen einer Gemeinschaft selber heraus geboren, sind daher stets ebenso naturbedingt wie individuell, so sehr auch allgemeingültige Sitten, Gesetze und Bräuche die Menschheit als Ganzes verbinden mögen.

5. Bei der Verteilung des Sozialertrags und Sozialprodukts als Vorstufe ihrer sinngemäßen und zweckentsprechenden Verwendung ist die Wirkung der Verteilungsmethode auf die Lebenskraft des einzelnen Menschen wie des gesamten Volkes zu beachten. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist mit allem Nachdruck zum Wohle aller zu fordern, daß im Rahmen einer Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft die Verteilung des Sozialertrags und Sozialprodukts nicht in erster Linie auf Grund von überkommenen oder gar angeeigneten Gewalten und Rechten, sondern auf Grund von tatsächlichen Leistungen und Diensten erfolgt mit der Einschränkung, daß ein bestimmter unterer Lebensstand jedem, auch dem Untauglichen oder Unwilligen gesichert sein muß — so viel, um ihn nicht verkommen zu lassen, und so wenig, daß er trotzdem zu Leistung und Dienst angehalten wird. Die Verteilung des Sozialertrags und Sozialprodukts hat daher nicht in erster Linie nach den Ansprüchen einer wirklichen oder vermeintlichen Notwendigkeit zur Bedarfsdeckung zu erfolgen, sondern darnach, ob und inwieweit der Bedarfsanspruch durch eine Leistung und einen Dienst gerechtfertigt ist. Hier kann eine wirkungsvolle und zweckentsprechende Verteilung einen wesentlichen Beitrag zur menschlichen und völkischen Erziehungs- und Veredlungsarbeit leisten, die Forderungen stellt, um Hochleistungen und Edeldienste erzielen zu können.

b) für die Betriebspolitik der Produktionswirtschaft

6. Die der Produktionswirtschaft in der Gesamtheit gestellte Aufgabe, nämlich das Sozialprodukt und den Sozialertrag für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft zu erstellen, macht es notwendig, die Gesamtheit der Produktionsbetriebe nicht nur gesund und stark, sondern auch leistungs- und entwicklungsfähig zu erhalten. Praktisch

möglich ist dies nur im Rahmen eines gesunden und die Kräfte stählenden Wettbewerbs bei vernünftiger Preis- und Produktionspolitik sowie angemessener Wirtschaftlichkeit, die ihrerseits wiederum nur an Hand des organischen Zellensystems der Betriebswirtschaft nachprüfbar ist.

7. Ebenso wie es notwendig ist, daß jeder Betrieb auf die Dauer aus seinem Ertrag den eigenen Daseins- und Entwicklungsbedarf sicherzustellen vermag, ist es umgekehrt sowohl in seinem eigenen Interesse als auch zum Wohle des Ganzen erforderlich, daß ein Betrieb nicht mehr, als er für seine Zwecke unter gesunden Bedingungen zu benötigen glaubt, von seinen Erträgen für sich behält. Jedes Mehr, das ein Betrieb darüber hinaus an Überschüssen erzielt, ist von ihm teils für besondere Leistungen und besondere Dienste zur Verfügung zu stellen, teils zur Verbilligung oder Verbesserung des Produkts zu verwenden (vgl. Zahlentafel 5).

8. Jeder Betrieb, der irgendwelche Produkte erstellt, muß seinerseits nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen an die Bereitstellung des für den Erwerb seiner eigenen Produkte benötigten Anteils an der Kaufkraft (Sozialertrag) der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen an die Bereitstellung des dadurch von ihm geschaffenen Sozialertrags als zusätzliche Kaufkraft im Rahmen der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft denken. Oder mit andern Worten, ein jeder Betrieb hat nicht nur auf den Absatz seiner eigenen Erzeugnisse und die dadurch bedingte Inanspruchnahme des Sozialertrages zu achten, sondern auch auf die Auswirkungen, welche durch seine eigenen Aufwendungen und die dadurch bedingte Schaffung und Verteilung des Sozialertrages entstehen.

Zahlentafel 5. Beispiel einer betriebs- und volkswirtschaftlich gesehen gesunden Betriebspolitik

Erzielt auf Grund folgender Preispolitik:

Senkung des Verbraucherpreises auf . . . . . 60,0 %
Senkung des Materialpreises I durch verbilligte Materialarten auf rd. . . . . 73,6 %
Senkung des Materialpreises II durch verbilligte Materialarten auf rd. . . . . 70,0 %

			Stück-Preise			Umsatzwerte			
			Stufe I	Stufe II		Werte in 1000 RM		In Stufe II mehr als in Stufe I	
			in RM + %	in RM	in %	Stufe I	Stufe II	Werte	%
Umgesetze Mengen			bei gleich. Mengeninhalt bzw. Einheitsgewicht			1000	4000	3000	300
Sozialprodukt bzw. Sozialertrag der Wirtschaftsgruppe			100,0	60,0	100	100,0	240,0	140,0	140
Verteilung des Sozialertrages auf	Handel		34,0	18,0	30	34,0	72,0	38,0	112
	Industrie	Neu- u. Ersatz-Kapitalbildung	—	4,2	7	—	16,8	16,8	—
		Handlung	28,0	11,4	19	28,0	45,6	17,6	63
		Veredlung	13,0	6,0	10	13,0	24,0	11,0	85
		Material II	6,0	4,2	7	6,0	16,8	10,8	180
		Material I	22,0	16,2	27	22,0	64,8	42,8	195
Deckung der festen Kosten des Handels (veränderl. Kosten mit 15 % angenommen)			19,0	9,0	15	19,0	36,0	17,0	90
Verwandt für Industrie-Gefolgschaft (ohne zusätzliche Mat.-Schaffung)			24,0	10,2	17	24,0	40,8	16,8	70

9. Da der innere Wert jeder Währungseinheit letzten Endes stets irgendwie auf der Produktions- und Ertragskraft einer Wirtschaftsgemeinschaft beruht und auch ein Volk in der Gesamtheit auf die Dauer nicht mehr verwenden kann, als es zu beschaffen, d. h. also zu leisten vermag, kann eine Verbilligung oder Verbesserung der Produkte vom Standpunkt der Kaufkraft aus gesehen nur auf Grund einer Vermehrung oder Verbesserung der Leistung oder auf Grund von Verlagerungen zu Lasten anderer Produkte erfolgen. Das letztere setzt allerdings in jedem Falle voraus, daß durch die zusätzliche Belastung der Umsatz bzw. Absatz der belasteten Produkte nicht in Frage gestellt wird.

10. Was an Arbeitskräften oder Dienstleistungen von einem Produktionsbetriebe in Anspruch genommen werden muß, kann nur der Produktionsbetrieb selbst vom Standpunkte der ihm gestellten Aufgabe aus bestimmen. Maßgebend hierbei ist, daß der Betrieb die erforderliche Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Erstellung des ihn angehenden Sozialprodukts und Sozialertrages erzielt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die nicht von der Produktionswirtschaft unmittelbar aus zu bezahlenden Leistungen und Dienste ebenso wie die Verteilung des Sozialprodukts und Sozialertrags an die übrigen Träger und Kräfte der Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Wege des Beitrags oder der Abgabe sichergestellt werden müssen.

Es wird Aufgabe der kommenden Jahre deutscher Wirtschaftsentwicklung sein, die hier nur in den wichtigsten Punkten und in kurzen Umrissen wiedergegebenen Forderungen und Richtlinien der Führung unserer Wirtschaftsgemeinschaft in Wissenschaft und Praxis der Klärung näherzubringen. [2681]

Wirtschaftliches aus Südafrika

Südafrika ist eines der wenigen, wirtschaftlich wirklich sehr bevorzugten Länder, die ich auf meinen Reisen kennengelernt habe. Es ist das einzige Land, das ungeachtet aller Weltkrisen sich stetig, wenn auch in Wellenlinien ungewöhnlich schnell aufwärts entwickelt hat. Die Natur hat mit verschwenderischer Fülle ihre Gaben über Südafrika ausgestreut. Südafrika ist der größte Golderzeuger der Erde. An den Platinvorkommen Südafrikas sind Riesenvermögen verdient worden, und es gab eine Zeit, wo Diamanten im Sande aufgelesen werden konnten. Sie könnten noch heute aufgelesen werden, wenn die Menschen sich nicht gegenseitig daran hindern würden. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, wie es Mitteleuropa kennt, ist in Südafrika völlig unbekannt.

Der Lebensstandard ist hoch und wird am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es in Südafrika mehr Automobile als Steuerzahler gibt. Die Handelsbilanz des Landes ist mit durchschnittlich 15 Mill. £ in den letzten Jahren aktiv gewesen. 1933 stieg der Überschuß sogar auf 45 Mill. £.

Nur 10 % der Einnahmen des Staatshaushaltes werden für den Schuldendienst in Anspruch genommen, und auch dieser Anteil ist im Sinken begriffen, da Südafrika eine Anleihe nach der andern vorzeitig zurückzahlt. Es bleibt auch Südafrika von deutscher Seite unvergessen, daß es nach dem Kriege das beschlagnahmte deutsche Privateigentum zurückerstattete. Die südafrikanische Wehrmacht, und das ist für uns vielleicht besonders bemerkenswert, belastet den Haushalt nur mit 2 %

des Gesamtetats (0,7 Mill. £ von 34 Mill. £). An Schulden, inneren und äußeren, entfallen auf den Kopf der Bevölkerung in Südafrika nur 32 £, während in Großbritannien der Bürger mit der fünffachen Summe belastet ist.

Diese wenigen Zahlen genügen, um darzutun, warum sich Südafrika nicht mit der Fülle schwieriger Fragen befassen muß, die das tägliche Brot in Europa geworden sind.

Die wirtschaftliche Vorzugsstellung Südafrikas wird einzig und allein durch das Gold begründet. Südafrika fördert zwischen 40 und 50 % der gesamten Golderzeugung der Welt. Die Ausgaben des Staatshaushaltes der Union werden heute gleichfalls zu etwa 45 % durch die Steuereinnahmen aus den Goldminen bestritten. Aus den teilweise 8000 Fuß tiefen Schächten des Whitewater's Rand in und bei Johannesburg wird jährlich etwa für eine Milliarde Gold herausgeholt und ausgeführt.

Seit dem Verlassen des Goldstandards Ende 1932 hat sich die Bedeutung der südafrikanischen Goldindustrie noch bedeutend gesteigert. Für das Verlassen des Goldstandards haben in Südafrika seinerzeit wichtige Gründe gesprochen, und obgleich die Regierung unbedingt an ihm festhalten wollte, wurde sie gezwungen, dem sich stetig verschärfenden Druck der interessierten Kräfte zu weichen. Bereits im September 1931, dem Zeitpunkt des Verlassens des Goldstandards seitens Englands, begann eine starke Spekulation gegen das südafrikanische £. Im großen Ausmaß wurden mit südafrikanischen Goldpfunden englische Papierpfunde erworben, und diese Spekulation konnte ihre Gewinne nur realisieren, wenn der zweite Teil der Transaktion, nämlich die Umwandlung der englischen Papierpfunde wieder in südafrikanische Papierpfunde möglich war. Auch die Farmer kämpften damals für den Abgang vom Goldstandard, da die südafrikanische Landwirtschaft sich nicht mehr in der Lage sah, im Rahmen des englischen Weltreiches wettbewerbfähig zu bleiben Den stärksten Druck auf die Regierung übte jedoch die Minenindustrie aus, die natürlich außerordentlich daran interessiert war, durch den Übergang zum Papierpfund ihre Gestehungskosten im Verhältnis zum Gold zu senken. Sie konnte aus dem ihr gewissermaßen über Nacht zufallenden Agio von 40 % ungeheure Gewinne ziehen. Wenn auch der Staat durch eine Sondersteuer einen Teil dieser Gewinne zugunsten der Allgemeinheit wegsteuert, so bleibt doch noch genug Gewinnspanne übrig, um geringerwertige Erzvorkommen, deren Abbau bisher nicht einträglich sein konnte, in den Ausbeutungsbereich hineinzuziehen. Ferner konnte die Minenindustrie zahlreiche Gruben, die im Laufe der Zeit hatten stillgelegt werden müssen, wieder in Betrieb nehmen.

Seit dem Verlassen des Goldstandards hat in Südafrika eine ungeheure, wenn auch nur teilweise in Erscheinung tretende „Prosperität" eingesetzt. Innerhalb des Britischen Weltreiches hat Südafrika von jeher den Ruf der Krisenfestigkeit besessen und diese auch in glänzender Weise gerechtfertigt. Große Kapitalien sind nicht nur durch die oben beschriebene Spekulation ins Land zurückgewandert, sondern aus dem gesamten Britischen Weltreich sind der Union zur Anlage große Summen zugeflossen. Hinzu kommt, daß in Südafrika selbst an der Börse große Gewinne erzielt worden sind. Der Durchschnittskurs der Minen-Aktien hat sich auf das Fünffache erhöht, manche besonders spekulativen Papiere sind um das 36 fache gestiegen. Die Folge dieser wirtschaftlichen Vorgänge ist die, daß der Kapitalmarkt in Südafrika sich in einer sehr merkwürdigen Verfassung befindet. Die unnatürliche Lage wird zahlenmäßig klar, wenn man die Entwicklung der bei den Privatbanken der Union liegenden täglich kündbaren Guthaben betrachtet: Am 31. Dezember 1932, kurz vor dem Abgang vom Goldstandard, beliefen sie sich auf rd. 27 Mill. £. Sie sind bis zum 31. Dezember 1934 auf 60 Mill. £ angewachsen. Im Jahre 1934 wurden 1200 neue Aktiengesellschaften zugelassen mit rd. 30 000 000 £ Kapital. Bestehende Gesellschaften erhöhten ihr Kapital um rd. 10 000 000 £. Die Zahl der neu zugelassenen Autos stieg um über 100 %.

Und doch sind auf dem Gebiete der Landwirtschaft schwere Sorgen nicht zu verkennen. Diese haben ihren Grund darin, daß die landwirtschaftliche Ausfuhr Südafrikas ausgesprochen konjunkturempfindlich ist (Wolle, Zucker, Mais), und daß sie darüber hinaus aus Warengattungen besteht, die infolge der sinkenden Kaufkraft des krisengeschüttelten Europas nicht mehr den Absatz finden konnten, wenigstens nicht mehr zu Preisen, die die früher großen Gewinne ließen, wie dies bei den getrockneten und frischen Früchten (Apfelsinen, Weintrauben) der Fall war.

Dazu kommt folgendes. Die Bewässerung bildet für Südafrika große Schwierigkeiten. Die Unregelmäßigkeit der Regenfälle, die für die weitaus meisten Gebiete der Landwirtschaft charakteristisch ist, gibt jeder Farm einen ausgesprochenen spekulativen Charakter, der natürlich auch in der Höhe der Zinssätze, die für landwirtschaftliche Darlehen verlangt werden, seinen Ausdruck findet.

Die Regierung hat durch erhebliche Subventionen (Umschuldung, Hypothekenablösung, Zinsherabsetzung, Ausfuhrprämien) der Landwirtschaft zu helfen versucht, aber bisher ohne wirklich durchschlagenden Erfolg. Mit ihren wichtigsten Waren wird die südafrikanische Landwirtschaft auch in Zukunft von den Weltmärkten abhängig bleiben. Eine Milderung kann nur dadurch erreicht werden, daß man die Bedeutung der Monokulturen herabdrückt, wie dies ja auch in andern Ländern, wie z. B. in Ägypten, angestrebt wird, kurzum, daß man den Aufbau der Landwirtschaft ändert.

Leider besteht das Ideal des jungen Afrikaners heute noch nicht darin, die Farm seines Vaters zu übernehmen, um in gesunder, bäuerlicher Tradition bodenständig einzuwurzeln, sondern darin, die 10 Universitäten und Hochschulen des Landes zu bevölkern. So kommt es, daß der Grund und Boden gewissermaßen industriell ausgewertet wird. Der Farmer ist in der Regel bereit, seine Farm an einem Ende Südafrikas gegen eine andre am andern Ende zu vertauschen, sofern er glaubt, sich dadurch finanziell besser zu stellen.

Die Konsolidierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wird daher für Südafrika von großer Bedeutung bleiben. Ausschlaggebend für die allernächste wirtschaftliche Zukunft bleibt allerdings die Goldminenindustrie, deren Schicksal aber wiederum mit der Preisgestaltung des Goldes in der Zukunft eng verbunden ist. Eine Zeitlang fürchtete man in Südafrika, daß die Welt das Gold als Währungsmaßstab aufgeben würde. Eine derartige Entthronung des Goldes würde allerdings für Südafrika katastrophale Folgen nach sich ziehen. Sie würde das Ende des augenblicklichen wirtschaftlichen Aufbaues dieses Landes bedeuten. Diese Befürchtungen spielen aber heute m. E. nur noch eine untergeordnete Rolle. Dagegen sehen maßgebende Wirtschaftskreise in Südafrika der Stabilisierung der europäischen und amerikanischen Währung mit einiger Sorge entgegen, und man fragt sich, auf welcher Parität zum Gold das englische £ einmal stabilisiert werden wird, denn jede Stabilisierung auf einem höheren Stande verringert die Gewinnmöglichkeiten der Minenindustrie. Es ist aber wohl nicht anzunehmen, daß England auf einem höheren Kurs als dem augenblicklichen stabilisieren wird, und somit erscheinen auch diese Befürchtungen unbegründet. Der Aufrechterhaltung des glücklichen augenblicklichen Zustandes droht — theoretisch wenigstens — nur noch die Gefahr von Lohnkämpfen, die die Produktion verteuern und die Gewinne aus dem Goldagio vermindern können. Minenarbeit wird aber bekanntlich von Schwarzen verrichtet. Rd. ¼ Million schwarzer Arbeiter sind heute mit der Gewinnung des Goldes beschäftigt, und diese Arbeiter werden in „Compounds" von der Welt abgeschlossen. Sie stehen auf einer viel zu niedrigen Kulturstufe, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge auch nur entfernt ahnen zu können. Häufig stammen die Neger auch nicht einmal aus Südafrika, sondern sind in Portugiesisch-Ostafrika geworben. Es verbleibt also eine dünne Schicht der hochbezahlten weißen Ingenieure und Vorarbeiter, die etwa 10 % der Belegschaft ausmachen. Allerdings haben diese bereits gezeigt, daß sie rücksichtslos ihren Vorteil wahren und unter Umständen eine recht erhebliche Unruhe verursachen können. Da aber der Abgang vom Goldstandard im englischen Weltreich und somit auch in Südafrika kaum zu Preissteigerungen geführt hat, ist mit sozialen Erschütterungen — jedenfalls größeren Ausmaßes — kaum zu rechnen.

Dr. *Ernst-Justus Ruperti* [2632]

Die deutschen Messen als Träger der Wirtschaftsbelebung und Wirtschaftsordnung

Von Prof. Dr. KARL C. THALHEIM,
Handels-Hochschule Leipzig

Wie der Leipziger Messe im vorigen Jahrhundert als einziger der alten Warenmessen die Entwicklung von der Warenmesse zur Mustermesse gelungen ist, so wird sie — und in der Beschränkung auf einen engeren regionalen Umkreis auch die sie ergänzende Deutsche Ostmesse in Königsberg — auch in der nationalsozialistischen Wirtschaft ihre Bedeutung als wichtiges Instrument der Wirtschaftsbelebung und Wirtschaftsordnung behalten. Wesentlichen Anteil an ihrer heutigen Bedeutung hat die seit 1918 ungemein rasch gewachsene Technische Messe. Mustermesse und Technische Messe dienen binnenwirtschaftlich besonders der Herstellung des Gleichtakts von Bedarf und Erzeugung, außenwirtschaftlich der Ausfuhrförderung, für die sie bei der heutigen Gesamtlage der deutschen Volkswirtschaft unentbehrlich sind.

Auch für das Wirtschaftsleben gilt das Wort, daß man neuen Wein nicht in alte Schläuche füllen kann. Das bedeutet, daß ein Wandel der Wirtschaftsgesinnung, der für die Gestaltung der Wirtschaft maßgebenden Grundsätze auch die äußere Form des Wirtschaftslebens notwendig umgestalten muß. Wie einschneidend der Sieg der Weltanschauung des Nationalsozialismus für unsere Auffassung von den Zielen der Wirtschaftsführung geworden ist, wissen wir alle. Das bedeutet aber, daß ein großer Teil der organisatorischen Formen, in denen sich im Zeitalter des Individualismus und des liberalen Hochkapitalismus die Wirtschaft abspielte, heute verschwinden muß, weil sie den neuen Zielsetzungen nicht zu genügen vermögen, und daß dafür andere, völlig neuartige Formen der Wirtschaftsführung entwickelt werden.

Gilt diese Feststellung auch für die Messen, die ja in der hinter uns liegenden Wirtschaftsepoche eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Gestaltung der Gesamtwirtschaft hatten? Sind auch sie als Bestandteile einer liberalistischen Wirtschaftsordnung mit dieser dem Untergange geweiht — oder können sie ihre Bedeutung auch in der nationalen Bedarfsdeckungswirtschaft behalten, die wir anstreben?

Schon ein Blick in die Geschichte der Messen zeigt, daß es ein sehr oberflächliches Urteil wäre, wenn man sie nur als Erscheinungsform des Wirtschaftsliberalismus betrachten wollte. Viele Jahrhunderte, bevor es einen Wirtschaftsliberalismus gab, sind die Messen ein wichtiger Bestandteil der damals noch ungleich weniger komplizierten Wirtschaft gewesen. Sie haben unter erheblichen strukturellen Wandlungen und in Deutschland unter Beschränkung auf eine einzige große Messe, nämlich die Leipziger Messe, ihre Bedeutung als Instrument der Wirtschaftsführung auch in dem hinter uns liegenden Jahrhundert zu wahren gewußt. Es wird die Aufgabe dieses Aufsatzes sein, zu zeigen, daß ihnen auch in der nationalsozialistischen Wirtschaft eine unentbehrliche Funktion zufällt.

Von der Waren- zur Mustermesse

Die Messen des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit waren W a r e n m e s s e n , auf denen der Großhändler die Waren selbst zum Verkauf stellte und dem Wiederverkäufer abgab. Bei den primitiven Verkehrsverhältnissen konnte es damals auch gar nicht anders sein, weil ohne dieses unmittelbare Zusammentreffen der Käufer und Verkäufer ein Geschäftsabschluß kaum durchführbar gewesen wäre. Unter der großen Zahl der damals in Deutschland in regelmäßiger Folge abgehaltenen Messen hat die der Stadt Leipzig schon sehr früh eine besondere Bedeutung gewonnen, und zwar aus verkehrsgeographischen Gründen, weil hier in der Leipziger Tieflandbucht eine Reihe wichtiger nordsüdlicher und westöstlicher Handelsstraßen zusammenliefen. Diese alten Formen des Warenhandels wurden aber mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens und des modernen Nachrichtenverkehrs allmählich gegenstandslos; eine nach der andern der alten Warenmessen verkümmerte und ging schließlich ganz ein, und nur die Messe von Nishnij-Nowgorod hat aus den besonderen Bedingungen des russischen Wirtschaftslebens heraus als einzige von allen europäischen Warenmessen den alten Charakter bis zum Weltkriege zu wahren vermocht.

Es ist das entscheidende Ereignis in der Geschichte des deutschen Messewesens gewesen, daß damals in Leipzig die Entwicklung von der alten Warenmesse zur M u s t e r m e s s e gelungen ist — einer Messe also, auf der nicht mehr die Waren selbst zum Verkauf gestellt werden, sondern der Hersteller nur noch Muster ausstellt, an Hand deren der Einkäufer seine Bestellung aufgibt. Daß gerade in Leipzig dieser Sprung von der Warenmesse zur Mustermesse gelang, ist vorwiegend aus der Stellung Leipzigs als wirtschaftlicher Vorort des mitteldeutschen Raumes zu erklären. Es waren typisch mitteldeutsche Industriezweige, bei denen sich wegen ihrer wirtschaftlichen Eigenart zuerst das Bedürfnis herausbildete, durch solche Musterausstellungen den Zugang zum Abnehmer zu suchen, und es lag nahe, als Ort dieses Angebots diejenige Stadt zu wählen, die bisher im Zeitalter der Warenmessen der Standort des Verkaufs der Erzeugnisse selbst gewesen war. Die sächsisch-thüringisch-böhmischen Industriezweige der Spielwaren und Musikinstrumente, der Kurz- und Galanteriewaren, der Metallwaren, Haus- und Küchengeräte, der Glas-, Porzellan- und keramischen Erzeugnisse sind deshalb die Grundlage geworden, auf denen sich die Leipziger Weltmesse aufbaute. Denn nachdem aus den zwingenden Notwendigkeiten dieser Industriezweige heraus überhaupt erst einmal das Prinzip der Mustermesse seine Entwicklung gefunden hatte, fanden sich immer mehr Betriebe auch anderer Produktionszweige, die den Vorteil dieser Methode des Angebotes einsahen und deshalb ebenfalls anfingen, in Leipzig auszustellen — nicht zum wenigsten deshalb, weil die fünf traditionellen Messeindustrien von vornherein stark auf die Ausfuhr eingestellte Industriezweige gewesen sind und deshalb durch sie Ausländer in größerer Zahl als Einkäufer nach Leipzig gezogen wurden, deren Aufmerksamkeit man nun auf diesem Wege auch auf die Erzeugnisse anderer deutscher Industrien zu richten suchte. So ist denn die Entwicklung der Leipziger Messe von vornherein aufs engste mit den Fortschritten der deutschen Ausfuhr verknüpft gewesen, und bereits in der Vorkriegszeit konnte Leipzig für sich in vollem Umfange den Charakter der Weltmesse in Anspruch nehmen.

Mustermesse und Technische Messe

Bis zum Weltkriege waren jedoch in Leipzig mit wenigen Ausnahmen nur Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien vertreten. Einen entscheidenden Wendepunkt bedeutete es deshalb, als seit 1918 zum ersten Male auch Anlagegüter, zunächst vor allem Maschinen und Baustoffe, auf diesem Wege in größerer Zahl den Weg zum Käufer zu suchen begannen. Aus kleinsten Anfängen hat sich

so die Technische Messe in sehr raschem Zeitmaß zu einer Veranstaltung entwickelt, die durch ihre völlige räumliche Geschlossenheit und die gewaltige Fülle des Gebotenen zu einer ebenbürtigen Schwester der alten Mustermesse geworden ist. Bei dieser Entwicklung der Technischen Messe ist die Mitwirkung der Wirtschaftsverbände von größter Bedeutung gewesen. Führend war dabei zuerst der Verein Deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken, dem bald der Zentralverband der Deutschen Elektrotechnischen Industrie und der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten folgten. Der Bau eigener großer Ausstellungshallen auf dem riesigen Ausstellungsgelände in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals hat die Branchenkonzentration der Aussteller ermöglicht, durch die gerade auf der Technischen Messe mit ihren oft auch größenmäßig imposanten Ausstellungsgegenständen ein außerordentlich eindruckvolles Bild von den Leistungen der deutschen Anlagegüterindustrien vermittelt wird.

Bedeutete so die Entwicklung der Technischen Messe einen kaum abzuschätzenden Gewinn für die Leipziger Messe überhaupt, so wurde sie auf der andern Seite im gleichen Zeitabschnitt durch den Wirtschaftswirrwarr der Inflationsjahre empfindlich in Mitleidenschaft gezogen, weil die Fieberhitze der durch die Geldentwertung hervorgerufenen Scheinkonjunktur in einer großen Zahl deutscher Städte zur Gründung eigener Messen führte. Von ihnen haben die Kölner und die Frankfurter Messe vorübergehend Bedeutung zu erlangen vermocht — aber eben doch nur vorübergehend; nach dem Ende der Inflation zeigte sich sehr bald die Künstlichkeit dieser neuen Schöpfungen, denen gegenüber Leipzig den unschätzbaren Vorzug seiner alten Tradition aufzuweisen vermochte. Von allen diesen Neugründungen hat neben Leipzig nur noch eine einzige sich ernstlich zu behaupten vermocht: die Königsberger Deutsche Ostmesse. Sie hat, volkswirtschaftlich gesehen, in ihrer besondern Ausrichtung auf die Wirtschaftsstruktur des deutschen Nordostens und der angrenzenden Staaten den Nachweis ihrer Daseinsberechtigung erbracht. Sie wird diese Bedeutung zweifellos auch behalten, weil ja die Wirtschaftspolitik des neuen Staates den Ostraumgedanken ungleich stärker als die der Vergangenheit in den Vordergrund stellt, und weil die handelspolitischen Wandlungen uns darauf hinweisen, die Wirtschaftsbeziehungen zu unsern östlichen Nachbarstaaten möglichst intensiv zu pflegen. Schon die geographische Lage Königsbergs führt jedoch notwendig dazu, daß die Ostmesse auf diese ihre regionale Bedeutung beschränkt bleiben wird, während die Funktion der Leipziger Messe immer auf die deutsche Gesamtwirtschaft und ihre Ausfuhrbedürfnisse bezogen ist, denen mit einer ausschließlich regionalen Ausrichtung nicht Genüge getan werden kann.

Betrachten wir nun die heutige Stellung der Leipziger Messe als der führenden deutschen Messe etwas genauer, so ist zum Verständnis ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe zunächst einmal zu betonen, daß auf der Messe der Hersteller den Zugang nicht zum letzten Verbraucher, sondern zum Wiederverkäufer seiner Erzeugnisse sucht, wobei als Einkäufer sowohl Großhändler wie auch Einzelhändler — in nicht geringer Zahl die Großbetriebe des Einzelhandels im In- und Auslande — auftreten. In vollem Umfange gilt diese Feststellung allerdings nur für die Mustermesse. Auf der Technischen Messe dagegen ist es in der Mehrzahl der Fälle der Anlagegüterverbraucher selbst, der von den gebotenen Einkaufsmöglichkeiten Gebrauch macht, da es ja einen berufsmäßigen Zwischenhandel mit Anlagegütern nur in sehr viel geringerem Umfange gibt, als das bei den Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien der Fall ist.

Die Mustermesse hat nicht die gleiche räumliche Geschlossenheit, wie sie infolge ihrer späteren Entwicklung die Technische Messe besitzt. Zur Aufnahme der ausgestellten Erzeugnisse stehen insgesamt 24 Meßpaläste in der Leipziger Innenstadt zur Verfügung, in denen jeweils sämtliche Aussteller der gleichen Branche zusammengefaßt sind. Folgende Wirtschaftszweige sind auf der Mustermesse vertreten: Haus- und Küchengeräte, Metallwaren; Kunst- und Kunstgewerbe; Spielwaren; Papierwaren, Bilder, Bücher, Bürobedarf; Glas, Porzellan, Steingut, Tonwaren; Kurz- und Galanteriewaren; Textilwaren und Bekleidung; Möbel und Korbmöbel; Lederwaren und Reiseartikel; Edelmetall und Schmuckwaren, Uhren; Beleuchtungskörper; Verpackung und Reklame; chemisch-pharmazeutische und kosmetische Artikel; Sportartikel; Süßwaren, Nahrungs- und Genußmittel; Musikinstrumente. Die einzelnen Wirtschaftszweige sind dabei nach der Zahl der Aussteller geordnet, mit denen sie auf der Frühjahrsmesse 1935 vertreten waren.

Die Technische Messe ist, wie schon gesagt, im Gegensatz zur Mustermesse zusammen mit der Baumesse in völliger räumlicher Geschlossenheit auf dem gewaltigen Ausstellungsgelände in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals untergebracht, das mit 18 Ausstellungshallen, die zum Teil auch architektonisch sehr bemerkenswert sind, eine gesamte vermietbare Ausstellungsfläche — also unter Abrechnung der Gänge und aller Nebenräume — von rd. 70 000 m² besitzt, wozu noch umfangreiche Flächen des Freigeländes kommen, während die gesamte vermietungsfähige Ausstellungsfläche der Mustermesse sich auf etwa 130 000 m² beläuft. Auch dem Laien wird der Besuch der Technischen Messe immer sehr starke Eindrücke vermitteln, weil alle Maschinen im Betriebe vorgeführt werden, was den Ausstellungshallen während der Messe eine ganz besondere Lebendigkeit verleiht. Trotz ihrer verhältnismäßig noch jungen Entwicklung — die erste Technische Messe wurde 1918 in noch sehr bescheidenen Formen abgehalten — ist heute auf der Technischen Messe bereits eine große Anzahl von Einzelzweigen der Anlagegüter- und Baustoffindustrien vertreten. Es sind die folgenden: Werkzeugmaschinen; Maschinen für Textil, Papier und ähnliche Stoffe sowie für die graphischen Gewerbe; Maschinen und Geräte für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die chemische Industrie, die keramische Industrie und Verpackungsmaschinen; Fördermittel, Pumpen, Kompressoren, Fahrzeuge; Kraftmaschinen, Wärme- und Gastechnik; Werk- und Betriebsstoffe, Industriebedarf; das Gesamtgebiet der Elektrotechnik einschließlich der Funktechnik; Bauwesen und Gesundheitstechnik; gewerbliche Schutzrechte. Neuerdings ist auch die früher zur Mustermesse gehörige Messe für Photo, Optik und Kino der Technischen Messe eingegliedert worden.

Zahl der Aussteller

In wie großem Umfange die deutsche Produktionswirtschaft sich die durch die Leipziger Messe gebotenen Absatzmöglichkeiten zunutze macht, zeigen die Ausstellerziffern. Die Mustermesse verzeichnete auf der Frühjahrsmesse im Jahre 1914: 4253 Aussteller. Die Treibhauskonjunktur der Inflationszeit führte zu einem gewaltigen Wachstum, — die höchste Ausstellerzahl brachte die Herbstmesse 1920 mit 14 039 Ausstellern — dem ein Rückgang notwendig folgen mußte. Immerhin belief sich im Jahre 1929 die Zahl der Aussteller noch auf 10 171. Seit 1930 hat dann

die Wirtschaftskrise der Messe schwere Wunden geschlagen, die aber durch den Wirtschaftsaufschwung seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus wieder in erheblichem Umfange geschlossen werden konnten, so daß die Frühjahrsmessen 1934 und 1935 Ausstellerziffern von 7562 und 7527 verzeichnen konnten. Davon entfielen auf die Technische und Baumesse 2089 und 2394. Eine besonders interessante Entwicklung ist dabei die, daß neuerdings auch das Handwerk durch wesentlich stärkere Beteiligung an der Messe neue Absatzmöglichkeiten zu gewinnen sucht, wobei vielfach zu dem Mittel der Sammelausstellung gegriffen wird, da der einzelne Handwerksbetrieb allein in der Regel die Kosten einer Beteiligung an der Messe nicht aufzubringen vermag.

Zahl der Besucher

Mit besonderer Deutlichkeit zeigt sich die gestiegene volkswirtschaftliche Bedeutung der Messe, die nicht zum wenigsten der Entwicklung der Technischen Messe zu verdanken ist, in den Besucherziffern. Wurde die Frühjahrsmesse 1914 nur von 20 000 Personen besucht, so erreichte der Besuch 1928 einen Höchstwert von 185 000, dem nach einem starken Rückgang infolge der Wirtschaftskrise jetzt wieder ein starkes Anwachsen bis zu einem neuen Höhepunkt von 196 000 auf der Frühjahrsmesse 1935 gefolgt ist. Von besonderer Wichtigkeit ist natürlich auch die Ziffer der Auslandsbesucher, die 1930 über 32 000 betrug. Auch hier ist es in den letzten Jahren gelungen, den starken durch die Weltwirtschaftskrise verursachten Rückgang zum erheblichen Teile wieder auszugleichen, so daß 1935 wieder die sehr erfreuliche Ziffer von 22 000 Auslandsbesuchern erreicht werden konnte. Zur richtigen Bewertung dieser Zahlen muß darauf hingewiesen werden, daß jeder Besucher nur einmal gezählt wird, und daß im Gegensatz zu Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen der weitaus überwiegende Teil aller Besucher aus ernsthaften geschäftlichen Interessenten, aus Kaufleuten, nicht aus „Sehleuten" besteht.

Die Ziffern, die wir im vorstehenden angeführt haben, zeigen bereits mit aller Deutlichkeit, welche erhebliche Bedeutung die Messen auch heute noch und gerade heute für die deutsche Wirtschaft haben. Die vielen Tausende der Aussteller und die Hunderttausende der Besucher würden nicht (oft zweimal im Jahre) die erheblichen Kosten auf sich nehmen, die mit dem Besuch der Messen verbunden sind, wenn es sich nicht hier um eine Einrichtung handelte, der im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart eine unersetzliche Bedeutung zukommt. Es soll deshalb im folgenden versucht werden, diese Bedeutung der Messen für unsere heutige Wirtschaftsgestaltung in ihren wesentlichen Zügen herauszuarbeiten. Wenn dabei in erster Linie von der Leipziger Messe die Rede ist, so beziehen sich doch die Ausführungen sachlich auch auf die Ostmesse, nur mit dem Unterschied, daß eben die Königsberger Messe die gleichen Aufgaben wesentlich für einen bestimmten regionalen Kreis zu erfüllen hat, die der Leipziger Messe für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und ihre Beziehungen zu den Volkswirtschaften des Auslandes zufallen.

Jede der beiden großen deutschen Messen hat ein Doppelgesicht: Eines, das auf den Binnenmarkt, ein anderes, das auf den Weltmarkt gerichtet ist. Namentlich die Leipziger Messe würde ihre große wirtschaftliche Bedeutung nicht haben gewinnen können, wenn sie nicht in so beträchtlichem Umfange das Tor zum Weltmarkt für Deutschlands Fertigerzeugnisse darstellte, wenn nicht, besonders auf der Frühjahrsmesse, unter der Gesamtzahl der Besucher eine so große Zahl von Einkäufern aus dem Auslande sich befände. Spricht man von der Leipziger Messe, so denken viele deshalb zunächst immer an ihre Bedeutung für die Ausfuhr. So groß diese aber auch ist, so dürfen wir darüber doch nicht vergessen, daß auch die Messen insofern den Charakter der deutschen Gesamtwirtschaft widerspiegeln, als die eigentliche Grundlage ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nach wie vor in ihrer Aufgabe im Rahmen der Binnenwirtschaft zu suchen ist. Von dieser binnenwirtschaftlichen Aufgabe soll deshalb hier zuerst die Rede sein.

Die Bedeutung der Messe für die Binnenwirtschaft

Man kann den im Mittelpunkt dieser Bedeutung stehenden Tatbestand nicht kürzer und treffender kennzeichnen, als indem man feststellt, daß die Messe das große Schaufenster der gesamten deutschen Warenerzeugung ist, daß sie in dem langen Weg, den in unserer heutigen komplizierten Wirtschaft die Ware vom Erzeuger zum Verbraucher zurückzulegen hat, einen der Richtungspunkte bildet, die den Warenstrom an diejenigen Punkte hinlenken, wo die Erzeugnisse gebraucht werden.

Gewiß gibt es zahlreiche Werbemittel anderer Art, mit denen der Hersteller den Händler — mag es nun unmittelbar der Einzelhändler sein oder auch der Großhändler, dessen Vermittlungsfunktion in vielen Wirtschaftszweigen unersetzlich ist — auf die von ihm hergestellten Erzeugnisse hinzuweisen vermag. Er kann Kataloge mit Abbildungen versenden, er kann eine bemusterte Offerte machen, er kann Vertreter mit dem Musterkoffer „auf Tour" schicken. Aber einmal gibt es viele Produktionszweige, in denen alle diese Werbemöglichkeiten nur bedingt brauchbar sind. Eine Werkzeugmaschine z. B. kann man dem Vertreter nicht als Muster mitgeben, und ein Prospekt oder ein schriftliches Angebot werden in vielen Fällen nicht genügen, weil der Käufer sich zum Kauf erst dann entschließen wird, wenn er die Maschine in Tätigkeit gesehen hat. Gleiches gilt von vielen Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien, insbesondere dort, wo es sich um eine sehr vielgestaltige Erzeugung handelt, aus der der Vertreter nur eine kleine Auswahl mitnehmen kann, wie das z. B. bei Spielwaren der Fall ist, oder wenn es sich um zerbrechliche oder sperrige Güter handelt, wie bei Glas und Porzellanwaren, bei Möbeln oder Beleuchtungskörpern. In allen diesen Fällen ist die Mustermesse das einfachste und billigste Mittel, mit dessen Hilfe sich der Käufer eine ganz unmittelbare und konkrete Anschauung von den Waren selbst zu verschaffen vermag. Und auch in solchen Produktionszweigen, in denen an sich der Vertreterbesuch ein ausreichendes Bild von den Einkaufsmöglichkeiten bei einer Firma zu vermitteln vermag, gibt darüber hinaus die Messe dem Käufer die Möglichkeit, die Erzeugnisse vieler Firmen zu vergleichen, auf ihre Güte und Preiswürdigkeit, auf ihre Eignung für den besondern Käuferkreis des eigenen Geschäftes hin zu prüfen. Diese Möglichkeit wird durch die in Leipzig seit jeher übliche räumliche Konzentration der Aussteller der gleichen Branche wesentlich verstärkt. Geht man durch die Meßhäuser der inneren Stadt, so findet man im gleichen Hause in unendlicher Fülle nur Spielwaren oder Haus- und Küchengeräte, Porzellan und Glas oder Textilerzeugnisse, wie ebenso auf der Technischen Messe in der gleichen Halle alle Aussteller von Werkzeugmaschinen oder von elektrotechnischen Erzeugnissen oder von Baubedarf ver-

einigt sind. Für die Bedeutung, die gerade diesem Umstande zukommt, spielt natürlich die Größe der Messe eine nahezu ausschlaggebende Rolle. Ich habe bereits vorhin erwähnt, daß in Leipzig viele Branchen sowohl auf der Mustermesse wie besonders auf der Technischen Messe fast mit sämtlichen Herstellerfirmen vertreten sind. In diesen Zweigen hat also der Käufer die beste überhaupt denkbare Möglichkeit, sich aus der Fülle der Erzeugnisse gerade diejenigen auszuwählen, die für seine besondern Zwecke geeignet sind. Aber auch in den Branchen, in denen restlose Vollständigkeit nicht erzielt wird, ist doch im allgemeinen der Ausschnitt aus der Produktion, den die Messe zu vermitteln vermag, groß genug, um einen richtigen Einkauf zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten, mit Hilfe der Messe an den Wiederverkäufer heranzukommen, sind natürlich von ganz besonderer Bedeutung für die große Zahl kleiner und mittlerer Herstellerfirmen, die bei dem verhältnismäßig beschränkten Umfange ihrer Erzeugung nicht in der Lage sind, einen eigenen kostspieligen Absatzapparat aufzubauen, einen umfangreichen Vertreterstab zu unterhalten oder großzügige Werbefeldzüge in der Presse durchzuführen. Man vergißt in der Öffentlichkeit nur zu leicht, daß auch im Zeitalter der Großunternehmung und der Konzernbildung ein großer Teil unserer Wirtschaftsstärke nach wie vor in diesen kleinen und mittleren Unternehmungen begründet ist, und daß es infolgedessen eine sehr wesentliche und wichtige Aufgabe ist, auch ihnen ausreichende Zugangsmöglichkeiten zum Markt zu verschaffen. Mag man vielleicht auch annehmen, daß die großen Unternehmungen ihren Absatz auch ohne die Hilfe der Messe zu bewerkstelligen vermöchten, so würde der Fortfall der Messen doch für die Unternehmungen dieses Typs einen nicht auszugleichenden Schaden bedeuten, weil für sie eben die Messe das schlechthin ideale Mittel ist, mit dessen Hilfe die Vielzahl der Produktionsfirmen die unmittelbare Fühlung mit der Vielzahl der Händlerfirmen aufzunehmen vermag. Es ist infolgedessen verständlich, wenn es, wie wir schon eben sahen, gerade die vorwiegend klein- und mittelbetrieblichen Fertigwarenindustrien des mitteldeutschen Raumes gewesen sind, aus deren Absatzbedürfnissen die Messe in ihrer heutigen Gestalt hervorgewachsen ist. In gleichem Umfange gilt diese Feststellung auch vom Handwerk, dessen immer stärkere Vertretung auf der Messe eben als eine wichtige strukturelle Entwicklungstendenz der letzten Jahre gekennzeichnet wurde. Auch für die Ausfuhrwerbung des Handwerks gibt es kein Werbemittel, das die Messe zu ersetzen vermag.

Indem also die Messe insbesondere den Absatzbedürfnissen der kleinen und mittleren Betriebe dient, entspricht sie gerade den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des neuen Staates; das gilt aber auch ganz allgemein von der Art und Weise, in der durch die Messe das unmittelbare Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage, ihr quantitativer und qualitativer Ausgleich vermittelt wird. Der Erfolg der Meßausstellung zeigt dem Erzeuger ganz unmittelbar und so eindrucksvoll wie möglich, ob seine Erzeugnisse nach Art, Güte und Preis dem Bedarf entsprechen oder nicht. Wer auf der Messe wesentlich schlechter abschneidet als der Durchschnitt seiner Branche, der sieht daraus, daß offenbar die Richtung seiner Erzeugung falsch ist. Anderseits kann gerade die ausgedehnte Auswahlmöglichkeit, von der wir oben sprachen, dem Groß- und Einzelhändler den richtigen Einkauf soweit erleichtern, daß Fehlmaßnahmen soweit wie möglich vermieden werden, Fehlmaßnahmen, die in ihrer Weiterwirkung auf den Hersteller zu Fehlerzeugung und damit in jedem Falle zu Kapitalfehleitungen führen. Richtige Auswertung der Messeerfahrungen durch den Hersteller sichert also den Gleichtakt von Bedarf und Erzeugung, sie ist somit ein wichtiger Faktor für die Verwirklichung einer echten Bedarfsdeckungswirtschaft, und sie arbeitet wesentlich leichter und elastischer, als das eine schematische Planwirtschaft vom grünen Tisch aus tun kann. Darüber hinaus ist der Ausfall der Messe im ganzen und in den einzelnen Branchen ein Wirtschaftsbarometer, das wichtige Rückschlüsse auf die Gesamtlage unserer Wirtschaft zuläßt. Die Börse, die man früher gern als Wirtschaftsbarometer bezeichnete, hat diese Stellung weitgehend eingebüßt und wird sie schwerlich je wieder gewinnen können. Wenn die Messe heute diese Funktion der Börse zum Teil übernimmt, so ist das deshalb ein gesunder Vorgang, weil sie eben den konkreten Vorgängen des wirtschaftlichen Lebens, der Erzeugung und dem Bedarf, ungleich nähersteht als die Börse, und weil spekulative Momente auf sie fast keinen Einfluß haben. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die Messeerfahrungen in den letzten Jahren ständig vom Werberat der Deutschen Wirtschaft für die Diagnose der deutschen Wirtschaftslage ausgewertet worden sind.

Die Tatsache, daß auf der Messe eine große Zahl von Erzeugerfirmen der gleichen Branche, im Grenzfalle sogar sämtliche Firmen, vertreten sind, hat aber auch für die Erzeuger selber eine sehr große Bedeutung; denn sie führt dazu, daß die Messe sich als Anregerin des Fortschrittes in technischer und wirtschaftlicher Beziehung auswirkt. Der Leistungswettbewerb als Ansporn des Fortschrittes tritt nirgends so unmittelbar zu Tage, wie gerade hier; und nur derjenige vermag in diesem Leistungswettbewerb zu bestehen, der mindestens den Durchschnitt seiner Branche zu halten vermag, die großen Geschäfte aber wird von der Messe nur derjenige heimbringen, der über diesen Durchschnitt hinaus mit Höchstleistungen auftritt. Gerade auch die Technische Messe hat diese anregende Wirkung mit aller Deutlichkeit gezeigt. Der deutsche Werkzeugmaschinenbau z. B. würde schwerlich so rasch eine führende Stellung auf dem Weltmarkt gewonnen haben, wenn nicht das jährliche Zusammentreffen der gesamten Erzeugung auf der Technischen Messe hier für jede einzelne Erzeugerfirma den Ansporn zu Höchstleistungen bedeutet hätte. Man hat gerade auf diesem Gebiete von der „Peitsche der Messe" gesprochen, deren Wirkungen für den einzelnen Erzeuger oft nicht gerade angenehm, für die Volkswirtschaft im ganzen aber ein unbedingtes Erfordernis waren. Dabei ist auch von großer Wichtigkeit, daß das persönliche Zusammentreffen zwischen Erzeuger und Händler, auf der Technischen Messe vielfach auch von Erzeuger und Verbraucher, die Möglichkeiten schafft, daß der Händler oder Verbraucher dem Erzeuger seine Erfahrungen und Wünsche unmittelbar vermitteln kann. So bedeuten gerade im Maschinenbau die Messeerfahrungen immer eine wichtige Anregung für die Konstruktionsbüros, deren Auswirkungen sich in den Ausfuhrerfolgen zeigen.

Nicht vergessen sei auch in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Messe seit jeher der große Neuheitenmarkt der deutschen Wirtschaft gewesen ist. Brauchbare Neuheiten werden einen um so größeren Nutzen für die Volkswirtschaft schaffen, je rascher sie sich durchzusetzen vermögen. Auch dazu gibt die Messe die Möglichkeit, indem sie solche Neuheiten oft dem ganzen

Kreis der Weiterverkäufer bekanntzumachen vermag. Eine Spezialaufgabe hat dabei die heutige Messe für gewerbliche Schutzrechte, die frühere Erfindermesse, zu erfüllen, indem sie die Beziehungen zwischen den Erfindern und der Produktion herstellt und bereits zahlreichen Neuerungen eine praktische Durchsetzungsmöglichkeit verschafft hat, die sie sonst infolge mangelnder Geschäftsgewandtheit oder mangelnder Beziehungen ihrer Schöpfer nicht oder doch erst sehr viel später gefunden hätten. Daß auch die aus der früheren Reklamemesse entstandene, jetzt vom Werberat der Deutschen Wirtschaft betreute Reichswerbemesse in der Förderung zweckmäßiger Werbetechnik sowohl dem geschäftlichen Erfolg des einzelnen Betriebes wie damit auch der Umsatzsteigerung der gesamten Volkswirtschaft zu dienen vermag, sei hier wenigstens kurz erwähnt.

Messe und Ausfuhrförderung

Schon diese binnenwirtschaftliche Bedeutung der Messen allein würde ein zureichender Beweis ihrer Existenznotwendigkeit auch in der nationalsozialistischen Wirtschaft sein. Noch deutlicher aber wird diese Notwendigkeit, wenn wir uns außerdem vergegenwärtigen, wie unentbehrlich die Messe im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der deutschen Industriewarenausfuhr ist. Daß es sich bei der Aufrechterhaltung der Ausfuhr um eine wirkliche volkswirtschaftliche Notwendigkeit handelt, ist heute im besondern auch im Hinblick auf die mit der Wiedererlangung der Wehrfreiheit verknüpften wirtschaftlichen Fragen so allgemein anerkannt, daß ich darüber nichts weiter zu sagen brauche. Ebenso allgemein bekannt sind die großen Schwierigkeiten, mit denen unsere Ausfuhr heute aus den verschiedensten Gründen auf den Weltmärkten zu kämpfen hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß heute jede Million an Devisen, die durch zusätzliche Ausfuhraufträge hereingeholt werden kann, geradezu von lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft ist. Wir sind gegenüber unsern Mitbewerbern auf den Weltmärkten, insbesondere England und den Vereinigten Staaten, in vieler Hinsicht im Nachteil, nicht nur im Hinblick auf die Währungsabwertung der beiden genannten Länder, sondern insbesondere auch deshalb, weil unser verarmtes Land weder im gleichen Umfange Ausfuhrkredite geben noch auch einen gleich großzügigen Apparat zur Absatzwerbung auf den Auslandsmärkten aufbauen kann. Der entscheidende Faktor, der trotzdem die Verdrängung der deutschen Erzeugnisse vom Weltmarkte verhindert, ist ihre Güte. Sie kann sich aber nur dann durchsetzen, wenn man mit den Waren auch an den ausländischen Einkäufer heranzukommen vermag, was heute freilich in vielen Fällen eine ungeheuer schwierige Aufgabe bedeutet. Um so wichtiger ist es, alle diejenigen Institutionen aufrecht zu erhalten und zu fördern, mit denen man die ausländischen Interessenten zu erfassen vermag.

Zu diesen Institutionen gehört nun eben mit an erster Stelle die Leipziger Messe. Zahlentafel 1 und 2 zeigen die Stärke des Ausländerbesuchs auf den letzten Messen und die Verteilung der ausländischen Besucher nach ihren Herkunftsländern auf der Frühjahrsmesse 1935. Dabei muß mit besonderm Nachdruck betont werden, daß alle diese Ausländer als Einkäufer, als ernsthafte Geschäftsleute nach Leipzig kommen, nicht etwa als Vergnügungsreisende oder bloße Betrachter. Nach wie vor ist also die Anziehungskraft, die die Leipziger Messe auf den ausländischen Einkäufer ausübt, trotz aller Erschwerungen des Außenhandels und trotz aller Boykottpropaganda sehr

Zahlentafel 1. Zahl der geschäftlichen Besucher aus dem Ausland auf der Leipziger Messe

Frühjahrsmesse 1914	4 226
„ 1922	26 500
„ 1930	32 420
„ 1933	15 523
„ 1934	16 366
„ 1935	21 725

Zahlentafel 2. Verteilung der Auslandsbesucher auf die wichtigsten Länder (Frühjahrsmesse 1935)

Tschechoslowakei	2 792
Holland	2 175
England	1 962
Schweiz	1 765
Österreich	1 442
Frankreich	1 362
Belgien	1 094
Polen	1 074
Übrige europäische Länder	6 537
Europa zusammen	20 203
Afrika	95
USA	473
Übriges Nordamerika	92
Süd- und Mittelamerika	417
Asien	398
Australien	47
Insgesamt	21 725

groß geblieben. Es ist einmal die Tradition, die dabei eine Rolle spielt; Leipzig ist eben die Weltmesse, ist es geblieben trotz allen Wettbewerbs im Messewesen, der sich im Auslande besonders in der Nachkriegszeit herausgebildet hat. Auch die Überlieferung allein aber würde diese Stärke des Ausländerbesuchs trotzdem nicht zu erklären vermögen, wenn nicht die oben behandelte Vielseitigkeit des Angebots deutscher Qualitätserzeugnisse auf der Messe dem ausländischen Besucher die Gewähr gäbe, daß für ihn hier wirkliche geschäftliche Vorteile zu erwarten sind. Man muß ja bedenken, daß gerade für die überseeischen Einkäufer die Reise nach Leipzig mit sehr erheblichen Kosten verknüpft ist. Zur Bewertung der oben gegebenen Ziffern ist deshalb noch besonders zu bemerken, daß die Einkaufskraft der überseeischen Einkäufer im Durchschnitt größer ist als die der Einkäufer aus europäischen Nachbarländern, da aus Übersee nur diejenigen Kaufleute nach Leipzig kommen, die tatsächlich auch Geschäfte in größerem Umfange abzuschließen beabsichtigen.

Trotz der sachlichen Anziehungskraft der Messe würde aber doch wohl der Ausländerbesuch heute nicht seinen tatsächlichen hohen Stand aufweisen, wenn nicht eine rührige und unermüdliche Werbung ständig dafür sorgte, die Überzeugung von der Bedeutung des Messebesuchs auch in den ausländischen Geschäftskreisen wachzuhalten. Trägerin dieser Werbung im Auslande ist das Leipziger Meßamt, das als die einzige große gemeinnützige deutsche Einrichtung zur Ausfuhrwerbung bezeichnet werden kann. 224 ehrenamtliche Vertreter und Geschäftsstellen in nicht weniger als 81 Ländern der Erde sorgen dafür, daß die Messewerbung überall in der Welt dauernd in Gang gehalten wird, schaffen darüber hinaus aber durch ihre regelmäßige Berichterstattung, die durch das Meßamt in vorbildlicher Weise ausgewertet wird, die Voraussetzungen für eine Förderung der deutschen Ausfuhr, die sich in erheblichem Umfange auch außerhalb der Messe abspielt.

Von durchaus nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Ausländerbesuch ist schließlich auch noch die Tatsache, daß der internationale Charakter der Messe sich nicht nur

auf die Einkäuferschaft, sondern auch auf die Ausstellerschaft bezieht. Die Möglichkeit des Ausstellens auf der Messe ist nicht nur auf reichsdeutsche Firmen beschränkt, sondern sie steht auch jedem Ausländer offen. Daß von dieser Möglichkeit in erheblichem Umfange Gebrauch gemacht wird, zeigen die folgenden Ziffern über die Beteiligung ausländischer Aussteller an der Frühjahrsmesse 1935 (Zahlentafel 3).

Zahlentafel 3. Die ausländischen Aussteller auf der Frühjahrsmesse 1935

	Ausland ingesamt . . .	452
Davon aus	Japan	131
„ „	Tschechoslowakei . . .	117
„ „	Italien	84
„ „	Österreich	63
„ „	England	11
„ „	Schweiz	11
„ „	Ungarn	8

In dieser Aufstellung sind nur die unmittelbar ausstellenden ausländischen Firmen enthalten; Ausstellungen durch deutsche Vertreter blieben unberücksichtigt.

Neben den einzelnen ausländischen Ausstellern, die sich ihren Standort in dem Meßhaus ihrer Branche suchen, sind in den letzten Jahren in immer steigendem Maße Kollektivausstellungen einzelner Länder üblich geworden, die damit ihre Volkswirtschaft vor einem internationalen Publikum würdig repräsentieren wollen. So hat z. B. auf der Frühjahrsmesse 1935 die japanische Kollektivausstellung, auf der Herbstmesse 1935 die Kollektivausstellung Hollands und seiner Kolonien allgemein starke Beachtung gefunden. Die Großzügigkeit, mit der in Leipzig auch dem Ausländer die Möglichkeit zur Werbung für seine Erzeugnisse gegeben wird, hat sich als volkswirtschaftlich durchaus zweckmäßig erwiesen; denn sie fördert auch den Besuch ausländischer Einkäufer und damit den Absatz der auf der Messe ausstellenden deutschen Firmen. So hat insbesondere erfahrungsgemäß jede Kollektivausstellung eines Landes zu einem sprunghaften Ansteigen der Besucherziffern aus diesem Lande geführt. Nicht vergessen werden darf auch, daß ein erheblicher Teil der ausländischen Aussteller, insbesondere aus Österreich und der Tschechoslowakei, den deutschen Volksgruppen jenseits der Reichsgrenzen entstammt.

Die exportwirtschaftliche Bedeutung der Messe hat durch die gegenwärtigen Außenhandelsschwierigkeiten nicht verloren, sondern gewonnen. Je schwieriger heute infolge von Kontingentierungen und Devisenbewirtschaftung die Technik des Außenhandels geworden ist, desto wichtiger wird es, daß in Leipzig Erzeuger und Einkäufer sich mündlich über die Geschäftsbedingungen und die Durchführung des Geschäftes zu verständigen vermögen. Denn es können auf diesem Wege oft verhältnismäßig leicht Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die auf dem Wege des Briefwechsels zu einer außerordentlichen Verzögerung führen würden, was häufig einem Nichtzustandekommen des Geschäftes gleichkommt. Diese technischen Erleichterungen gelten insbesondere auch für die Kompensationsgeschäfte, die trotz der in letzter Zeit vorgenommenen behördlichen Einschränkung bei der heutigen Gesamtlage unseres Außenhandels doch immer noch auf längere Zeit hinaus erhebliche Bedeutung behalten werden. Daß es mit Hilfe der Messe möglich ist, wenigstens an einzelnen Punkten eine Bresche in die Mauern der Außenhandelshemmnisse zu legen, zeigt das auf der Frühjahrsmesse 1935 zustandegekommene deutsch-tschechoslowakische Kompensationsabkommen. Dieses sah für Geschäfte, die auf der Messe abgeschlossen wurden, auf beiden Seiten zusätzliche Einfuhrmöglichkeiten über die sonst zugelassenen Kontingente hinaus vor.

Es wäre sehr zu wünschen, daß dieses erste Beispiel auf den künftigen Messen auch seitens anderer Staaten Nachahmung findet.

Zusammenfassung

So zeigt es sich, daß die Leipziger Messe — und das gilt in den engeren Grenzen ihres regionalen Bereiches ebenso auch für die Königsberger Ostmesse — über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung hinaus auch weltwirtschaftlich Nutzen zu stiften vermag. Im Gegensatz zu allen Wirtschaftserfahrungen der Vergangenheit ist ja die heutige Gesamtlage der Weltwirtschaft dadurch gekennzeichnet, daß der in einer Reihe von Ländern feststellbaren Belebung der Binnenwirtschaft eine entsprechende Ausdehnung des Welthandels bisher nicht gefolgt ist. Dieses Mißverhältnis muß, je länger es anhält, zu immer größeren Schwierigkeiten auch in binnenwirtschaftlicher Hinsicht führen. So sicher es ist, daß die Gesundung der Weltwirtschaft nur von innerlich gesundeten Nationalwirtschaften ausgehen kann, so sicher ist es aber auf der andern Seite auch, daß diese Gesundung der Weltwirtschaft als zweite Etappe notwendig ist, wenn nicht der restlose Erfolg der Binnenmarktbelebung in Frage gestellt sein soll. Gelingt es also, mit Hilfe der Messe die deutsche Ausfuhr zu fördern, so bedeutet das auch eine Sicherung der Binnenwirtschaft und hilft mit zur Beseitigung der noch vorhandenen Reste der Arbeitslosigkeit.

Die Leipziger Messe ist niemals als eine repräsentative Veranstaltung gedacht gewesen; aus den Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Alltags hervorgegangen, ist es ihre Aufgabe, nüchtern und praktisch den Ausstellern wie den Einkäufern zu besseren Geschäften zu verhelfen. Aus diesen nüchternen Notwendigkeiten des Alltags ist aber doch tatsächlich in Leipzig eine Repräsentation der deutschen Volkswirtschaft und besonders auch der deutschen Technik erwachsen, wie man sie sich besser und eindrucksvoller gar nicht wünschen kann. Diese Tatsache hat auch den Anlaß dazu gegeben, daß im Laufe der letzten Jahre die Leipziger Messe in immer stärkerem Maße als Plattform für bedeutsame Tagungen und große wirtschaftspolitische Kundgebungen gewählt worden ist. Erinnert sei nur an das alljährlich zur Frühjahrsmesse stattfindende „Messetreffen der Technik", das die führenden technischen Verbände, der Nationalsozialistische Bund deutscher Techniker (NSBDT) und die Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit (RTA), veranstalten, um dadurch die Verbindung von Technik und Volk immer enger zu gestalten, und an die großen Kundgebungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, die von führenden Männern wie *Schacht* und *Bernhard Köhler* zum Anlaß grundlegender Ausführungen über die deutsche Wirtschaftspolitik genommen wurden.

Die schönste Bestätigung ihrer Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft fand jedoch die Leipziger Messe dadurch, daß die Führung des nationalsozialistischen Staates sie ausdrücklich zur einzigen internationalen Messe auf deutschem Boden bestimmt hat, wie das von Minister *Goebbels* auf der Frühjahrsmesse 1934 verkündet wurde. In dieser Stellung wird sie der deutschen Volkswirtschaft als unentbehrliches Instrument innerer Wirtschaftsordnung, als bedeutender Faktor der Wirtschaftsbelebung und als Tor zu den Weltmärkten auch in der Zukunft wertvolle und unersetzliche Dienste leisten können. [2658]

Die Neuausrichtung beim Ausbau unserer Agrarverfassung

Von Dr. J. FROST, München

Dr. Frost setzt mit dem folgenden Beitrag seine Aufsatzreihe „Die neue Agrargesetzgebung" fort. Wir verweisen auf: Regelung der Fettwirtschaft (1933 S. 325), Regelung des Brotgetreidemarktes (1934 S. 133) und Regelung des Schlachtvieh- und Fleischmarktes (1934 S. 337). Die Herausgeber

Die Reichsstatistik zeigt, daß wir in Deutschland etwa 20 000 größere landwirtschaftliche Gutsbetriebe, rd. 1,5 Mill. Bauernwirtschaften und fast 7 Mill. unselbständige landwirtschaftliche und gärtnerische Kleinbetriebe, Arbeiterstellen, Kleinsiedlungen u. dgl. haben. Die Verteilung dieser drei Gruppen über das Reich ist ungleich. Die großen Güter liegen im wesentlichen im Osten, die unselbständigen Kleinbetriebe in den dicht besiedelten industriellen Gebieten des mittleren, westlichen und südwestlichen Deutschland.

Die öffentliche Meinung und namentlich die Ansicht der landfremden städtischen Intelligenz geht dahin, daß volkswirtschaftlich die großen Güter am wichtigsten, die unselbständigen Kleinbetriebe am unbedeutendsten seien. Man nimmt vielfach — sehr zu unrecht — an, daß die großen Güter für die Versorgung unserer Städte den Hauptteil der Lebensmittel liefern. Man war auch gewohnt, daß seit Jahrhunderten die Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes durch die großen Gutsbesitzer vertreten wurden, und daß diese zum Teil die Führer und Bahnbrecher für alle landwirtschaftlichen Fortschritte waren. Die Bauern fingen erst in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege an, als Vertreter ihrer Interessen in wirtschaftlichen und politischen Versammlungen das Wort zu ergreifen. Von dem dritten Stande, den Kleinbauern, Halbbauern und Landarbeitern hörte man unmittelbar überhaupt nichts.

Der Nationalsozialismus hat für die zukünftige Entwicklung unserer Agrarverfassung, d. h. für den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau unseres Landvolkes, neue klare und dem Gesamtwohl der Volksgemeinschaft angepaßte Richtlinien festgelegt:

> **„Bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kann es keine schematische Regelung geben. Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus vor allem wichtig. Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen notwendigen Aufgaben und ist im gesunden Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt" (Parteiamtliche Kundgebung vom 6. 3. 1930).**

Unsere Staatsführung hat der Landwirtschaft zwei große und wichtige Aufgaben übertragen: die Erhaltung und Erneuerung unseres Volkes durch Hervorbringung möglichst vieler gesunder und bodenverbundener Menschen und die Sicherung der Versorgung unseres Volkes mit den wichtigsten Lebensmitteln.

Statistische Erhebungen haben den Beweis erbracht, daß die Erfüllung beider Aufgaben in erster Linie von der Lebenskraft und Leistungsfähigkeit des Bauernstandes abhängt. Unsere Agrarpolitik muß daher eine Bauernpolitik sein und in ihren grundsätzlichen Entscheidungen in erster Linie dem Bauernstand dienen. Die Sicherung des bäuerlichen Besitzstandes wurde durch das Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933 und die Vermehrung der freien selbständigen Bauernhöfe durch das Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums vom 14. 7. 1933 gewährleistet.

Der an Zahl, rassischem Wert und wirtschaftlicher Bedeutung in seiner Gesamtheit weit hinter dem Bauerntum stehende größere Besitz soll dort, wo er aus eigener Kraft auf einem gesunden Betrieb wirtschaftet, erhalten bleiben. Und die große Zahl der unselbständigen Kleinlandwirte, Halblandwirte und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die, soweit sie bäuerlicher Abstammung ist, eines der wertvollsten Glieder unserer Rasse darstellt, ist als gleichwertiger Bestandteil in die große landwirtschaftliche Standesfamilie des Reichsnährstandes eingegliedert worden.

Die Selbständigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes beginnt — schwankend entsprechend den verschiedenartigen Boden-, Klima- und Verkehrsverhältnissen Deutschlands — etwa bei 7,5 ha. Die Grenze zwischen Bauernhof und größerem Gut liegt nach dem Reichserbhofgesetz bei 125 ha. Wir haben leider keine statistische Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe mit 7,5 bis 125 ha. Schätzungsweise beträgt ihre Zahl 1 Mill.

Von den 16,6 Mill. landwirtschaftlichen Berufszugehörigen leben rd. 7 Mill. in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben mit 0,5 bis 5 ha. Die Bevölkerung der 5 Mill. landwirtschaftlichen Parzellenbetriebe und Kleingärten mit weniger als 0,5 ha ist dabei außer Betracht gelassen. Auch von ihnen gehört ein Teil zweifellos dem landwirtschaftlichen Berufsstande an, wenn auch ihr geringer Bodenbesitz für eine selbständige Landwirtschaft nicht ausreicht. 8,5 Mill. landwirtschaftliche Berufszugehörige leben in den bäuerlichen Betrieben mit 5 bis 100 ha, und etwa 1 Mill. findet sich in den Betrieben mit 100 ha und mehr. Je mehr der Boden aufgeteilt ist, um so mehr Menschen ernährt er: der Boden der Parzellenbetriebe mit 0,5 bis 2 ha ernährt auf seiner Fläche 400 Menschen je 100 Hektar, die Kleinbetriebe mit 2 bis 5 ha ernähren 151, die mittelbäuerlichen Betriebe mit 5 bis 20 ha 65, die Großbauernwirtschaften mit 20 bis 100 ha 30 und die Großbetriebe mit 100 und mehr ha 20 Menschen je 100 Hektar.

Je kleiner ein landwirtschaftlicher Betrieb ist, um so arbeitsintensiver wird er geführt, und zwar unter um so stärkerem Einsatz von mitarbeitenden Familienangehörigen. Der Bauer selbst, seine Frau, seine Kinder und sonstigen Familienangehörigen sind die wichtigsten und besten Arbeiter im Betriebe. Für sie gibt es keine ungelösten oder schwer lösbaren Arbeitsfragen. Weder die Arbeitszeit, noch der Lohn, noch die Unterbringung, Kost und Behandlung durch den Arbeitgeber geben ihnen Anlaß zu Auseinandersetzungen. Dasselbe gilt für das ländliche Gesinde — Knechte und Mägde — das auf den meisten Bauernhöfen wie zur Familie gehörig betrachtet und behandelt wird. Die Bauernwirtschaften mit 5 bis 100 ha beschäftigen mit rd. 5,6 Mill. Berufstätigen zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Berufstätigen, und zwar 1,3 Mill. Betriebsinhaber, 3,1 Mill. mitarbeitende Familienangehörige und 1,2 Mill. Lohnarbeiter. Das sind 65 % aller Betriebsinhaber, 72 % aller mitarbeitenden Familienangehörigen und 59 % aller landwirtschaftlichen Lohnarbeiter; und unter letzteren beschäftigen die Bauernhöfe 89 % aller Knechte und 81 % aller Mägde, die in der Landwirtschaft tätig sind.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Bauerntum einschließlich des landgeborenen und bodenverbundenen Teiles der Landarbeiter- und unselbständigen Kleinbauernschaft für die Lösung der bevölkerungspolitischen Aufgabe, die dem Landvolk im Dritten Reich gestellt wurde, an erster Stelle berufen ist.

Auch für die ernährungspolitische Aufgabe der Landwirtschaft steht das Bauerntum an der Spitze. Ihm gehören 68 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. 20 % der landwirtschaftlichen Gesamtfläche bewirtschaften die größeren Güter mit 100 ha und mehr und 12 % die unselbständigen Kleinbetriebe. Aber nicht nur der Größe und dem Wert der Fläche nach, sondern auch nach dem Wert des Anlagekapitals, also nach dem Wert der Gebäude, des Viehs, der Maschinen und Geräte, steht der bäuerliche Besitz an der Spitze. Man darf sich durch den Schein nicht täuschen lassen, als hätten die großen Güter die kostbarsten Baulichkeiten und Einrichtungen. Sowohl in den Werten je Einheitsfläche, als auch im Gesamtbetrage der in der Landwirtschaft angelegten Kapitalien ist die bäuerliche Landwirtschaft der Großlandwirtschaft weit überlegen.

Eine Frage von größter Bedeutung, über die heute noch vielfach ganz falsche Vorstellungen bestehen, ist die, aus welcher Betriebsgrößenklasse der Hauptteil der Lebensmittel stammt, mit denen wir unser Volk ernähren. Man hat in den Jahren 1924/27 durch den Enquête-Ausschuß auf Grund amtlichen Buchführungsmaterials aus über 3000 landwirtschaftlichen Betrieben berechnen lassen, wieviel die verschiedenen Größenklassen landwirtschaftlicher Betriebe für die Marktversorgung mit Lebensmitteln beitragen, und es hat sich dabei folgendes Gesamtbild für die deutsche Landwirtschaft ergeben: die bäuerlichen Betriebe liefern 70 % allen zu Markt kommenden Getreides, 68 % aller Kartoffeln, 88 % des Schlachtviehs, 89 % der Schweine und 83 % der Milch. Der fehlende kleinere Rest wird von den größeren Gütern mit 100, 200 und mehr Hektar an den Markt geliefert. Obschon diese Untersuchungen über die Lage der Landwirtschaft bereits seit 7 Jahren im Druck vorliegen, und obschon der damalige Berichterstatter des Enquête-Ausschusses Dr. *Fensch* in den Jahren 1929, 1930 und später wiederholt über die interessanten Ergebnisse dieser Untersuchungen Berichte veröffentlicht hat, sind sie in nicht-landwirtschaftlichen Kreisen immer noch fast unbekannt, und man bleibt aus Mangel an ernstem Interesse für landwirtschaftliche Fragen bei der alten unrichtigen Meinung von der volkswirtschaftlichen Überlegenheit des Großgrundbesitzes.

Was an dieser vorgefaßten Meinung richtig ist und vermutlich zum großen Teil die unberechtigte Überschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung unseres Großgrundbesitzes hervorgerufen hat, soll nicht verschwiegen werden. Die genannten Untersuchungen des Enquête-Ausschusses haben bestätigt, was Kennern unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht fremd war, daß nämlich die Erträge an Feldfrüchten je Hektar und an Milch je Kuh in den Großbetrieben durchschnittlich höher sind als im Durchschnitt unserer bäuerlichen Betriebe; daß also die Großbetriebe zur Zeit verhältnismäßig höhere Durchschnittserträge bringen, und daß ein großer Teil der Bauernwirtschaften erst auf dem Wege ist, diesem Beispiel zu folgen.

Als der Reichsbauernführer am 17. 11. 1935 in Goslar zum zweiten Jahr der Erzeugungsschlacht aufrief, in der unsere Landwirtschaft die Selbstversorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln erkämpfen soll, hat er besonders darauf hingewiesen, daß noch eine sehr große Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben hinter dem normalen Durchschnitt ihrer Erzeugungsmöglichkeit zurück sei. Diese Betriebe bilden eine Reserve für Ertragssteigerungen, und man wird nun in den nächsten Monaten und Jahren mit allem Nachdruck seitens der landwirtschaftlichen Fachberater und Reichsnährstandsorgane daran gehen, die hinter normalen Durchschnittserträgen zurückgebliebenen Bauernwirtschaften mit Rat und Tat zu unterstützen und somit das Bauerntum auch in seinen Durchschnittsleistungen an die Spitze zu bringen. [2659]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer

Von Wirtschaftsprüfer Geh. Baurat A. A. SCHUBERT VDI, Berlin

Bei den Pflichtprüfungen, die durch § 262 a des HGB für die Aktiengesellschaften seit 1931 vorgeschrieben sind, ergibt sich eine Reihe von Zweifelsfragen mehr oder minder bedeutsamer Art, die im Schrifttum noch nicht genügend geklärt sind. Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen dem Vorstand der geprüften Gesellschaft und dem Bilanzprüfer entwickeln, können leicht zu einer ungleichen Anwendung und Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen führen. Das ist aus mehrfachen Gründen unerwünscht. Infolgedessen ist schon kurz nach der Errichtung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) im Jahre 1933 ein „Fachausschuß" errichtet worden. Doch erwies sich als notwendig, „Sonderfachausschüsse" zu bilden, die vom „Hauptfachausschuß" besondere Aufgaben zugeteilt erhielten. So bestehen zur Zeit drei solche Sonderausschüsse, die je die Fragen bei den Versicherungsprüfungen, bei Prüfungen der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und bei Bank- und Kreditprüfungen behandeln. Bilanzierungs- und Prüfungsfragen allgemeiner Bedeutung werden vom Hauptfachausschuß bearbeitet.

Die Mitglieder der Fachausschüsse setzen sich aus Wirtschaftsprüfern zusammen, die über besondere Erfahrungen verfügen und an verschiedenen Orten im Reiche wohnen. Es besteht daher Gewähr, daß bei den Arbeiten nicht nach örtlichen Sondergewohnheiten verfahren und entschieden wird, sondern nach allgemein gültigen Grundsätzen. Wenngleich es in den ersten Monaten der Tätigkeit des IdW den Anschein hatte, als ob durch den Fachausschuß ein eigenes Aktienrecht der Wirtschaftsprüfer geschaffen werden und diese verpflichtet sein sollten, in Zweifelsfällen auf Grund der Gutachten zu entscheiden, so hat sich doch bald in den Fachausschüssen und bei der Leitung des IdW die Erkenntnis gurchgesetzt, daß die Gutachten „niemals den Charakter zwingender Vorschriften haben; sie legen vielmehr die Grundsätze der Berufsauffassung in Bilanzierungs- und Prüfungsfragen, soweit sich solche nicht bereits herausgebildet haben, gutachtlich fest." Nur wenn ein Wirtschaftsprüfer einem Gutachten, das

eine unzweifelhafte Rechtsauffassung wiedergibt, entgegen handelt, hält sich das IdW für berechtigt, „im Fall einer Gefährdung oder starken Beeinträchtigung der Berufsauffassung durch die Verletzung dieses Gutachtens, den Vorstoß im ehrengerichtlichen Verfahren zu ahnden."

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Bedeutung, die das IdW den Gutachten seiner Fachausschüsse beimißt, allmählich auch „die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung" im Sinne des § 260 b Abs. 1 HGB beeinflussen wird. Infolgedessen steht zu erwarten, daß im Laufe der Zeit ein Teil der Grundsätze, die in den Gutachten behandelt werden, auch für die Buchführung und Bilanzierung solcher Unternehmungen Bedeutung erlangen wird, die nicht der Pflichtprüfung unterliegen. Darum wird es nützlich sein, zumindest einen Einblick in die Gebiete zu nehmen, die in den Gutachten behandelt worden sind.

Seit Bestehen des Fachausschusses im IdW sind bis Juli 1935 insgesamt 34 Gutachten erstattet worden. Sie sind vor kurzem in handlicher Loseblattform im Verlag G. A. Gloeckner, Leipzig, erschienen. Folgende Gutachten dürften von allgemeinem Interesse sein:

Der Vorstand einer geprüften Aktiengesellschaft verlangt, daß der Bilanz-Prüfungsbericht in möglichst abgekürzter Form erstattet werde. Streng geheim zu haltende Verpoolungsquoten, Debitoren und der Inhalt von Lieferverträgen sollten nicht angegeben werden. Der Vorstand begründete sein Verlangen damit, daß sich sämtliche Aktien in seinen Händen befänden, daß dem Aufsichtsrat Personen der Konkurrenzfirmen angehörten, und daß Gefahr bestünde, daß die Berichte einmal Stellen zur Einsicht offen lägen, für die sie nicht bestimmt seien.

Der Fachausschuß kommt in seinem Gutachten (1/1933) zu dem Ergebnis, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die vom Vorstand angeführten Gründe nicht berücksichtigt werden können. Doch lasse sich der Fall ohne genaue Kenntnis der Einzelheiten nicht voll beurteilen.

Mit der Frage, ob und in welchem Ausmaß die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes und der des Aufsichtsrats im Geschäftsbericht anzugeben sind, hatte sich der Fachausschuß in drei Gutachten (6 und 9 aus dem Jahre 1933 und 1/1934) ausführlich zu befassen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Prüfer unter Umständen verpflichtet sei, die Erteilung des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes zu versagen.

Die Innehaltung der steuerlichen Vorschriften nachzuprüfen, ist nur insoweit Pflicht des Wirtschaftsprüfers, als sie Elemente innerhalb des zu prüfenden Jahresabschlusses sind. Stößt der Wirtschaftsprüfer auf unrichtige Behandlung der Steuerangelegenheiten, so wird er den Aufsichtsrat zu unterrichten haben (7/1933).

Der Ausweis der Löhne gemäß § 261 c I 1 HGB hat nach Ansicht des Fachausschusses (11/1933) sämtliche Löhne und Gehälter als Bruttobeträge zu umfassen, in welcher Form auch immer sie gewährt wurden: als Deputate, mietfreie Dienstwohnung, Gratifikationen, Tantiemen, Hausstands- oder Kinderzulagen. Auch unabhängig von dem Zweck, dem sie dienten (produktive oder unproduktive Löhne), der Organisation oder Reparaturarbeiten für Fremde oder Garantiearbeiten, die aus Rückstellungen bezahlt wurden. Zweifelhaft sind Zahlungen für Pensionen, Renten und Abfindungen.

Die Behandlung „unbedingter, bedingter Pensionsverpflichtungen sowie in Aussicht gestellter Pensionen in der Bilanz ist Gegenstand des Gutachtens 13 aus dem Jahre 1933. In der Notwendigkeit des Ausweises solcher Verbindlichkeiten ist der Fachausschuß anderer Ansicht als der Reichsfinanzhof.

Unter Forderungen an abhängige und Konzerngesellschaften sind nicht nur lediglich langfristige Forderungen sondern auch solche auf Grund von Warenlieferungen zu verstehen. Sie können in dreierlei Weise in der Bilanz ausgewiesen werden (4/1934).

Wirken sich Verstöße früherer Jahre gegen die gesetzlichen Vorschriften in der Bilanz aus, so hat der Wirtschaftsprüfer unter Umständen die Erteilung des uneingeschränkten Prüfungsvermerks abzulehnen. Es ist grundsätzliche Pflicht des Wirtschaftsprüfers, seine Prüfung dahin auszudehnen, ob solche alten in der Bilanz wirksamen Verstöße vorliegen (5/1934). Ein Wechselobligo aus Arbeitsbeschaffungswechseln ist im Geschäftsbericht zu erwähnen, wenngleich seine Höhe ziffernmäßig nicht angegeben werden kann (7/1934).

Über den Umfang, in dem dingliche Sicherungen, die aus dem Umlaufsvermögen gegeben wurden, im Geschäftsbericht anzuführen sind, äußert sich das Gutachten 4 aus dem Jahre 1935.

Reichszuschüsse zu Instandsetzungsarbeiten sind ohne Rücksicht auf ihre Form über die Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen und als außerordentliche Erträge oder Zuwendungen gemäß § 261 c II 4 oder 5 auszuweisen. Soll die erfolgte Instandsetzung aktiviert werden, so sollte auch gleichzeitig eine Sonderabschreibung in gleicher Höhe erfolgen (5/1933).

Das letzte der veröffentlichten Gutachten (6/1935) betrifft die Abgabe einer Vollständigkeitserklärung durch den Vorstand der geprüften Unternehmung. Solche Vollständigkeitserklärungen wurden schon vor der Einführung der Pflichtprüfung vornehmlich von den Treuhandgesellschaften gefordert. Das Gutachten verlangt also nichts Ungewöhnliches und Neues. Bei der zunehmenden Bedeutung des Bestätigungsvermerkes des Wirtschaftsprüfers unter der Bilanz steht zu erwarten, daß künftig jedes Jahr eine entsprechende Erklärung vom Vorstand gefordert werden wird. Sie dient nicht nur der Entlastung des Wirtschaftsprüfers sondern auch der Kreditsicherung und damit der Erreichung des Zweckes der Bilanzprüfung. [2628]

Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand

Nach einer zweiten Durchführungsverordnung zu den Vorschriften über die Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand (3. Notverordnung vom 6. Oktober 1931) werden die Bahnen des allgemeinen Verkehrs und die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen von den Vorschriften über die Prüfungspflicht auch für Geschäftsjahre freigestellt, die nach dem 31. Dezember 1934 und vor dem 1. Januar 1931 begonnen haben und beginnen (Verordnung vom 4. 12. 1935, Reichsgesetzblatt I, S. 1418).
Me. [2654]

Kapitalherabsetzung in erleichterter Form

Nach der 12. Durchführungsverordnung zu den Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form (Notverordnung vom 6. Oktober 1931) werden die Fristen, bis zu deren Ablauf eine derartige Kapitalherabsetzung beschlossen werden kann, bis zum 30. Juni 1936 verlängert (Verordnung vom 22. November 1935, Reichsgesetzblatt I, S. 1365). *Me.* [2655]

Die Körperschaftbesteuerung öffentlicher Betriebe

unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes. Von *Heinrich Megow*. Berlin 1935, Deutscher Betriebswirte-Verlag G. m. b. H. 88 S. Preis 6 RM.

Die Besteuerung öffentlicher Betriebe gibt eine Reihe von Zweifelsfragen auf, deren Beantwortung sich der Verfasser in der vorliegenden Arbeit zum Ziel setzt. Das Buch hat seinen besonderen Wert dadurch, daß die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs weitgehend zugrunde gelegt ist; wichtige Teile seiner Entscheidungen sind wörtlich abgedruckt. Im einzelnen gliedert sich die Arbeit in folgende Hauptabschnitte: Gesetzliche Grundlagen der Körperschaftbesteuerung — Bedeutung der Körperschaftsteuer für Versorgungsbetriebe — Steuerpflichtige Betriebe — Steuerbefreite Betriebe — Erstmalige Bilanzierung — Sonderfragen der Einkommensermittlung — Schachtelprivileg — Tarif — Mindestbesteuerung. *Fr.* [2647]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1935

Das Jahr 1935 hat für die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft eine Reihe von bedeutsamen Ereignissen und vielleicht noch bedeutsameren Erkenntnissen gebracht, die wichtig genug sind, um am Jahresende noch einmal festgehalten zu werden.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist erfolgreich durchgeführt worden. Zwar haben sich infolge erschwerter Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten (weitgehende Sättigung der Wirtschaft mit Arbeitskräften, Verbleib eines Restbestandes von ungeeigneten oder überalterten Arbeitskräften) Ausmaß und Tempo des Erfolges vermindert. Das Ziel ist trotzdem nach wie vor das gleiche geblieben: Jeder Volksgenosse, der nutzbringende Arbeit zu leisten vermag und leisten will, soll irgendwie die Möglichkeit finden, sich Arbeit und Lohn und damit ein Dasein aus eigener Kraft zu verschaffen.

Die bereits seit Mitte 1934 deutlich erkennbare Schwerpunktsverlagerung in der Wirtschaftsbelebung von den Verbrauchsgüter- auf die Anlagegüter-Industrien hat sich im Jahre 1935 in stetig zunehmendem Maße verstärkt. Auf die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Entwicklung ist in früheren Arbeiten und Wirtschaftsberichten schon wiederholt hingewiesen worden. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß vorläufig immer noch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und in diesem vor allen Dingen die Neu- und Ersatzbeschaffungen der öffentlichen Hand (Wehrmacht, Arbeitsdienst, Bahn- und Straßenbau usw.) die tragende Kraft der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung sind. Die Verbreiterung der Arbeitsbeschaffungsgrundlagen durch Verlagerung der Beschaffungs- und Unternehmerinitiative auf immer weitere Kreise des Volkes ist heute eine noch der zukünftigen Entwicklung überlassene Aufgabe. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Lösung eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn der begonnene Aufstieg nicht vorzeitig einem Rückschlag Platz machen soll, der um so stärker sein wird, je weniger es gelingt, die Lösung der oben erwähnten Aufgabe mit Erfolg in Angriff zu nehmen.

Die Beschaffungs- und Unternehmerinitiative der öffentlichen Hand beherrscht nach wie vor nicht nur das industrielle und kommerzielle Arbeits- und Wirtschaftsprogramm, sondern auch das finanzielle. Mit der Konsolidierung der eingegangenen alten und neuen Verpflichtungen der öffentlichen Hand wurde im Jahre 1935 begonnen. Rd. 1,8 Mrd. RM neue öffentliche Anleihen wurden aufgelegt, wozu, wie bereits angekündigt, anfangs 1936 noch eine Reichsbahnanleihe in Höhe von 0,5 Mrd. RM kommen wird. Gleichzeitig wurde die Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere die der Gemeinden, erfolgreich weitergeführt. Von beiden, d. h. der Sanierung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzwirtschaft, wird es abhängen, ob und inwieweit der Schwerpunkt in der Beschaffungs- und Unternehmerinitiative von der öffentlichen Hand auf immer weitere Kreise des Volkes verlagert werden kann.

Mehr noch als im vorhergehenden Jahr wurde 1935 die Sicherung der Rohstoffversorgung in den Brennpunkt der Wirtschaftsführung gerückt. Die Notwendigkeit der Rohstoffsicherung im eigenen Lande wurde nicht minder erkannt als die praktischen Grenzen und Möglichkeiten, welche derartigen Bestrebungen durch Natur und Geschichte gegeben sind. Der deutschen Wirtschaft wird zwar nach wie vor die Aufgabe gestellt, durch Entwicklung eigener, d. h. im Inland hervorgebrachter Roh- und Hilfstoffe in weiser Voraussicht sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Überwindung von Notzeiten zu schaffen. Die Bereitstellungsmöglichkeit vollwertiger Rohstoffe auf allen Gebieten bleibt aber auch für die Zukunft trotz der chemisch-technischen Schaffenskraft unserer industriellen und der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit unserer bäuerlichen Erzeugung begrenzt.

Eine ausreichende und angemessene Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit vollwertigen Rohstoffen ist daher nach wir vor neben der Inlandserzeugung auf die Einfuhr aus andern Ländern und damit den Außenhandel und die Weltwirtschaft angewiesen, deren Bedeutung damit erneut in den Vordergrund tritt.

Die gemeinsam von Staat und Wirtschaft unternommenen Bestrebungen, auf der einen Seite den Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande sicherzustellen, auf der andern Seite den Wiederaufbau des gesamten Außenhandels mit Erfolg zu betreiben, haben wenigstens eine weitere Einschrumpfung des Außenhandels zu verhindern vermocht und zudem einen, wenn auch nur geringen, Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erbracht. Allerdings haben die Wirtschaftsbetriebe und namentlich die von der Einfuhr abhängigen Industrien nicht unerhebliche Neubelastungen und Erschwerungen auf sich nehmen müssen. Das ist besonders stark dort in Erscheinung getreten, wo zu den Ausfuhrabgaben und Einfuhrkontingenten noch alle die Beschränkungen und Verteuerungen traten, die durch die Verknappung in der Versorgung mit inländischen Rohstoffen, namentlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, verursacht worden sind. Es ist zu hoffen, daß die in der „Erzeugungsschlacht" des Reichsnährstandes zum Ausdruck kommenden gemeinsamen Anstrengungen der Landwirtschaft ebenso wie die gemeinsamen Anstrengungen des Ein- und Ausfuhrhandels im kommenden Jahre hier fühlbare Erleichterungen bringen. Beides ist nicht nur für die Versorgung und Preispolitik der betroffenen Industriegruppen wichtig, sondern auch für die Kaufkraft und Lebenshaltung der privaten Haushalte aller Teile unseres Volkes notwendig und verlangt gerade infolge dieser doppelseitigen Auswirkungen aufmerksame Beachtung und tatkräftige Unterstützung.

Das für die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft bedeutsamste Ereignis des nunmehr beendeten Jahres ist aber in der folgenden Tatsache zu sehen. Im Jahre 1935 ist nicht nur weiterhin das Preisgefüge in einem mehr und mehr sich steigernden Maße von der Rohstoffseite her in Bewegung geraten, sondern darüber hinaus auch der Preisstand selbst auf der ganzen Linie im Steigen begriffen. Der bereits 1934 festzustellende Preisdruck der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, industriellen Rohstoffe und reagiblen Waren nach oben hat sich nicht unerheblich verstärkt und hat längst — obwohl dies in den amtlichen Kennzahlen nicht zum Ausdruck kommt — auch die Preisbildung der industriellen Fertigwaren ergriffen, wo er sich in einer mengen- oder gütemäßigen Minderung der Fertigwaren geäußert hat (Abb. 1). Hier liegt neben den Grenzen und Möglichkeiten einer nach Menge und Güte ausreichenden und

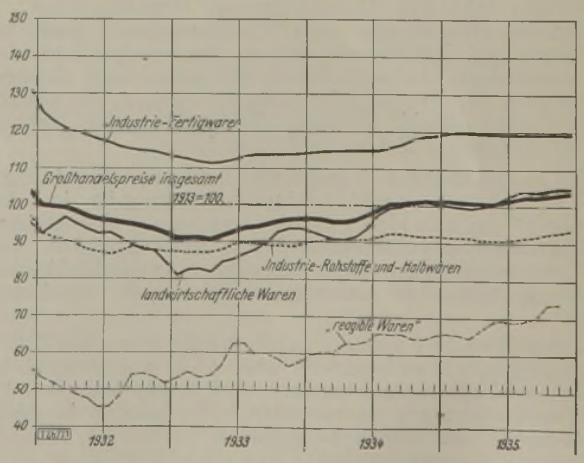


Abb. 1. Deutsche Großhandelskennzahlen

angemessenen Versorgung der Wirtschaft mit in- und ausländischen Rohstoffen heute der Punkt, der den nicht nur auf dem Boden des Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftsprogrammes der Reichsregierung, sondern auch in den Bindungen des praktischen Lebens stehenden Wirtschafter mit ernster Sorge erfüllen muß. Hier ergibt sich somit auch die Notwendigkeit, durch gemeinsame Aufklärung und Anstrengung den von hier aus der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung drohenden Gefahren rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten.

Zwar wäre es verfehlt zu glauben, daß irgendein Preisgefüge oder ein allgemeiner Preisstand auf die Dauer starr bleiben könnte oder gar starr bleiben müßte. Würde sich doch eine Wirtschaft einer ihrer wichtigsten individuellen Anpassungs- und Ausgleichmöglichkeiten begeben, d. h. also ihre Führung nicht nur um ein wichtiges natürliches Hilfsmittel, sondern auch um ein noch wichtigeres zielbewußt anzuwendendes Werkzeug bringen. Das bedeutet aber noch nicht, daß man jede Änderung des Preisgefüges oder gar des allgemeinen Preisstandes als naturnotwendige Begebenheit ansieht oder gar auf den Tiefstand der Preise gegenüber den Hochkonjunkturjahren 1928 und 1929 hinweist, um dadurch die innere Berechtigung der Preissteigerungen zu beweisen. Denn das hieße in die tatenlosen Zeiten einer heute hoffentlich überwundenen Epoche verfallen, wo man nicht Wirtschaft führte und trieb, sondern sich von den Geschehnissen bald hierhin, bald dorthin führen und treiben ließ.

Die Forderung, die in dieser Beziehung an sämtliche an der Wirtschaft beteiligten Kreise in ihrem ureigenen Interesse klar und eindeutig zu stellen ist, lautet: Kampf gegen jede nicht unbedingt notwendige Preissteigerung und Teuerung auf dem Wege vermehrter und verbesserter Leistung und Wirtschaftlichkeit. Da, wo die Preissteigerung der Rohstoffe unabänderlich ist, muß sie, soweit wie irgend möglich, durch eine Verbesserung der Veredlungs- und Verteilungsleistung bzw. eine Verbilligung der Veredlungs- und Verteilungskosten ausgeglichen und überwunden werden, ohne daß dadurch allerdings die lebensnotwendige Ertrags- und Kapitalkraft der Betriebe und damit der Lebensträger jeder wirtschaftlichen Arbeit gefährdet oder gar vernichtet wird.

Es ist nicht leicht, in einem solchen Beginnen mit dem richtigen Ansatz die richtigen Mittel und Wege zu finden. Zunächst tut dabei die richtige Einstellung zur Wirtschaft als Ganzes und zu ihren Teilen, den Betrieben und Haushalten not. Hinzu kommt, daß von Fall zu Fall nicht nur mit dem nötigen Wollen, sondern auch mit dem nötigen Verständnis angesetzt werden muß, weil man überall mehr oder weniger den gleichen Schwierigkeiten begegnet und mit ihnen irgendwie im Sinne der Daseinserhaltung und Daseinsentwicklung jedes einzelnen Betriebes und Haushalts ebenso wie der gesamten Volkswirtschaft fertig zu werden hat.

Vor allen Dingen aber muß man an die Bekämpfung der Preissteigerungen in der Rohstoffversorgung heran, wobei wiederum sich aus der Natur der Dinge heraus unterschiedliche Möglichkeiten bei den inländischen und ausländischen Rohstoffen ergeben. Denn der Preis für die ausländischen Rohstoffe ist zunächst an den jeweiligen Preisstand anderer Länder gebunden, weiterhin aber an die Lasten, welche vor allen Dingen der Staat als zusätzliche Kosten oder Ausgleichsabgaben auf die betreffenden Rohstoffe legt. Der Preis für die inländischen Rohstoffe hängt demgegenüber neben den staatlichen Lasten und Ausgleichsabgaben von der Preispolitik der betreffenden Produktionsgruppen ab. Die aber wird wiederum von den Ertragserfordernissen der betreffenden Wirtschaftsbetriebe bestimmt und damit der Tatsache, welche Kosten usw. durch die erzielten Ernte- bzw. Absatzmengen zu den betreffenden Preisen gedeckt werden müssen.

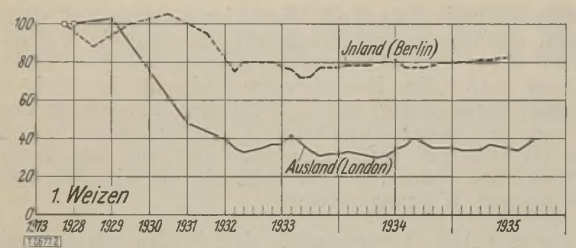
Man sieht, die zu lösende Aufgabe ist groß und schwer. Sie kann auch nur dann mit Erfolg gelöst werden, wenn jeder Betrieb nicht eher eine Steigerung der Preise im Einzelfalle zuläßt oder vornimmt, als es im Interesse der Erhaltung und Entwicklung des eigenen Lebensbereiches notwendig ist. Hierbei kann die freie Entfaltung eines ausreichenden Wettbewerbs auf allen Gebieten zweifelsohne der Wirtschaftsführung ein wertvolles Hilfsmittel im Kampfe gegen jede nicht unbedingt notwendige Preissteigerung bieten. Im übrigen liegt die Bekämpfung einer derartigen Preissteigerung nicht nur im Interesse des Ganzen, sondern auch letzten Endes im Interesse jedes einzelnen, der von dem Wohl und Wehe des Ganzen ebenso abhängig ist wie von dem seines eigenen Wirkungsbereichs.

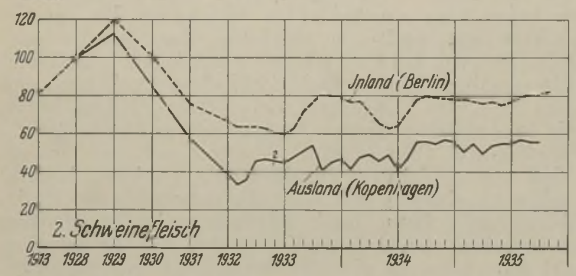
Wie aus der Abb. 1 hervorgeht, sind in den letzten drei Jahren neben den reagiblen Waren, die zumeist weltmarktbedingt sind, am stärksten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gestiegen. Während aber die reagiblen Waren Ende 1935 einen Preisstand von nur etwa 75 % des Vorkriegsstandes erreicht haben, haben sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf etwa 105 % des Standes von 1913 erhöht. Hiermit soll nicht gesagt sein, daß ein derartiger Vergleich der Preisentwicklung etwa schon zu einem Urteil über die entsprechende Preishöhe berechtigt. Denn damit würde man in den gleichen Fehler verfallen, den so mancher in den Nachkriegszeiten gemacht hat, wenn er die Preiskennzahlen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit denen für industrielle Fertigwaren verglich und daraus eine Unterbewertung der ersten gegenüber den letzten ableitete oder gar eine Angleichung der beiden Preisentwicklungen (Preisschere) aneinander verlangte. Denn die Preisentwicklungen der einzelnen Gruppen enthalten stets noch die Einflüsse einer ganzen Reihe wichtiger Faktoren, die vor dem Kriege teils ganz anders, teils gar nicht vorhanden gewesen sind. Hierzu gehören z. B. bei den industriellen Fertigwaren die starken zusätzlichen öffentlichen Lasten, die allein schon eine Steigerung der betreffenden Preiskennzahlen von der Kostenseite her bedingen.

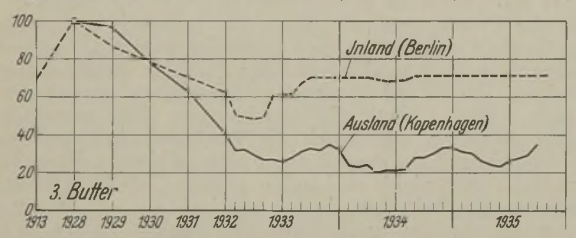
Bereits im Maibericht (vgl. Techn. u. Wirtsch., Heft 6/1935, Seite 175 ff.) habe ich auf die starken Höhenunterschiede hingewiesen, welche aus den mannigfachsten Gründen zwischen den Auslands- und Inlandspreisen der gleichen oder ähnlichen Roh- und Halbstoffe bestehen. In Anbetracht der Notwendigkeit, der derzeitigen Teuerungswelle entgegenzutreten, sie wenigstens in ihrem Tempo und ihrer Kraft einzudämmen, erscheint es wichtig, sich einmal über die praktischen Möglichkeiten einer Preisstetigkeit oder gar Preissenkung bei derartigen Roh- und Halbstoffen klar zu werden. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, welche praktischen Auswirkungen gegebenenfalls ein derartiges Absenken der Preise haben würde, da jede Preissenkung ebenso wie jede Preissteigerung meist einer Seite einen Nutzen bringt, einer andern aber Kosten auflastet. Das gilt für sämtliche Beteiligten, zu denen nicht nur die Rohstoff schaffenden und verarbeitenden Stellen der Privatwirtschaft, sondern auch die öffentliche Hand gehören. Immerhin sind die hier etwa gegebenen Möglichkeiten von solcher allgemein volkswirtschaftlichen Bedeutung, daß derartige Überlegungen und Maßnahmen wert sind, mit Nachdruck unternommen zu werden.

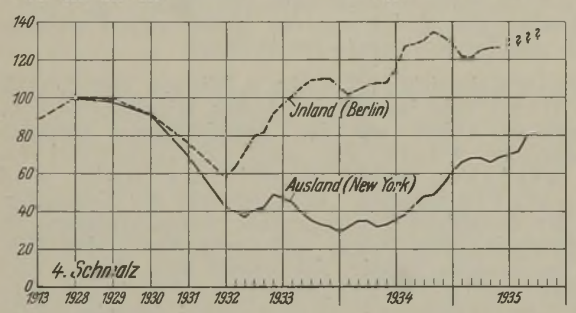
In der Abb. 2 sind 20 für die deutsche Volkswirtschaft lebenswichtige Roh- und Halbstoffe in den Entwicklungen ihrer Aus- und Inlandspreise seit 1928 (möglichst unter Vergleich mit 1913) aufgeführt. Die Kennzahlen sind nach Möglichkeit auf den Preisstand von 1928 bezogen (vgl. die Anmerkung zur Zahlentafel 1). Die Handelsbezeichnungen der einzelnen Roh- und Halbstoffarten sind in der Zahlentafel 1 wiedergegeben. Die Darstellung in Kennzahlen wurde gewählt, um bei dem Vergleich die Schwierigkeiten auszuschalten, welche sich daraus ergeben, daß die einzelnen notierten Roh- und Halbstoffe nicht überall unbedingt gleichwertig sind, absolute Zahlen sich also nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Für denjenigen, welcher sich auch hierüber unterrichten will, wurden in Zahlentafel 2 die Preise für das Bezugsjahr 1928 usw. (vgl. die Abbildungen) und die letzten auf den Abbildungen vermerkten Kennzahlen wiedergegeben.

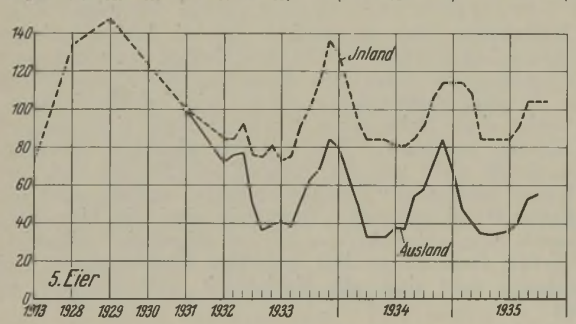
So aufschlußreich die einzelnen Preisentwicklungen nach dem Stande der offiziellen Notierungen auch sind, so darf dabei doch nicht übersehen werden, daß bei der starken,

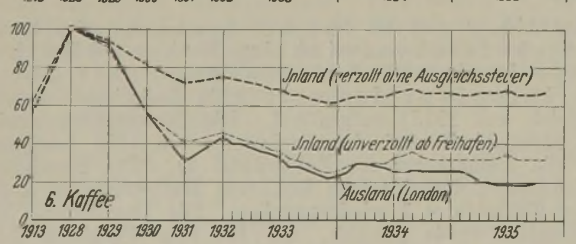


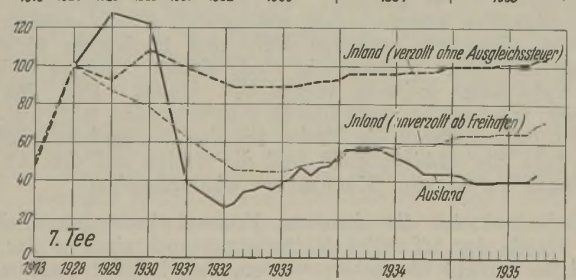


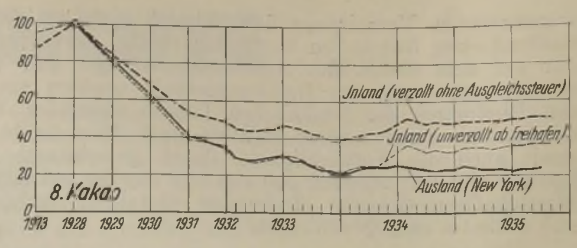


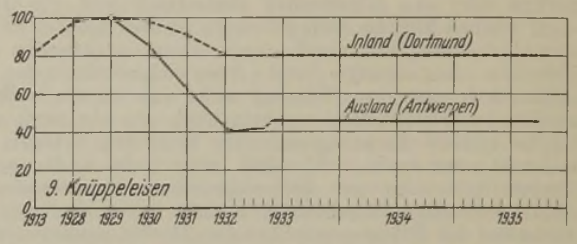












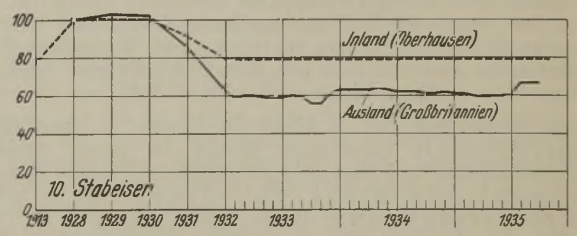


Abb. 2. Die Entwicklung der von 20 wichtigen

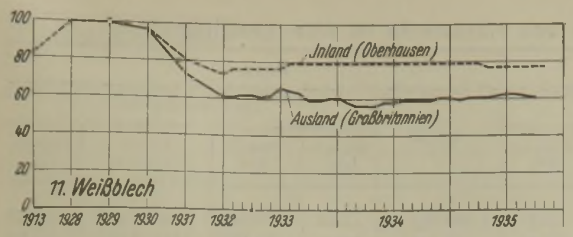
Erläuterung zu der Abb. 2 und den Zahlentafeln 1 und 2

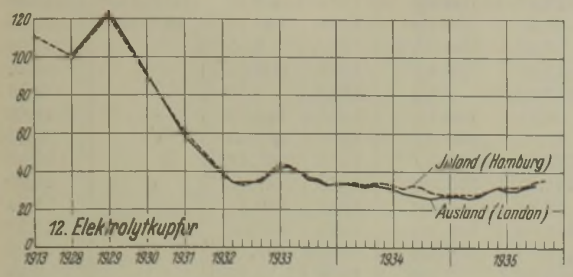
In den dargestellten Kurven stellen die ausgezogenen Linien die Auslands-, die gestrichelten Linien die Inlandspreisentwicklung dar. Ein Fragezeichen bedeutet, daß für den bzw. die betr. Monate keine Notierung veröffentlicht wurde. Ausgangspunkt ist im allgemeinen das Jahr 1928, das gleich 100 gesetzt wurde.

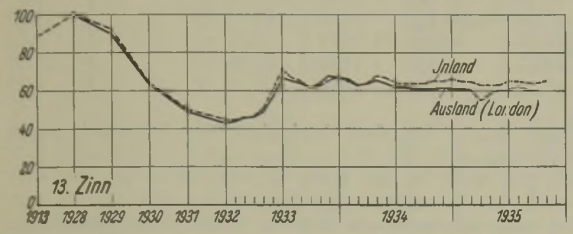
Für Knüppeleisen, Weißblech, Wolle und amerikanische Baumwolle sind Angaben entweder im In- oder im Auslande erst seit 1929 erhältlich, für ägyptische Baumwolle und Ochsenhäute erst seit 1930

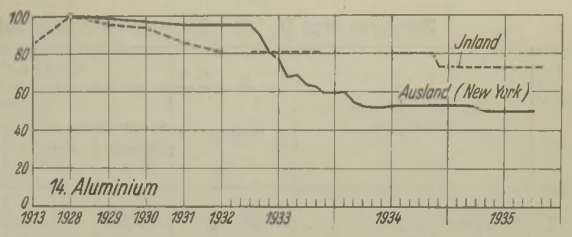
Zahlentafel 1. Die Handelsbezeichnungen der

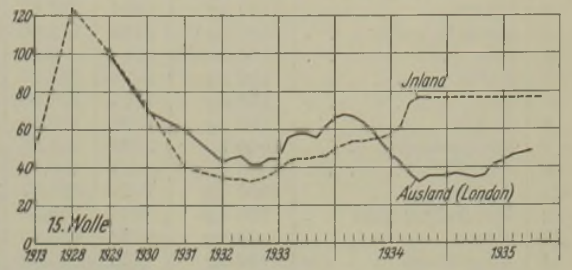
	Art des Roh- bzw. Halbstoffes	Menge	Handelsbezeichnung im Ausland (ausgezogene Linien)
1	Weizen	100 kg	North Manitoba II, London
2	Schweinefleisch . .	100 kg	Kopenhagen
3	Butter	100 kg	Molkerei, Kopenhagen
4	Schmalz	100 kg	Pure west., amerikanisch, New York
5	Eier	100 Stck.	Roermond
6	Kaffee	100 kg	Santos sup., London
7	Tee	100 kg	Indian Pekoe, good
8	Kakao	100 kg	Accra, New York
9	Knüppeleisen . . .	1 t	Thomasgüte, Antwerpen
10	Stabeisen	1 t	Großbritannien
11	Weißblech	1 t	Großbritannien
12	Elektrolytkupfer .	100 kg	London
13	Zinn	100 kg	London
14	Aluminium	100 kg	New York
15	Wolle	100 kg	N. S. W. gr. sup. London
16	Amerik. Baumwolle	100 kg	Amerik. middle, Liverpool
17	Ägypt. Baumwolle .	100 kg	Oberägypt. Liverpool
18	Baumwollgarn . .	100 kg	Manchester 32'
19	Rohseide	1 kg	Japan, London
20	Ochsenhäute . . .	100 kg	Beste, London

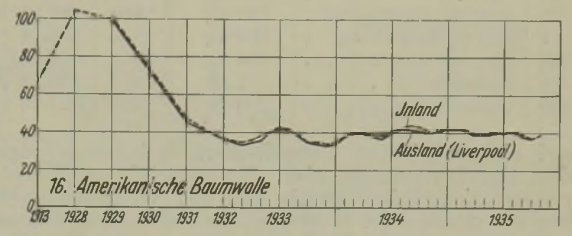


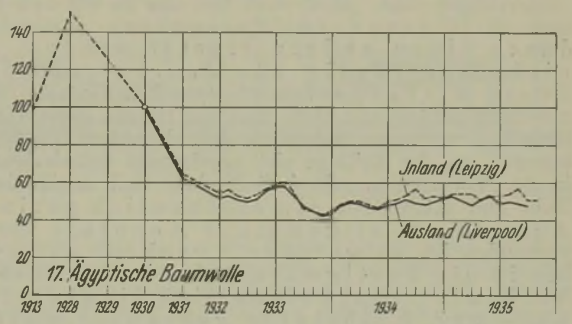


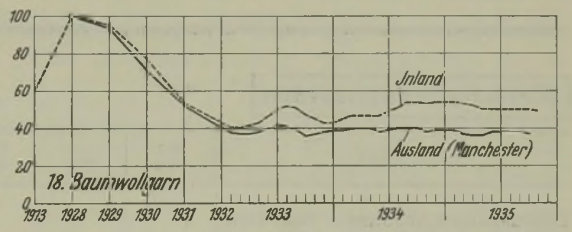


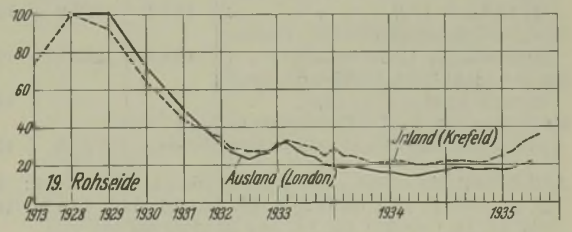


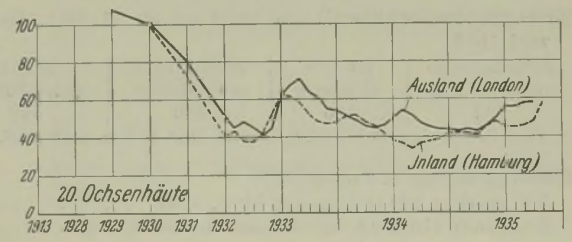












Inland- und Auslandpreise Roh- und Halbstoffen

und für Eier erst ab 1931, so daß hier spätere Jahre als Ausgangspunkt genommen werden mußten.

Die Unterlagen sind den monatlich abwechselnd erscheinenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes über die Großhandelspreise des Inlandes und des Auslandes in „Wirtschaft und Statistik" entnommen. Ergänzungen entstammen den „Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches". Die Umrechnung der Auslandspreise entstammt gleichfalls dem amtlichen Material.

Die genauen In- und Auslandsbezeichnungen der Waren sind in der Zahlentafel 1 aufgeführt.

in der Abb. 2 dargestellten Roh- und Halbstoffe

Menge	Handelsbezeichnung
	im Inland (gestrichelte Linien)
1 t	Inlandsware, Berlin, ab märkische Station
50 kg	Inlandsware, in halben Schweinen, Berlin
100 kg	Inlandsware, feine dtsch. Molkereibutter, ab Station
100 kg	Auslandsware, pure lard, Berlin
100 Stck.	Inlandsware, vollfrisch, von 55 bis 60 g
50 kg	Auslandsware, roh, Santos sup., unverzollt ab Freihafen bzw. verzollt ohne Ausgleichssteuer
1 kg	Auslandsware, Niederländ. Indien, unverzollt ab Freihafenlager bzw. verzollt ohne Ausgleichssteuer
100 kg	Auslandsware, roh, Accra, good ferm., unverzollt ab Freihafen bzw. verzollt ohne Ausgleichssteuer
1 t	Inlandsware, Basis Dortmund
1 t	Inlandsware, Basis Oberhausen
101 kg	Inlandsware, 0,28 mm, ab Werk
100 kg	Auslandsware, cif Hamburg
100 kg	Auslandsware, Bankazinn, loco
100 kg	Inlandsware, Orig. Hütten, 98 bis 99%
1 kg	Inlandsware, deutsch. A., fabrikgew.
100 kg	Auslandsware, amer. middle, frei Waggon
100 kg	Auslandsware, oberägypt., Leipzig
1 kg	Auslandsware, Nr. 20. Ia amerik. engl. Trossel
1 kg	Auslandsware, Mail. Grege Exquis 13/15 fr. Krefeld
1/2 kg	Auslandsware, Buenos Aires, Frigorifico, Hamburg

Zahlentafel 2. Großhandelspreise wichtiger Roh- und Halbstoffe im Aus- und Inland

	Art des Roh- bzw. Halbstoffes	Ausland					Inland				
		RM je	Großhandelspreise				RM je	Großhandelspreise			
			Bezugsjahr	Preis in RM	Letzte Notierung	Preis in RM		Bezugsjahr	Preis in RM	Letzte Notierung	Preis in RM
1	Weizen	100 kg	1928	23,05		9,17	1000 kg	1928	259,40	Juni 1935	212,00
2	Schweinefleisch . .	100 kg	1928	159,53		89,31	50 kg	1928	86,00	Okt. 1935	70,10
3	Butter	100 kg	1928	352,87		123,67	100 kg	1928	359,17	Okt. 1935	254,00
4	Schmalz	100 kg	1928	112,96		91,67	100 kg	1928	144,71	Mai 1935	182,00
5	Eier	100 Stck.	1931	9,48		5,22	100 Stck.	1931	9,59		10,00
6	Kaffee	100 kg	1928	214,43		43,47	50 kg	1928	108,06		35,00
7	Tee	100 kg	1928	274,23		119,35	1 kg	1928	3,58		2,54
8	Kakao	100 kg	1928	119,49		28,61	100 kg	1928	121,89		44,80
9	Knüppeleisen . . .	1000 kg	1929	101,38		47,24	1000 kg	1929	119,00		96,45
10	Stabeisen	1000 kg	1928	156,13	Sept. 1935	104,20	1000 kg	1928	139,46		110,00
11	Weißblech	1000 kg	1929	386,37		231,85	101 kg	1929	47,61		36,50
12	Elektrolytkupfer . .	100 kg	1928	139,56		46,32	100 kg	1928	140,54	Okt. 1935	51,04
13	Zinn	100 kg	1928	456,00		271,63	100 kg	1928	470,08		304,78
14	Aluminium	100 kg	1928	224,45		112,87	100 kg	1928	197,78		144,00
15	Wolle	100 kg	1929	346,34		169,64	1 kg	1929	8,54		6,58
16	Amerik. Baumwolle .	100 kg	1929	192,91		70,74	100 kg	1929	192,00		73,50
17	Ägypt. Baumwolle .	100 kg	1930	168,14		81,26	100 kg	1930	186,00		94,40
18	Baumwollgarn . . .	100 kg	1928	303,25		113,16	1 kg	1928	2,93		1,43
19	Rohseide	1 kg	1928	48,62		10,47	1 kg	1928	52,90		19,00
20	Ochsenhäute	100 kg	1930	117,29		67,93	½ kg	1930	0,71		0,41

auf vielen Gebieten herrschenden Rohstoffverknappung derartige Preiskurven nicht die tatsächlichen Preissteigerungen wiedergeben, welche von den Verarbeitungsbetrieben aus gesehen im Kostengefüge der Kalkulation zu berücksichtigen sind. Muß doch hier nur zu oft ein bisher billigerer vollgeeigneter Rohstoff durch einen andern ersetzt werden, der nicht nur häufig für den betreffenden Zweck mindergeeignet, sondern außerdem noch teurer ist. Geht man den Dingen dabei auf den Grund, so muß man feststellen, daß abgesehen von den bekannten aus der Zeitlage sich ergebenden Schwierigkeiten in der Versorgung mit inländischen und ausländischen Roh- und Halbstoffen ein erstaunlich geringes Ausmaß an allgemeiner Kenntnis darüber vorhanden ist, zu welchen Zwecken, und zwar bis in die Fertigwaren hinein in unserer Volkswirtschaft eigentlich die einzelnen Roh- und Halbstoffe gebraucht werden. Die Folge davon ist, daß derjenige, der Entscheidungen und Maßnahmen in der Rohstoffbeschaffung zu treffen hat, vielfach gar nicht in der Lage ist, sich über die Auswirkung nach der Verarbeitungsindustrie hin Klarheit zu verschaffen und infolgedessen nur zu leicht Fehlmaßnahmen trifft. Das Jahr 1935 hat hier zwar, namentlich durch die Arbeit der Bewirtschaftungs- und Treuhandstellen, manche Einsicht gebracht, die aber noch keineswegs ausreicht, um einwandfreie Voraussetzungen für die Rohstoffversorgung in dieser für die Wirtschaftsführung so wichtigen Beziehung zu schaffen. Hier bietet sich der gemeinsamen Arbeit von Staat und Wirtschaft noch ein gewaltiges, sehr bald praktischen Erfolg versprechendes Feld. Wer unternimmt es, im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft für die Aufdeckung nicht nur der Rohstoffquellen, sondern auch der praktischen Rohstoffverwendungszwecke zu sorgen?

Bredt [2677]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Dez. 1935	Nov. 1935	Okt. 1935
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	123,4	122,9	122,8
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) . . .	103,4	103,1	102,8
Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	—	131,1
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl — Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,5	121,5

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 25. 11. bis 30. 11: 89,52; 2. 12. bis 7. 12.: 89,73; 9. 12. bis 14. 12.: 89,12; 16. 12. bis 21. 12.: 88,92; 23. 12. bis 28. 12.: 89,35.

Erwerbslosenzahlen[1]) (in 1000) am 30. 11. 35. Gesamtzahl 1985

Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrtserwerbslose	Nichtunterstützte
387	666	340	592

[1]) Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. Dez.-Heft 1935.

Geldmarkt am 2. Januar 1936 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32 4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32 5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht 3
„ „ „ lange Sicht 3
Tagesgeld an der Berliner Börse . . . . . $3^3/_8$ bis $3^5/_8$

Produktionsstatistik

Land	Industrie	Okt. 1935	Nov. 1935	Nov. 1934
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle .	13 454,8	13 178,3	11 311,6 [1])
„	Braunkohle .	13 813,5	13 751,3	12 940,6 [1])
„	Ruhr-Steinkohle . . .	9 058,4	8 924,5	8 167,4
„	Ruhr-Koks .	2 066,3	2 025,7	1 756,7
„	Roheisen . .	1 197,8	1 196,2	829,1
„	Rohstahl . .	1 551,2	1 483,3	1 085,6
„	Walzwerkerzeugnisse	1 070,9	1 012,1	762,1
Belgien	Roheisen . .	260,5	258,4	—
„	Rohstahl . .	255,4	250,2	—
„	Steinkohle .	2 401,5	2 205,2	—
Großbritannien . . .	Roheisen . .	553,0	533,5	515,7
„	Rohstahl . .	921,8	917,8	778,3
Luxemburg	Roheisen . .	149,2	157,5	166,9
„	Rohstahl . .	142,8	156,0	165,7
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück) . . .		138,7	145,2	136,7

[1]) ohne Saargebiet

Kohlenbergbau

Die deutsche Kohlenwirtschaft und ihre Ausfuhr

In der deutschen Kohlenwirtschaft ist der seit Ende 1929 sturzartig eingetretene Förderungsrückgang durch einen bereits im Frühjahr 1932 einsetzenden kräftigen Auftrieb abgelöst worden, der durch das von Anfang an zur Geltung kommende Arbeitsbeschaffungsprogramm der nationalsozialistischen Regierung lebendig erhalten und beschleunigt wurde. Abgesehen von den jahreszeitlichen Schwankungen steigen die Kurven sowohl bei der Steinkohle als auch bei der Braunkohle fast geradlinig an, obwohl namentlich bei der Ruhrkohle im Frühjahr 1935 ein gewisses Zurückbleiben zu verzeichnen war. Auch dieses ist jedoch inzwischen ausgeglichen worden.

Die Steinkohlenausfuhr spielt bekanntlich nicht nur für den Kohlenbergbau selbst, sondern für die gesamte deutsche Handelsbilanz eine sehr bedeutende Rolle. Im Jahre 1934 sind an Steinkohle (ohne Koks, nur Ziff. 238a des Zolltarifs) für rd. 216 Mill. RM ausgeführt worden, das sind rd. 5 % der gesamten deutschen Warenausfuhr. Wenn noch die Ausfuhr von Koks (Ziff. 238d des Zolltarifs) mit 90 Mill. RM mit einbezogen wird, steigt der Anteil an der Gesamtausfuhr sogar auf fast 7 %.

Die Steinkohlenausfuhr hat sich in den beiden vorangehenden Jahren auf etwa 16 bis 18 % der Förderung gehalten; sie umfaßt gegenwärtig mehr als 19 % der gesamten Steinkohlenförderung. Sowohl Ausfuhrmenge als auch Ausfuhrwert sind im Lauf der Jahre 1934 und 1935 beträchtlich angestiegen. Namentlich im Jahr 1935 macht sich eine bedeutende Zunahme der Ausfuhr geltend. Diese Ausfuhr ist allerdings nur zu recht unzulänglichen Preisen möglich. Der durchschnittliche Ausfuhrpreis für Steinkohle ist im Lauf der letzten Jahre immer mehr zurückgegangen.

Zahlentafel 1. Ausfuhrmenge, Ausfuhrwert und durchschnittlicher Ausfuhrpreis für Steinkohle

Jahr	Mill. t	Mill. RM	RM/t
1911	27,4	368,0	13,40
1912	31,1	436,6	14,00
1913	34,6	516,4	14,90
1927	26,9	605,8	22,60
1928	23,9	472,4	19,80
1929	26,8	530,9	19,90
1930	24,4	503,5	20,60
1931	23.1	409,9	17,70
1932	18,3	236,3	12,90
1933	18,4	208,8	11,30
1934	21,9	215,8	9,90

Während also der durchschnittliche Ausfuhrpreis bis Anfang 1934 immer noch zwischen 11 und 12 RM/t gehalten werden konnte, ist er seit Februar 1934 auf weniger als 10 RM/t gesunken, und auch gegenwärtig liegt er nur bei etwa 9,50 RM. Der Inlandpreis für Ruhr-Fettförderkohle beträgt demgegenüber heute von der Zeche im Revier 14 RM/t, in Hamburg 17 RM/t. Als Bunkerkohle für die Seeschiffahrt wird rheinisch-westfälische Förderkohle in Hamburg mit 8,80 RM/t berechnet. Das entspricht ungefähr dem gegenwärtigen Preis für ungesiebte Northumberland-Kohle in Newcastle. In Nordfrankreich kostete Fettförderkohle im November etwa 100 Fr/t oder 16,50 RM/t, in Belgien halbfette Kohle etwa 13 RM/t.

Bei diesen Preisverhältnissen erklärt sich die zunächst etwas überraschende Erscheinung, daß die deutsche Kohlenausfuhr sich in ganz überwiegendem Maße nach den großen europäischen Industrieländern richtet, die an sich anscheinend selbst Kohle genug hätten. Die drei Länder Holland, Frankreich und Belgien nahmen im Jahre 1934 zusammen rd. 58 % der deutschen Steinkohlenausfuhr auf. Weitere 22 % bezog Italien, kleinere Mengen die Tschechoslowakei und die Schweiz, so daß für sämtliche nicht genannten Länder nur rd. 14 % der deutschen Ausfuhr verbleiben. Unter diesen Ländern zweiter Bedeutung spielen Irland, Schweden, Brasilien und Argentinien die wesentlichste Rolle. Besondere Bedeutung hat angesichts der letzten politischen Entwicklung die gewaltige Steigerung der Kohlenbezüge Italiens, dessen Monatsbezug an deutscher Steinkohle sich seit Anfang 1933 in fast gleichmäßigem Anstieg versechsfacht hat. Auch die Kohlenlieferungen an die Schweiz weisen seit dem Frühjahr 1935 im Zusammenhang mit dem bekannten (inzwischen aufgelösten. Die Schriftl.) Fremdenverkehrsabkommen eine beachtliche Zunahme auf.

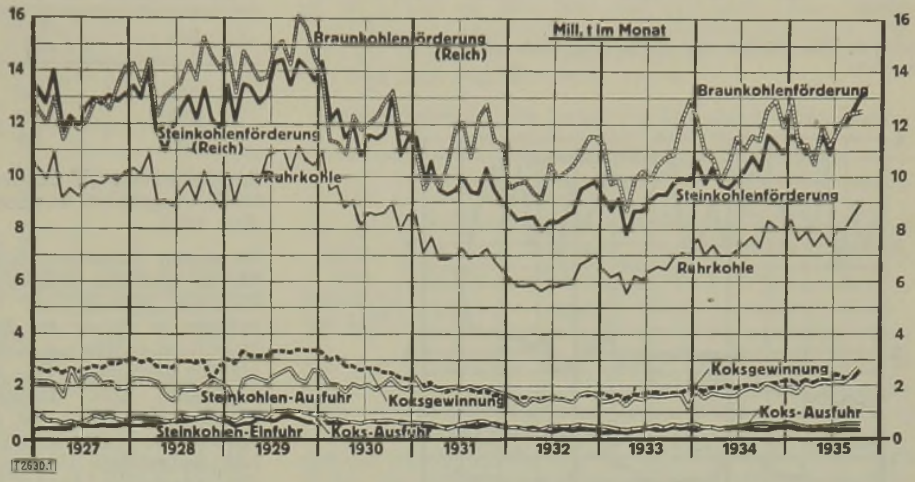


Abb. 1. Die deutsche Kohlenwirtschaft

Deutschland steht unter den Kohle ausführenden Ländern an zweiter Stelle hinter England. Dort spielt neben der Kohle als eigentlicher Handelsware (Ladekohle) auch die Versorgung eigener und fremder Schiffe mit Bunkerkohle eine besonders große Rolle. Die eigentliche Kohlenausfuhr Englands (Ladekohle) weist in den letzten Jahren im ganzen einen gleichbleibenden Stand auf. Im dritten Viertel 1935 ist sie allerdings auffällig zurückgegangen, was bereits mit den Störungen des Handels durch die italienischen Schwierigkeiten in Zusammenhang stehen dürfte. An dritter Stelle steht in der europäischen Kohlenausfuhr Polen. Sein Auslandabsatz an Kohle ist in den letzten Jahren fast genau halb so groß gewesen wie der deutsche.

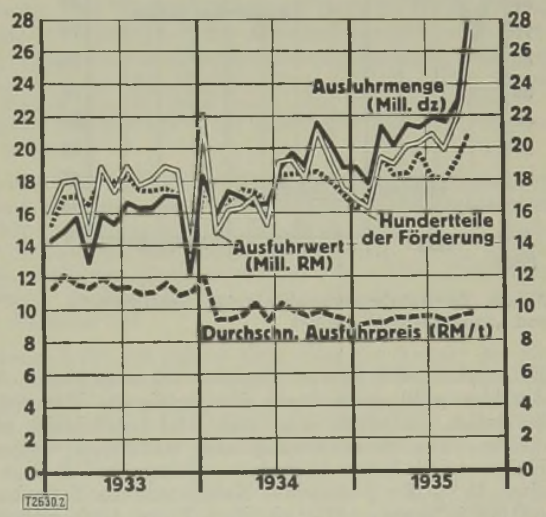


Abb. 2. Die deutsche Steinkohlenausfuhr (Monatsziffern)

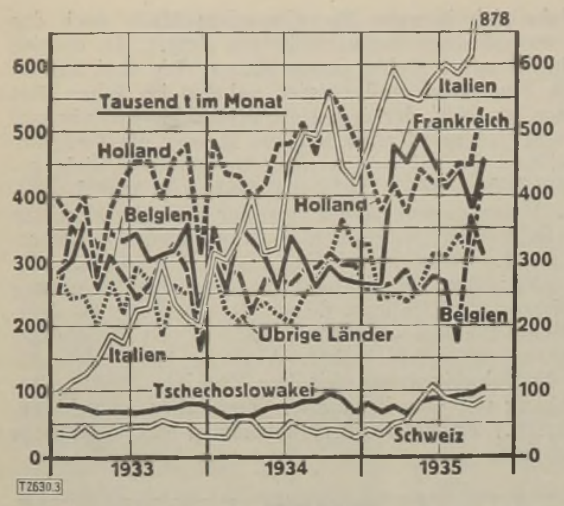


Abb. 3. Die Käufer der deutschen Steinkohlenausfuhr

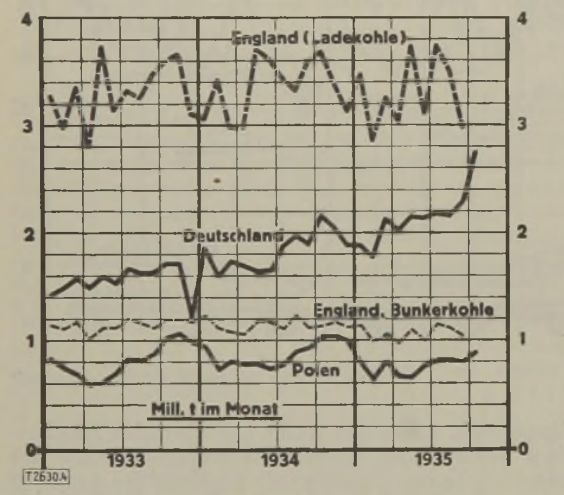


Abb. 4. Die Steinkohlenausfuhr der wichtigsten Ausfuhrländer

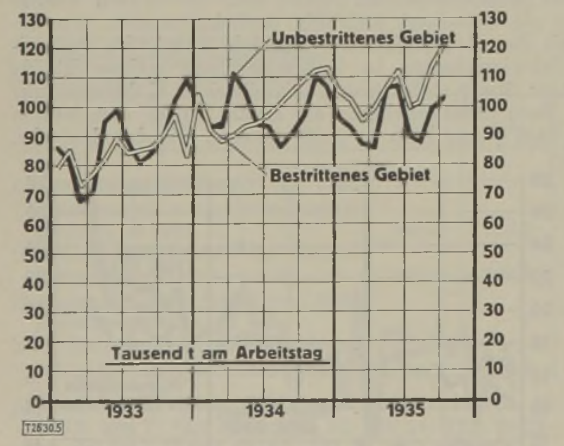


Abb. 5. Der Ruhrkohlenabsatz in das „bestrittene" und „unbestrittene" Gebiet

Er zeigt in den letzten Monaten einen gewissen Anstieg, der hier wohl stark durch die gesteigerte Vorratsbildung in Italien beeinflußt sein und jetzt beträchtlich abflauen dürfte. Die Beschränkung der Kohlenlieferungen nach Italien trifft Polen besonders schwer, weil Italien bisher etwa 15 % der polnischen Kohlenausfuhr aufnahm, etwa 120 000 t/Monat. Freilich darf Polen auch während der Geltung der Sanktionen monatlich 50 000 t Kohle nach Italien ausführen als Fortsetzung eines Kompensationsvertrages, nach dem Italien auf der Monfalcone-Werft für die polnische Handelsmarine zwei Dampfer baut.

Die Steinkohlenausfuhr der Vereinigten Staaten hatte sich nach einem Rückgang in den vorangehenden Jahren 1934 wieder etwas gehoben. Sie liegt (1933 rd. 10 Mill. t, 1934 rd. 12 Mill. t) der Größenordnung nach wenig über der polnischen. In allen andern Ländern bleibt die Kohlenausfuhr weit unter den Mengen der genannten Staaten (1934: Mandschukuo 4,4, Belgien-Luxemburg 3,8, Holland 3,4, Frankreich 2,9, Rußland 2,2, Tschechoslowakei 1,4 Mill. t).

Der bedeutenden deutschen Steinkohlenausfuhr steht eine Einfuhr gegenüber, die zwar in den letzten Jahren zurückgegangen, gleichwohl aber auch heute noch nicht ganz unbedeutend ist und im letzten Jahre sogar noch eine Steigerung aufzuweisen hatte.

Zahlentafel 2. Die deutsche Steinkohleneinfuhr

Jahr	Menge Mill. t	Jahr	Menge Mill. t
1929	7,9	1932	4,2
1930	7,0	1933	4,2
1931	5,8	1934	4,9

In den ersten elf Monaten 1935 sind 3,90 Mill. t Steinkohle eingeführt worden gegen 4,43 Mill. t der gleichen Zeit 1934.

In engem Zusammenhang mit dieser Kohleneinfuhr steht für die deutsche Kohlenindustrie die Belieferung des sogenannten „bestrittenen" Gebietes, d. h. jener Verbrauchergebiete, in denen der Bezug von Auslandkohle, also insbesondere englischer Kohle, dem Preise nach günstiger ist als der deutscher. Das ist also namentlich das Gebiet der Seeküste. Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat gleicht bekanntlich für das bestrittene Gebiet diese Preisspanne aus und erhebt von seinen Mitgliedern eine monatlich festgesetzte Umlage zur Deckung der Kosten dieses Preisausgleichs. In den letzten Jahren haben sich die Kohlenlieferungen in das bestrittene und das unbestrittene Gebiet ungefähr das Gleichgewicht gehalten. In beiden Gebieten ist der Absatz erfreulich angestiegen. Während aber früher (bis etwa Mitte 1934) der Absatz in das unbestrittene Gebiet größer war, hat seither der in das bestrittene Gebiet der Menge nach größere Bedeutung erhalten. Er ist heute nicht unwesentlich größer als der in das unbestrittene Gebiet. *Sp.* [2630]

Chemische Industrie

Deutsche Teerfarben auf dem Weltmarkt

Die deutsche Teerfarbenindustrie ist mit nahezu der Hälfte ihrer Erzeugung auf den Weltmarkt angewiesen. Ihr alter guter Ruf hat in den letzten Jahren — seit Überwindung der Krise — einen langsamen Wiederaufstieg des bis dahin eingeengten Ausfuhrgeschäfts ermöglicht. Das Gesamtergebnis der Teerfarbenausfuhr für die ersten neun Monate 1935 beziffert sich auf 25 500 t mit 93 Mill. RM. Es bleibt mit diesen Ziffern zwar etwas hinter den entsprechenden Vorjahrsergebnissen (26 400 t mit 107 Mill. RM Wert) zurück, eine Gegenüberstellung mit der Ausfuhr früherer Jahre lehrt aber, daß die Absatzkurve steigende Richtung hat.

Zahlentafel 1. Teerfarbenausfuhr
(in t)

Gruppe	Januar bis September		
	1933	1934	1935
Anilin, Anilinsalze	907	848	874
Naphthol	503	353	490
Anthrachinon, Nitrobenzol usw.	753	982	657
Anilinfarbstoffe	15 142	19 504	19 221
Alizarinfarbstoffe, Alizarin	1 309	1 499	990
Indigo	3 181	3 227	3 281
Zusammen	21 795	26 413	25 513

Die geringfügige Ermäßigung gegenüber dem verflossenen Jahre dürfte mit dem allgemein schwächeren 1935er Geschäft in der Welt-Textilindustrie zusammenhängen, die bekanntlich der wichtigste Kunde für Teerfarben ist. Trotz des ungleichen Wettkampfes mit den Entwertungsländern hat sich die deutsche Farbenindustrie auf dem Weltmarkt besser zu behaupten vermocht als die Mehrzahl ihrer großen Mitbewerber. Das bestätigt die Ausfuhrentwicklung der ausländischen Teerfarben. Deutschland speist nach dem gegenwärtigen Stande allein etwa 55 % des gesamten Teerfarben-Welthandels. In weitem Abstand folgen dann die Schweiz mit rd. 20 %, Großbritannien mit 8 %, die Vereinigten Staaten und Frankreich mit je rd. 6 %. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange, daß die deutsche Teerfarbenerzeugung im Rahmen der Welterzeugung nur mit rd. einem Drittel vertreten ist, woraus hervorgeht, daß die Ausfuhrkraft der deutschen Farben der der ausländischen Mitbewerber stark überlegen ist.

Wie schon im vorigen Jahre, kristallisiert sich auch in der 1935er Ausfuhr immer deutlicher ein Richtungswechsel für den deutschen Farbenabsatz auf dem Weltmarkte heraus. Und zwar tritt Europa immer mehr als Absatzfeld zurück; ebenso zeigt der nordamerikanische Markt geringere Aufnahmefähigkeit. Dagegen rücken Asien und auch Südamerika zusehends in den Vordergrund. Gliedert man die Ausfuhr von Anilinfarben (die die Teerfarbenausfuhr ausschlaggebend beherrscht) nach Erdteilen auf, dann ergibt sich folgende interessante Verschiebung (Ziffern in dz):

Zahlentafel 2
Die deutsche Ausfuhr von Anilinfarben nach Erdteilen

Erdteil	Januar bis September		
	1933	1934	1935
Europa	84 032	95 132	85 369
Afrika	638	564	701
Asien	44 091	77 836	82 102
Nordamerika	10 208	8 263	7 782
Südamerika	11 902	12 621	15 512
Australien	542	621	734

Die Asien-Ausfuhr erreicht im laufenden Jahre mit 82 000 dz bereits nahezu den Umfang des Europageschäfts; rd. 43 % der gesamten Anilinfarben-Ausfuhr werden im asiatischen Raum abgesetzt. Nach Südamerika wurden im laufenden Jahre 15 500 dz Anilinfarben ausgeführt gegenüber 12 600 dz im vorigen Jahre und 11 902 dz in der entsprechenden Zeitspanne des Jahres 1933.

Zahlentafel 3. Teilung des Farbenmarktes

	1933	1934	1935
Europa und Nordamerika	62 %	53 %	49 %
Asien und Südamerika	37 %	46 %	50 %

Aber auch innerhalb des europäischen Feldes ergeben sich bei einem Vergleich der Ausfuhrergebnisse der beiden letzten Jahre recht erhebliche Umschichtungen. In Westeuropa hebt sich die Mehrausfuhr nach Belgien, Luxemburg und Spanien gegen die Ausfuhrschrumpfung nach Frankreich und Holland auf. Die nordischen Staaten haben ihre Bestellungen im vorjährigen Rahmen aufrecht erhalten. Eine beträchtliche Ausfuhrverringerung muß aber im näheren Südosten, d. h. nach Österreich, nach der Tschechoslowakei und auch nach Polen festgestellt werden (13 500 dz gegen 19 100 dz im vorigen Jahre). Demgegenüber erscheint der Balkan weiter recht aufnahmefähig mit nahezu 19 000 dz. Im Ostsee-Raum, vor allem in den Randstaaten, hat sich der Teerfarbenabsatz dieses Jahres auf vorjähriger Höhe behaupten können. Vor allem treten Estland und Lettland mit größeren Bestellungen als im vorigen Jahr heraus, während anderseits die Aussichten in Finnland und ebenfalls in Litauen nicht allzu günstig erscheinen.

Zahlentafel 4. Die Ausfuhr von Anilinfarben nach den zehn wichtigsten Abnehmerländern
(in dz)

Land	1934	1935	Land	1934	1935
Belgien	7717	8649	Schweiz	5 992	5 838
Großbritannien	9596	7842	Tschechoslowakei	12 751	8 838
Niederlande	7243	7078	Brit.-Indien	25 373	24 860
Rumänien	6898	8287	China	42 208	44 300
Schweden	7145	6782	Japan	4 527	5 102

[2642]

Verkehr

Der deutsche Luftverkehr im Jahre 1934

Die nach Mitteilungen des Reichsluftfahrtministeriums im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935 zusammengestellten Ergebnisse des deutschen Luftverkehrs lassen erkennen, daß in jeder Beziehung eine Ausdehnung stattgefunden hat.

Die Anzahl der Flugkilometer stieg von 1933 bis 1934 um rd. 35 % von rd. 10,5 Mill. auf 14,3 Mill. Im gleichen Verhältnis stieg die Zahl der beförderten Personen, während die Summe der Personenkilometer um mehr als 63 % von 38,4 Mill. auf 62,7 Mill. wuchs.

Zahlentafel 1. Die Leistung des deutschen Flugverkehrs 1933 und 1934

Jahr	Flug-km in 1000	Beförderte Personen	Pers.-km in 1000	Fracht und Gepäck 1000 tkm	Post tkm
1933	10 544	123 036	38 348	1063,5	206,1
1934	14 263	165 846	62 684	1445,2	452,4
1934 in % von 1933	135,3	134,8	163,5	135,9	219,5

Aus der Aufstellung geht hervor, daß die durchschnittliche Besetzung eines Flugzeuges (Pers.-km/Flug-km) 1933 gleich 3,65 Personen war, 1934 dagegen gleich 4,4 Personen; sie stieg somit um 20 %. Ferner ergibt sich, daß die durchschnittliche Reiseweite (Pers.-km/Beförderte Pers.) von 312 km im Jahre 1933 auf 378 km im Jahre 1934 stieg.

Die Beförderung von Frachtgütern stieg um den gleichen Satz wie die Flugleistung, dagegen wuchs der Postverkehr auf das 2,2 fache an. Kennzeichnend ist, daß mit dem Sommerflugplan schlagartig der gesteigerte, nach Personenkilometern berechnete Verkehr einsetzt. Die Monate Mai bis Oktober weisen bis auf geringe Abweichungen die doppelten Ziffern (1,5 Mill. Flug-km und 7,0 Mill. Pers.-km) der Monate November bis April auf.

Die am meisten beflogenen Linien sind die Strecken Berlin—München, Berlin—Rom und Berlin—Paris mit rd. je 10 000 Fluggästen im Jahr. Es folgen die Strecken Berlin—London, München—Essen/Mülheim und Hamburg—Stuttgart.

Im Fracht- und Postverkehr ergibt sich ein völlig anderes Bild von der Wichtigkeit der einzelnen Strecken: die wichtigsten Frachten befördernden Linien sind Berlin—London (206 t im Jahr) und Berlin—Paris (181 t). Von besonderer Bedeutung ist hier noch die Strecke Stuttgart—Barcelona, die mit 150 t im Jahr 1934 schon an fünfter Stelle steht.

Im Jahre 1934 nahm eine Entwicklung ihren Fortgang, die ganz besonders auffallend ist. Die Zentralisierung des Luftverkehrs und seine Beschränkung auf die wichtigsten Häfen machte weitere Fortschritte. Eine Anzahl weniger wichtiger Häfen wurde im Jahre 1934 nicht mehr angeflogen, größere Häfen wiesen dagegen einen gesteigerten Verkehr auf.

Im Durchschnitt des Jahres 1934 stieg die Anzahl der Abflüge von deutschen Häfen gegenüber 1933 um 10 %, während der Berliner Flughafen eine Steigerung von 52 % aufwies, also sehr weit über dem Durchschnitt lag. Folgende Häfen, die im planmäßigen Verkehr des Jahres 1933 noch angeflogen wurden, fielen dagegen im Jahre 1934 aus: Bayreuth, Dessau, Hof, Kottbus, Leipzig-Mockau, Magdeburg, Osnabrück, Wiesbaden/Mainz und noch einige andere. *HN* [2672]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft. Herausgeg. von *Otto Mönckmeier.* Stuttgart-Berlin 1935, Verlag W. Kohlhammer. VI/324 S. Preis 8,40 RM.

Wie auf allen andern Lebensgebieten hat der Nationalsozialismus auch in der Wirtschaft — und hier, wo es sich um die materiellen Grundlagen des Volkslebens handelt, mit besonderm Nachdruck — grundsätzliche Wandlungen angebahnt. Bei der Verflechtung und Verwicklung des heutigen Wirtschaftsaufbaues war das eine Aufgabe, die mit besonderer Vorsicht angefaßt werden mußte. Anderseits aber mußte fest zugegriffen und schnell gehandelt werden, um dem zunehmenden Verfall des wirtschaftlichen Lebens wirksam entgegentreten zu können. Es ist verständlich, wenn in der raschen Abfolge der Veränderungen, der Gesetze und Eingriffe manchem Betrachter der rote Faden verlorenging, so daß er wohl die einzelne Maßnahme sah, von ihrem Sinn aber sich keinen rechten Begriff machen konnte. Die inneren Zusammenhänge des wirtschaftlichen Um- und Neubaues darzulegen, ist das Ziel des vorliegenden Werkes, und da es dieser Aufgabe voll gerecht wird, darf es als ein notwendiges Buch bezeichnet werden.

Der vielseitige Stoff ist sehr übersichtlich gegliedert. Von zwei Hauptteilen gibt der zweite das neue Wirtschaftsrecht in kurzen Zügen wieder. Unter Angabe der Quelle wird der Inhalt der Gesetze und Verordnungen kurz umrissen, so daß man aus diesem Abschnitt allein schon erkennen kann, welche Gebiete am dringendsten der Neuordnung bedurften, und mit welchen Mitteln diese ins Werk gesetzt wurde.

Der eigentliche Hauptteil des Buches ist jedoch der erste Teil, der in zusammenhängenden Aufsätzen führender Wirtschaftskenner die Hauptfragen der neuen Wirtschaftsordnung darstellt. In einem ersten Abschnitt werden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung beleuchtet. So weist der Herausgeber als die treibende Kraft hinter allen Neuordnungen die gewandelte Wirtschaftsgesinnung aus, die ein Teil der nationalsozialistischen Weltanschauung ist. „Die Gesinnung steht am Anfang, sie schafft das Werk." Durch diese Gesinnung ist die Wirtschaft in einen neuen Sinnzusammenhang eingeordnet, ist Dienerin des Volkes geworden, wie alles im nationalsozialistischen Staat.

Weitere Aufsätze klären das Verhältnis von Staat und Recht zur Wirtschaft und legen die Notwendigkeit einer geordneten, schnell und sicher arbeitenden Statistik für die staatliche Wirtschaftslenkung dar.

Der zweite Abschnitt geht auf den Aufbau und die Aufgaben des Reichsnährstandes ein, sowie auf die bäuerliche Marktordnung, deren Sinn und Notwendigkeit in einleuchtenden Beispielen dargetan ist.

Im dritten Abschnitt wird die gewerbliche Wirtschaft, soweit ihre Neuordnung bisher abgeschlossen ist, umrissen. Neben einem durch graphische Darstellungen unterstützten Überblick über den organisatorischen Aufbau von Handwerk und Industrie ist ein Kapitel besonders dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit gewidmet, das dem „laissez faire" des Liberalismus das Recht auf Arbeit gegenüberstellt. Dieses Recht wird ausgeglichen durch die Verpflichtung zum Dienst an der Nation, wie sie durch das Arbeitsdienstpflichtgesetz ausgedrückt ist. In diese Gedankengänge gehört auch die Neuordnung des Verhältnisses von Wirtschaftsführer und Gefolgschaft hinein.

Besonders hervorzuheben in ihrer klaren Übersichtlichkeit sind die Kapitel über die Neuordnung des Geld- und Kreditwesens und über die Probleme des deutschen Außenhandels. Denn gerade hier bestehen für den, der nicht ständig damit befaßt ist, die größten Schwierigkeiten, sich durch die Fülle der Maßnahmen und Gesetze hindurchzufinden. Die Begriffe Sperrmark, Scrips, offene Marktpolitik u. a. sind für Viele Worte aus einer Geheimsprache. Auf wenigen Seiten sind hier die Grundzüge der heutigen Geld- und Kreditpolitik in ihrer engen Verflechtung mit der deutschen Außenwirtschaft für jeden verständlich dargestellt.

Mit einem Aufsatz über das Rohstoffproblem schließt das Buch seinen ersten Teil. Hier ist besonders auf die Möglichkeit der Erreichung einer größeren Wirtschaftsfreiheit eingegangen.

Das Buch erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber die Herausarbeitung der wichtigsten Fragenkreise ist gut gelungen, vor allem ist auch die klare Sprache hervorzuheben, die sehr dazu beiträgt, daß jeder, der sich von der Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat ein Bild machen will, das Buch mit Nutzen lesen wird.

Otto Matschoss [2633]

Arbeitswissenschaft

Arbeitstechnik. (Die Arbeitskraft. Schutz—Erhaltung—Steigerung.) Von *W. Moede.* Stuttgart 1935, Ferdinand Enke. 278 S. 145 Abb. Preis geh. 11 RM, geb. 12,80 RM.

Das Buch des bekannten deutschen Vorkämpfers für die Psychotechnik hat eine wichtige Aufgabe im Betriebe zu erfüllen. Wer unter der Psychotechnik bisher wesentlich Eignungsprüfungen problematischer Natur vermutete, wird hier umzulernen haben. *Moede* zeigt, wie aus der folgerichtigen Weiterentwicklung und engen Verbindung psychologischen und technischen Denkens ein neues Wissensgebiet von hervorragender praktischer Bedeutung entsteht, die Arbeitstechnik, welche der Bewirtschaftung menschlicher Arbeitskraft dieselbe Sorgfalt zuwenden will wie der technischen Betriebsgestaltung, er zeigt aber auch, daß einer solchen zunächst vielleicht als Mehrbelastung empfundenen Denkweise auch ein wirtschaftlicher Vorteil zukommt.

Unter 24 klar abgegrenzte Titel ordnet er die Welt des Betriebes, unter Gesichtspunkte, wie sie dem Praktiker tagtäglich begegnen: Betriebssicherheit, Zeitstudien, Zuschlagwesen, Arbeitsfelder, Arbeitseinteilung und -bindung, Ermüdungsstudien usf. Immer aber weiß er diese Begriffe unter einem besondern Aspekt zu betrachten, und über die zahlreichen und wichtigen konkreten Angaben und Forschungsergebnisse hinaus lehrt er den Betriebsingenieur Dinge sehen, an denen er vielleicht tausendmal achtlos vorübergegangen ist. Wir möchten in der Anleitung zu einer solchen Blickschärfung den Hauptnutzen des Werkes sehen, ohne die speziellen Ergebnisse verkleinern zu wollen. Aber diese sind naturgemäß gebunden an die im Laufe von wenigen Jahren in Angriff genommenen Fragestellungen, können also bei aller Weite des ganzen Rahmens immer nur Teillösungen und Beispiele sein, und so darf man, zumal bei der betonten Beschränkung auf die Arbeiten seiner Schule nicht, wie es eine Verlagsanzeige ankündigt, ein Lehrbuch der Arbeitstechnik erwarten, wohl aber eine Summe von Erfahrungen und Anregungen.

Bei der Fülle und Reichhaltigkeit der angeschnittenen Fragen würde ein Eingehen auf Einzelprobleme den Rahmen der Besprechung sprengen; in manchen Punkten wird man dem Verfasser nicht beipflichten können, insbesondere dort, wo komplizierte Fragen wie etwa Ermüdungsmessung oder Übermüdung allzu einfach oder zu sehr isoliert gesehen werden, und wo für den Leser die Gefahr besteht, die Grenze zwischen Arbeitshypothesen und gesichertem Wissen verwischt zu sehen. Im Ganzen aber darf man sagen, daß jeder, der in der Welt des Betriebes zu schalten und zu walten hat, aus dem Buch reichen Gewinn für seine Arbeit ziehen wird, und so sei es nachdrücklich empfohlen als Einführung in ein Forschungsgebiet, das in Zukunft an Bedeutung gewinnen muß, wenn die Arbeit in der Industrie nach der Ideenwelt des Nationalsozialismus geformt werden soll.

Graf, Dortmund [2613]

Industrielles Rechnungswesen

Moderne Fabrikbuchhaltung. Von *Walter Weigmann.* Leipzig 1935, Verlag von Felix Meiner. 86 S. Mit 8 Kontenschaubildern und vielen Tabellen. Preis geh. 4,80 RM.

Die Arbeit ist aus dem Wunsche des Verfassers entstanden, eine Gesamtdarstellung der modernen Fabrikbuchhaltung und der damit zusammenhängenden Fragen zu geben. Sie will jedoch nicht etwa eine Einführung in die Buchhaltung für Anfänger bieten, sondern setzt voraus, daß dem Leser bereits die Technik der Buchhaltung selbst aus der Praxis bekannt ist.

Zunächst wird im Anschluß an *Lehmann* eine Gliederung des Rechnungswesens und eine Erläuterung seiner Grundbegriffe gegeben. Sodann werden die Systeme der Buchhaltung (Kameralistik, einfache und doppelte Buchhaltung) sowie die Entwicklung und der Aufbau der einzelnen Konten behandelt. Es folgt als eigentliches Kernstück des Buches eine Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Selbstkostenrechnung und Buchhaltung als Vorbereitung der kalkulatorischen Buchhaltung sowie über die kalkulatorische Buchhaltung und Erfolgsrechnung nach der Aktienrechtsreform an Hand der beiden Kontenplan-Entwürfe, die im betriebswirtschaftlichen Schrifttum als Normalkontenplan des VDMA und als *Schmalenbach*-Kontenplan bekanntgeworden sind. Um einen Vergleich der beiden Kontenplanarten zu ermöglichen, wird als Beispiel für die letztere der Entwurf einer Einheitsbuchführung für mittlere Maschinenfabriken herangezogen. Ein Schrifttumsverzeichnis und eine Reihe von Kontenschaubildern beschließen das für jeden in der betriebswirtschaftlichen Praxis stehenden Leser lehrreiche Werk.

Interessant ist die Schlußkritik, mit der *Weigmann* seine auf dem Wege des Vergleichs der beiden Kontenpläne gewonnenen Ergebnisse zusammenfaßt.

„Bei dem VDMA-Entwurf läuft die Kostenstellenrechnung statistisch neben der Buchhaltung her, so daß keine zwangläufige und gegenseitige Kontrolle beider stattfindet, sondern nur aus den Differenzen zwischen entstandenen und verrechneten Gemeinkosten läßt sich etwas über die Zurechnungsgenauigkeit aussagen, sofern die Fabrikate zu den wirklichen Kosten und unabhängig von der Preispolitik abgerechnet werden. Wird aber außerdem der einzig mögliche Weg der Preispolitik, nämlich die Gemeinkosten zum betriebsnormalen Beschäftigungsgrad weiter zu verrechnen, beschritten, so läßt sich auch über diese Differenzen nur mehr wenig aussagen, jedenfalls nichts mehr über die Zurechnungsgenauigkeit, denn sie sind dann ein Gemisch aus Einflüssen des Beschäftigungsgrades und der Remanenz der Unkosten. Dagegen aber ist es möglich, daß den Vorschriften der Aktienrechtsreform zwangläufig, also aus der Buchhaltung heraus, genügt wird.

Dem steht die zweite Möglichkeit nach dem Entwurf der Einheitsbuchführung von *Krähe* gegenüber, wo sich zwar durch die Kostenstellenrechnung im Rahmen der Buchhaltung die Kalkulation und sogar die Preispolitik in der Form der Proportionalpreisrechnung zwangläufig ergeben, dafür aber die Gewinn- und Verlustrechnung nach der Aktienrechtsreform nur statistisch, also außerhalb dieser kalkulatorischen Buchhaltung im wahrsten Sinne des Wortes durchgeführt werden kann."

Zwar scheint mir die an dem VDMA-Kontenplan von *Weigmann* geübte Kritik bezüglich des Nebeneinanderherlaufens von Buchhaltung und Kostenstellenrechnung nicht durchaus zuzutreffen. Ein solches Nebeneinanderherlaufen kann bei derartigen Kontenplänen tatsächlich vorhanden sein. Es muß aber nicht sein, und das ist für die Beurteilung entscheidend.

Trotzdem stimme ich mit dem Verfasser darin überein, daß der von *Schulz-Mehrin* auf Grund der bekannten Gemeinschaftsarbeiten des Vereines deutscher Ingenieure ausgearbeitete Kontenplan im Sinne dessen, was *Weigmann* eine „kalkulatorische Buchhaltung" nennt, noch erheblich verbessert werden kann. Das aber ist unschwer zu erreichen, und zwar sowohl in bezug auf die von *Weigmann* geforderte Abstimmung zwischen Kostenstellenrechnung und Buchhaltung als auch hinsichtlich der ebenfalls geforderten Bindungen zwischen ihnen sowie der Kalkulation und Preispolitik, ohne daß dadurch etwa die Anpassung der Gewinn- und Verlustrechnung an die Vorschriften der Aktienrechtsreform in Frage gestellt werden muß.

Demgegenüber erscheint mir der Entwurf der Einheitsbuchführung von *Krähe* an Hand des Schmalenbachschen Kontenplanes nicht nur infolge der mangelnden Anpassungsfähigkeit an die Vorschriften der Aktienrechtsreform abwegig zu sein. Sein Hauptfehler liegt vielmehr darin, daß er gerade durch die Art des Einbaues der Kostenstellenrechnung in die Buchhaltung in dem Kontenaufbau und infolgedessen auch in den verbuchten Ergebnissen viel zu undurchsichtig und verwickelt ist, als daß er in der Praxis sich auf die Dauer durchsetzen könnte. *Bredt* [2656]

Grundformen der Kostenrechnung. Beitrag zur Erneuerung des Grundplanes der Selbstkostenrechnung. Bearbeitet im Auftrage des Vereines deutscher Ingenieure. Von *F. Zeidler VDI.* Berlin 1935, VDI-Verlag. 21 S. 8 Abb. 11 Tafeln. Preis 6,50 RM (für VDI-Mitgl. 5,85 RM).

Im Auftrage des Vereines deutscher Ingenieure hat der Verfasser den bekannten Grundplan der Selbstkostenberechnung umgeformt. Der Grundplan des AWF erschien 1920/21 und verbessert 1924. *Schmalenbach* trieb die Entwicklung mit seinen „Grundlagen" und dem „Kontenrahmen" vor. Seit der dritten Auflage des AWF (1930) unterblieb eine neuerliche Gesamtdarstellung.

Der Titel der Arbeit zeigt, daß sie der Beitrag des VDI zur neuen Gesamtdarstellung sein will. Es sind dabei u. a. die Arbeiten der betriebswirtschaftlichen Ausschüsse des VDI und des Vereines deutscher Eisenhüttenleute berücksichtigt.

Nur die formale Gestaltung der Kostenrechnung wird behandelt. Über den Inhalt, d. h. die Erfüllung des Kalkulationsrahmens mit Kostenziffern, wird bewußt nichts gesagt. Der Standpunkt des innenbetrieblichen Kostenbildes wird nicht verlassen.

Zeidler zeigt den Willen, das Begriffsgut zu übernehmen, das gut und üblich geworden ist. In wohlüberlegter Auswahl schält er aus dem weiten Gebiet der Selbstkostenrechnung nur das zum Grundplan unbedingt erforderliche Neugut heraus. Die Kürze der Sprache, der klare Aufbau und die Einheitlichkeit der Begriffsbildung machen jedem das Studium zu einem Genuß. Wer mehr erwartet, muß sich vor Augen halten, daß hier der Grundplan zum Kalkulationsrahmen und nicht der Rahmen als solcher beschrieben wird. Ob diese Zeilen das letzte Wort darstellen, kann heute noch nicht gesagt werden, da die andern Stellen noch nicht hervorgetreten sind. Der Vergleich mit dem bisherigen Grundplan zeigt den großen Fortschritt der 1935er Arbeit von *Zeidler.* Dr. *Brandl* [2631]

Vertrieb

Das Schrifttum über betriebswirtschaftliche Marktforschung (Marktanalyse und Marktbeobachtung). Von *Ernst Schäfer.* Berlin 1935, Deutscher Betriebswirte-Verlag. 36 S. Preis 2,50 RM.

Das jüngere betriebswirtschaftliche Schrifttum hat sich in den vergangenen Jahren nach der Bearbeitung von Kostenfragen zum großen Teil mit der Erforschung des Marktes beschäftigt. Bedarfsanalysen, Marktbeobachtungen wurden ausgewertet und dem Fabrikanten und Händler die Notwendigkeit der Kenntnis von den Gewohnheiten des Kunden bzw. den Gesetzmäßigkeiten des Marktes an das Herz gelegt. Es ist zu begrüßen, daß die Weiterarbeit auf diesem Gebiete durch die vorliegende bibliographische Bearbeitung wesentlich erweitert wird. Besonders wertvoll ist es, daß für die einzelnen Wirtschaftsgebiete in einem Anhang die das Gebiet behandelnden Schriften genannt sind. Leider veralten die in Buchform erschienenen Bibliographien bald. In Zukunft wird man als Ergänzung dieser Schrift die Hefte der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Bibliographie der Sozialwissenschaften heranziehen. *Norden* [2638]

Ein- und Ausfuhr-Erleichterungen durch Kompensationsgeschäfte und Rohstoffkreditgeschäfte. Von *Gerold Goedecke.* Frankfurt am Main 1934, Societäts-Verlag. 59 S. Preis 1,50 RM.

Dieser Wegweiser zur Abwicklung von Kompensations- und Ausfuhrkreditgeschäften verdankt nach dem Vorwort seine Entstehung der mangelnden Kenntnis der im Rahmen der Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung möglichen Ein- und Ausfuhrgeschäfte.

Der Verfasser geht einleitend auf die Bedeutung der Kompensations- und Rohstoffkreditgeschäfte ein, erklärt deren Begriffe, die rechtlichen Grundlagen und die erforderlichen Voraussetzungen, die zur Genehmigung dieser Geschäfte erfüllt sein müssen. Er behandelt dann die Möglichkeit, Kompensations- und Rohstoffkreditgeschäfte mit dem Zusatzausfuhrverfahren (Scrips) zu verbinden und gibt dabei eine Begriffsbestimmung der „effektiven Devisen". Daran schließt sich eine kurze Übersicht über die deutschen Verrechnungs- und Zahlungsabkommen.

Der Verfasser bespricht dann die besondern Bestimmungen für einzelne Länder, den Ablauf des Verfahrens, Inhalt und Weg des Antrags, Zahlungsart und Zahlungsort sowie die Zuständigkeit der einzelnen Behörden.

Trotz des Mangels, der allen Schriften anhaftet, die eine sich schnell ändernde Frage behandeln, ist diese Arbeit wertvoll als zusammenfassende Darstellung und als Leitfaden auch für den Laien. Einige Beispiele und bildliche Darstellungen erleichtern das Verständnis. *Dt.* [2627]

Versicherung

Die Versicherung als geistige Schöpfung des Wirtschaftslebens. Eine entwicklungspsychologische Untersuchung. Von *Josef Schreiegg.* Leipzig-Berlin 1934, B. G. Teubner. 90 S. Preis 4,50 RM.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, das Werden des Versicherungsgedankens entwicklungspsychologisch zu erfassen. Er löst sie durch eine Art geschichtlicher Darstellung. Ausgehend von Wirtschaftsformen, denen der Versicherungsgedanke noch fremd ist, zeigt *Schreiegg* versicherungsähnliche Einrichtungen mit Versicherung als Teilfunktion und schließlich die Verselbständigung und Erweiterung des Versicherungswesens bei zunehmender Differenzierung und Integrierung des Wirtschaftslebens. Diese Entwicklung verfolgt er bei zwei von einander ziemlich unabhängigen Parallelen, nämlich der rationellen Gefahrengemeinschaft, die vom Seedarlehn zur Seeversicherung und weiter zur allgemeinen Sach- und Lebensversicherung und über den Einzelunternehmer zur Versicherungsaktiengesellschaft führt, und dann der ideellen Gefahrengemeinschaft, die zum Verein auf Gegenseitigkeit wurde.

Die Gesetzmäßigkeiten, die der Verfasser aus dem Entwicklungsverlauf folgert, sind an sich jedem Wirtschaftszweig eigen. Es gelten auch hier als Entwicklungsfaktoren Intensivierung und Wandlung der Auslösungsbedingungen, äußere Vorfälle und persönliche Erlebnisse, Wettbewerb und nicht zuletzt die Initiative des schöpferischen Menschen. Es ist kein Versicherungsfachmann, der hier spricht, und die etwas abseitige Fragestellung führt den Verfasser manchmal dazu, Selbstverständliches und Bekanntes neu zu entdecken. So bietet die Schrift für den Versicherungsfachmann wenig Neues, und dem allein volkswirtschaftlich Interessierten gibt sie ein nicht immer klares Bild von den tatsächlichen Zusammenhängen.

Dr. *Kraußmüller* [2594]

Kalender

Technik voran! Jahrbuch mit Kalender für die Jugend, 1936. Herausgegeben vom Deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen E. V. Leipzig und Berlin 1935, B. G. Teubner. 240 S. m. Abb. Preis 0,95 RM.

Der Kalender des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen erfreut sich bei der Jugend großer Beliebtheit. Der Jahrgang 1936 enthält kurze treffende Darstellungen über die jüngsten Vorgänge in der Technik (z. B. Wehrtechnik, Arbeitsdienst, Verkehr, Fernsehen usw.) Auch die beigefügten Tabellen werden wiederum viel Anklang finden. Einen besonderen Hinweis verdient die Karte des Reichssportfeldes, wie überhaupt die Ausführungen über Technik und Sport, ist doch das Jahr 1936 das Jahr der Olympischen Wettkämpfe in Berlin. [2614]

Deutscher Reichsbahn-Kalender 1936. Herausgegeben vom Pressedienst der Deutschen Reichsbahn.

Deutscher Reichspost-Kalender 1936. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. Leipzig 1935, Konkordia-Verlag Reinhold Rudolph. Preis 2,80 RM.

Die Kalender der Deutschen Reichsbahn sowie der Deutschen Reichspost für das Jahr 1936 sind wie ihre nun schon vielen Vorgänger wieder einmal sehr gut gelungen; sie bringen nicht nur herrliche Ansichten und somit erfreuliche Blickpunkte für den im Betrieb, im Büro oder daheim Schaffenden, sondern sind wie immer belehrend zugleich, und zwar auf den verschiedensten Gebieten, von denen Technik, Geschichte und Volkswirtschaft an erster Stelle stehen. Die Reichsbahn hat ihrem Kalender das Leitwort vorangestellt: „Was Dir die Reichsbahn sein will"; dasselbe könnte auch die Reichspost von ihrem diesjährigen Kalender sagen. Wir wünschen beiden wieder weiteste Verbreitung. [2679]

Dräger GL-Kalender 1936. Herausgegeben vom Drägerwerk, Lübeck.

Der Kalender des Drägerwerkes ist dem Gasschutz im Luftschutz gewidmet und wurde mit Genehmigung des Luftfahrtministeriums herausgegeben.

Aus andern Zeitschriften

Das Deutsche Reich und die Weltwirtschaft der Gegenwart. *K. Wiedenfeld.* Deutsche Rundschau 61. Jahrgang H. 12 (September 1935) S. 173/81.

Zwei Grundsätze, die auch im Dawes-Gutachten einst aufgestellt worden sind, kennzeichnen heute die weltwirtschaftliche Lage: Internationale Zahlungen können nur durch entsprechende Warenausfuhr geleistet werden (auch die sog. Kapitalübertragungen); politische Zahlungen können international nur insoweit durchgeführt werden, als die Währungslage im Interesse aller Beteiligten das gestattet. Die Tatsache, daß mit privaten Krediten politische Verpflichtungen finanziert wurden, hat sich gleich verhängnisvoll für Schuldner und Gläubiger erwiesen wie die, daß sich die Staaten, in denen die privaten Gläubiger auf ihr Geld warten, gegen die Wareneinfuhr des Schuldnerlandes absperren, durch die allein die Abtragung möglich ist.

Nicht die geschichtlich wiederholt zu verzeichnende Entwicklung von Rohstoff- und Agrargebieten zu Industrieländern ist an sich die Ursache der Schwierigkeiten; aber das sprunghafte Tempo der Entwicklung ist die Ursache privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Kapitalverluste, vermehrt durch übertriebene Schaffung neuer, rationalisierter und kapitalintensiver Anlagen zu einseitigen Zwecken ohne Rücksichten auf die veränderten Aufgaben und Absatzverhältnisse. Das hat auch dazu geführt, daß unsere Industrie weder als Ganzes noch in allen wichtigen Zweigen die frühere Leistungshöhe erreicht hat, weil die Kapitalbeträge dazu fehlten oder falsch angelegt wurden. Die Welt-Umstellung trifft Deutschland weniger hart als etwa England, weil das Schwergewicht seiner Ausfuhr im Bereich der Verfeinerung und der qualitativ hochwertigen Fertigerzeugnisse, nicht in dem der Rohstoffe, des Massenbedarfs und der Stapelwaren liegt. In dieser Richtung wird auch die künftige Möglichkeit gegeben sein, die nötigste Rohstoffgrundlage durch Veredelungsausfuhr zu sichern. Der Ausfuhr-Unterschuß gegenüber Rohstoffländern muß aufgewogen werden durch den Ausfuhr-Überschuß gegenüber alten Industrieländern, in denen Nachfrage nach hochwertigen Erzeugnissen zu finden ist; nicht mit zweiseitigen Kompensationsgeschäften allein wird der Standard unserer Bevölkerung zu halten sein. An Abtragung der internationalen Schulden dürfen wir erst denken bei ausgeprägt aktiver Gesamthandelsbilanz und nach Deckung des Rohstoffbedarfs.

Um die wirtschaftliche und rechtliche Stellung des Handelsvertreters. *A. Rennecke.* Braune Wirtschafts-Post Jg. 4 H. 6 (10. 8. 1935) S. 178/80.

Aus Anlaß kritischer Auseinandersetzung mit anderweitigen Ausführungen geht der Leiter eines fachlichen Reichsverbandes der Vertreter ausführlich auf die rechtliche Stellung, die Tätigkeitsbereiche, Aufgaben und die tatsächliche Lage der Handelsvertreter ein. Er kennzeichnet die unwürdigen Be-

dingungen, unter denen der Handelsvertreter vielfach arbeitet, und die ihm rücksichtslos diktiert werden. Die Schäden durch unzulängliche Auswahl der Vertreter seitens der Betriebe aus gänzlich ungeeigneten Kreisen zu beheben, wird eine der dringlichsten Aufgaben der beruflichen Fachorganisation sein. Die volkswirtschaftliche und geschäftliche Aufgabe und Bedeutung der Vertreterarbeit als notwendige Funktion der Güterverteilung und Beschäftigungsversorgung wird besonders klargestellt.

Rationalisation of the management of companies under a merger. *C. G. Renold.* The Accountant (London) Bd. 43 Nr. 3173 (28. 9. 1935) S. 434/42, 3 ZT, 4 Schaub.

Zusammenfassender Bericht eines Vorstandsmitglieds über die Errichtung einheitlicher Werkleitung für zwei verwandte Großbetriebe, denen jeweils mehrere Unterbetriebe angegliedert sind, zwecks Konzernbildung (besonders Antriebsketten, Getriebe usw.) in diesem Zweig der englischen Industrie. Aufbau des Konzerns, Vereinheitlichung der Erzeugung und Zusammenfassung der Betriebe; Vereinheitlichung des Rechnungswesens und der Verwaltung; Neuordnung des Vertriebes. Übersicht über die neue Gesamtorganisation und die erzielten Erfolge.

Verbraucherlenkung und die Wiederentdeckung des Verbrauchers. *W. Vershofen.* Die Deutsche Fertigware Jg. 7 H. 7/8, Teil A, S. 105/10, Ergänzung S. 114/17.

Grundsätzliches zur Frage der Verbraucherlenkung; Kritik neuester Forderungen danach. Erkenntnisweg zur Verbraucherhaltung. Geistige und soziale Differenzierung des Menschen als Verbraucher. Verbrauchslenkung als soziales Problem. Neuer Weg zur Forschung in dem Neuland des Verbrauchs- und Verbraucher-Problems: Aufbau einer besondern Organisation „Gesellschaft für Konsumforschung". Als Ergänzung sind deren Statuten und Erläuterungen dazu abgedruckt.

Metallbearbeitungsmaschinen in der Sowjetunion. *H. Thelen.* Ost-Europa-Markt Jg. 15 H. 6 (Juni 1935) S. 296/303, 2 Abb.

Betrachtungen über die deutschen Ausfuhraussichten für Metallbearbeitungsmaschinen nach Sowjetrußland und die russische Eigenerzeugung nach Höhe, Gestehungskosten und Standort. Die Ausfuhr Deutschlands wird sich auf jene hochwertigen Maschinen einzustellen haben, die Rußland auch bei anlaufender Eigenversorgung weiter beziehen müssen wird.

Leitende Gesichtspunkte der Lieferbedingungen nebst Schiedsgerichtsvereinbarung für das Ausfuhrgeschäft nach der UdSSR. *F. Krahe.* Ost-Europa-Markt Jg. 15 H. 6 (Juni 1935) S. 285/96.

Kommentar zu den am 20. 3. 1935 fertiggestellten Vereinbarungen über Lieferbedingungen und Schiedsgerichtsordnung für die deutsche Ausfuhr nach Sowjetrußland, in Kraft seit 1. April 1935. Erläuterung der einzelnen Liefer-, Zahlungs- und Gewährleistungsbedingungen, ferner der (grundsätzlichen) Abnahmeklauseln und der neuen Schiedsgerichtsordnung; letztere wird nur kurz geschildert. *BH*

KARTELLWESEN

BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIERSCHKY
BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17

Die Kartellgesetzgebung der Welt

Weitgehende Übereinstimmung in Grundlagen und Entwicklungsrichtung der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung äußert sich auch darin, daß in fast allen Ländern in den letzten Jahrzehnten Kartellierung und kapitalistische Organisation in Konzernen und Trusts ein bedeutsamer wirtschaftlicher Faktor in der und für die einzelne Volkswirtschaft geworden sind, der die Staaten zwingt, von der rein passiven Rolle zu aktiver öffentlicher Aufsicht überzugehen. Als Ende 1923 unsere deutsche Kartellverordnung herauskam, gab es noch in keinem zweiten europäischen Staate einen ähnlichen Eingriff in die bisherige weitreichende Autonomie der Kartelle. In den Vereinigten Staaten, Australien, Neuseeland bestanden zwar schon um teilweise Jahrzehnte ältere Gesetze, die indessen von wesentlich andern Gesichtspunkten auch für andersartige Gebilde als unsere Kartelle diktiert waren. Das deutsche Unternehmertum sah in unserer Verordnung auch nur ein währungs-notgeborenes Zwischenspiel und wollte meine, in einer Reihe von Vorträgen über die neue Staatsaufsicht geäußerte Voraussage, daß eine Zeit öffentlichrechtlicher Kartellaufsicht in Europa und darüber hinaus begonnen habe, keinesfalls gelten lassen.

Nun legt ein Jahrdutzend später Dr. *J. W. Reichert* ein stattliches Buch über „Die Kartellgesetze der Welt"[1]) vor, das in für Wissenschaft und Praxis gleich wichtiger Bedeutung eine vollständige Sammlung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen bietet — wohl die erste in der Weltliteratur —, die in überraschender Weise Umfang und Bedeutung dieser Gesetzgebung erkennen läßt. Der Verfasser hat ihr eine ausführlichere rechtsgeschichtliche Betrachtung voraufgeschickt, die einen guten Überblick über die Entwicklung dieser wirtschaftlich bedingten Rechtsprobleme gewährt. Das Werk ist aber grade für unsere deutsche Wirtschaft von Bedeutung, weil das Kartellproblem, wie an dieser Stelle mehrfach erläutert worden ist, durch unsere politische Umstellung einer bedeutsamen kritischen Nachprüfung unterliegt.

1) Berlin 1935, Carl Heymanns Verlag, 197 S. Preis 9 RM.

Wenn man zunächst einmal die europäische Wirtschaft ins Auge faßt, so wird man *Reichert* ohne weiteres zustimmen müssen, daß die industrielle Selbsthilfe in manchen Ländern Formen angenommen hat, die man geradezu als Flucht in die Selbsthilfeorganisationen der Kartelle bezeichnen kann. Das wird verständlich, wenn man die für alle europäischen Länder mit ihrer hochentwickelten oder in — meist staatspolitisch stark begünstigter — Entwicklung begriffenen Industrialisierung durch die internationale wirtschaftliche Lage geschaffenen Schwierigkeiten ins Auge faßt. Auf der einen Seite ein auch durch die unsicheren politischen Verhältnisse verstärktes Autarkie-Streben, auf der andern Seite allenthalben eine, auch durch eben diese Autarkie verschärfte Unterbindung der Absatzentwicklung. Als dritter Faktor kommt dann jedenfalls in allen Staaten, die nach einer sozialen Wirtschaftspolitik streben, der Zwang hinzu, die Masse der Bevölkerung in ihren ohnehin wenig günstigen Lebensbedingungen gegen Schäden freier privater Wirtschaftskonkurrenz zu schützen. Damit ist ein vielseitig vorbereiteter Boden für alle Bestrebungen zur Ordnung des Marktes gegeben.

Die Folge ist ein unzweifelhaft starkes Anwachsen der Kartellierung und Konzernierung seit dem Weltkriege. Dies gilt auch für die Entwicklung der internationalen Organisationen, die unstreitig das Verdienst buchen können, vielfach die einzigen Faktoren gewesen zu sein, die einer völligen Zerreißung der internationalen Wirtschaftsfäden entgegenwirkten. Sie waren und sind aber auch, was für die Wirtschaftspolitik der in Frage kommenden Länder, so auch die unsrige, nicht außer Ansatz bleiben kann, ein Element, das für die landeseigene Organisationspolitik erhebliche Bedeutung gewinnt. Allerdings im wesentlichen nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Wie auch *Reichert* zutreffend hervorhebt, sind deshalb auch die oft angebahnten Bestrebungen nach einem internationalen Kartellrecht auf absehbare Zeit als völlig aussichtslos, aber auch überflüssig anzusprechen.

Die staatliche Marktordnungspolitik ist in den Einzelheiten ihrer Durchführung durchaus bedingt durch die Wirtschaftspolitik des Staates, das beweist schlagend die Buntheit der Regelungen in grundsätzlicher wie in sachlicher

Hinsicht, die das Studium der vorliegenden Arbeit aufzeigt.

Dabei ist weiter das interessante Ergebnis festzustellen, daß Wirtschaftsnotwendigkeiten durchaus imstande sind, eingewurzelte und verbriefte rechtspolitische und staatspolitische Anschauungen zu korrigieren. Ein schlagendes Beispiel hierfür bieten die Vereinigten Staaten. Das erste Land, das seit 1890 einen gesetzlichen Kampf gegen Marktmonopol-Bestrebungen geführt hat, ging unter *Roosevelts* einsichtiger Leitung mit dem umfassenden Gesetz des „Nationalen Wiederaufbaus" 1933 zu einer beispiellos tiefgreifenden Zwangsmarktordnung über, die namentlich auch auf sozialpolitischem Gebiete, also in einem bisher gänzlich staatsfreien Bereich den Organisationszwang durchführen wollte. Die Einzelheiten sind bei *Reichert* (S. 50 ff.) nachzulesen. Wenn auch das großzügige, organisatorisch allerdings wohl überspannte Werk daran scheiterte, daß das Oberste Gericht seine Grundlage als verfassungswidrig verneinte, so zeugt doch für seine Notwendigkeit die Tatsache, daß eine Reihe von Gewerben freiwillig seine Grundgedanken zur Ausführung bringen. Im übrigen dürfte es eine Frage der Konjunkturentwicklung sein, ob der wirtschaftliche Zwang nicht doch über den offensichtlichen Mangel der Verfassung an Möglichkeiten ökonomischer Staatsinitiative siegt.

Als weitere interessante Einzelheit aus der Organisationsrevue des Buches sei auf die Ausfuhrorganisationen der Japaner verwiesen (S. 25 f., S. 119 f.). Es dürfte unbestreitbar sein, daß die außerordentlichen Ausfuhrerfolge dieses Volkes nicht ausschließlich auf der Kette beruhen: billige Massenlebenshaltung — billige Löhne — billige Preise. Mit der Preisstellung allein sind derart systematische Markteroberungen, wie sie Japan namentlich seit dem Weltkriege zu verzeichnen hat, nicht zu schaffen. Japan hat, was bei *Reichert* als aus dem Rahmen der Arbeit fallend nicht erwähnt ist, schon seit alter Zeit gewerbliche Gilden, die sich mit Eintritt des Landes in den Weltverkehr auch der Ausfuhr zuwandten und hierbei zunächst mit der unstreitig sehr wirksamen Waffe gütegarantierter Markenwaren operierten, wie etwa der unter dem Namen „Pongee" weitbekannten Naturrohseidengewebe. 1925 wurde in den Gesetzen über Ausfuhrverbände wiederum der Gütegedanke „verankert", wenn auch dieser Zweck hinter dem Grundgedanken kollektiver Ausfuhrpolitik stärker zurücktritt. Hatte schon dieses Gesetz beschränkten Zwangscharakter, indem der Minister auch Außenseiter Verbandsbestimmungen unterwerfen kann, so ist das Gesetz von 1931 über „Zusammenschluß und Kontrolle wichtiger Industriezweige" ein echtes Zwangskartellgesetz, das übrigens hinsichtlich der verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen und des Verfahrens als Vorläufer der späteren Gesetze in Belgien, Holland, Frankreich angesehen werden könnte, insofern es namentlich auch eine gewisse Initiative der in Frage kommenden Unternehmer für die Kartellierung fordert.

Nach einem Bericht in der Deutschen Bergwerks-Ztg. vom 28. 11. 1935 gab es zu Beginn des Jahres 1935 61 Ausfuhrsyndikate in genossenschaftlicher Form, die über 4000 Ausfuhrunternehmen umfassen. Sie bezwecken entweder die Eroberung eines bestimmten Auslandsmarktes, so Staaten des Fernen Ostens, aber auch Englands, Frankreichs und der Schweiz sowie des Balkans, oder betreiben die Ausfuhr einer bestimmten Warengattung oder wirken für die Ausfuhr eines bestimmten Erzeugnisses auf einem besondern Auslandsmarkt. Zu den bedeutendsten Organisationen gehörte die Nagoya Porzellanwarenvereinigung mit über 300 Mill. Yen Kapital und das Syndikat der Baumwollwaren-Exporteure nach Indien mit gleichfalls über 300 Mill. Yen Kapital, das Rußland- und das Nordamerika-Syndikat, beide mit über 100 Mill. Yen Kapital. Interessant ist besonders ein Bier-Ausfuhrsyndikat mit über 100 Mill. Yen Kapital. Die Hauptwaffe dieser Organisationen ist zweifellos ihre scharfe Kontrolle der Warengüte, verbunden mit schärfster Preiskalkulation.

Spezielle Außenhandelskartelle haben auch in Durchbrechung ihrer grundsätzlich kartellgegnerischen Einstellung die Vereinigten Staaten bereits 1918, freilich unter weitgehender staatlicher Kontrolle durch die Webb-Pomerene Act zugelassen (Einzelheiten bei *Reichert*, S. 47). Der Zweck war wohl in erster Linie, die Ausfuhrschäden des Weltkrieges wieder auszugleichen. Das Gesetz hat überdies insofern auch internationale Bedeutung, als es den Amerikanern den Weg zur Beteiligung an internationalen Kartellen ermöglichte. Aber ausdrücklich ist in dem Gesetz verboten, die marktregelnde Wirksamkeit auch auf das Binnenhandelsgeschäft auszudehnen.

In Deutschland ist die Kartellierung bislang im wesentlichen nur mittelbar in den Dienst der Ausfuhr gestellt worden. Einmal in breiterem Umfange insofern, als der Kartellschutz ausreichender Inlandpreise vielfach überhaupt erst ermöglicht, Preisopfer bei der Ausfuhr zu tragen. Sodann ist die meist sehr aktive Beteiligung an der Gründung internationaler Kartelle hierher zu rechnen, weil hierdurch der Inlandindustrie zumeist auch ein bestimmter Anteil am Weltabsatz gewährleistet wird. Daneben gibt es einige wenige Ausfuhrkartelle. So ist neuerdings nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung in Hamburg eine Ziegelexport G. m. b. H. gegründet worden, die England und nordische Märkte offenbar unter Ausnutzung der günstigen Wasserfracht bearbeiten soll. Man wird übrigens, solange die gegenwärtigen allgemeinen Ausfuhrhemmungen bestehen, dafür eintreten müssen, daß besondere Ausfuhrkartelle nicht ohne staatliche Genehmigung und Überwachung tätig werden dürfen, wenn aus ihrem Wirken einwandfreie Ergebnisse für unsere Binnenwirtschaft erzielt werden sollen.

Dabei sei eingeschaltet, daß die Vereinigten Staaten auch das erste Land gewesen sind, das in der Federal Trade Commission eine selbständige oberste Verwaltungsbehörde sich geschaffen hat, die mit weitgehenden, allerdings in der Praxis doch vielfach unzureichenden Befugnissen nicht allein Kartelle und Trusts zu bekämpfen hatte, sondern ganz besonders auch den unlauteren Wettbewerb. Und auf diesem Gebiete hat sie im Wege von Verhandlungen mit den Interessenten durch Vereinbarung von Grundsätzen im Geschäftsverkehr ohne Zweifel Vorbildliches geleistet. Wer einen näheren Einblick in diese Tätigkeit nehmen konnte, wird zu dem Vergleich gedrängt, daß damit etwas dem Wirken unseres jetzigen Werberates Ähnliches auf dessen, an sich ja spezielleren Arbeitsfelde erreicht worden ist.

Das vergleichende Studium der rechtlichen Durchführung der öffentlich-rechtlichen Kartellkontrolle und -politik, insbesondere auch bei der Zwangskartellierung, ergibt zwar in den Grundzügen für die europäischen Länder viel Übereinstimmendes. In den Einzelheiten aber ergeben sich meist interessante Abweichungen. So verbietet Jugoslavien die Kartelle grundsätzlich und läßt nur ausnahmsweise nach genauer staatlicher Prüfung solche Organisationen aus wichtigen wirtschaftlichen Gründen oder im allgemeinen öffentlichen Interesse zu. Als Kuriosum sei vermerkt, daß die Kartelle einen vom Minister zu bestimmenden Beitrag zu den laufenden Kontrollkosten zu zahlen haben und ebenso, falls der Minister den im Gesetz vorgesehenen ständigen Kontrollkommissar bestellt, diesen selbst besolden müssen. Auch trotz der jetzt vorliegenden stattlichen Zahl von Gesetzen wird man bei dem Versuch scheitern, eine einheitliche Fassung der grundlegenden Organisationsbegriffe zu gewinnen. Durchweg wird vielmehr, stellenweise noch viel allgemeiner, als in unserer deutschen Gesetzgebung mit Begriffsumschreibungen gearbeitet. Das belegt von neuem die in der Wissenschaft festgestellte Beobachtung, daß das in Frage kommende Organisationswesen sich in wirtschaftlicher wie in rechtlicher Beziehung genauer schematischer Festlegung entzieht. Das ist zweifellos auch einer der Gründe, weshalb die neuere Gesetzgebung fast durchweg die Kontrolle in die Hände der Verwaltung gelegt hat und sich nicht mit der Verfolgung etwaiger Mißstände durch die Zivil- oder Strafjustiz begnügt. Ebenso ist man, sofern ein Gerichtsverfahren vorgesehen wird, nach unserem deutschen Vorbild bereits in vier Staaten dazu übergegangen, ein besonderes Kartellgericht zu schaffen.

Es mag zum Schlusse dahingestellt bleiben, ob die von *Reichert* als Ergebnis seiner einleitenden Erörterung (S. 12) gezogene Folgerung zutrifft, daß aus der bisherigen Entwicklung die Notwendigkeit nationaler und übernationaler Marktregelung abzuleiten ist. Gewiß ist aber der von ihm gebotenen internationalen legislativen Übersicht das eine zu entnehmen, daß auch unsere Wirtschaft sich für eine absehbare Zukunft einer wichtigen Waffe berauben würde, wenn sie eine schlechthin kartellfeindliche Wirtschaftspolitik einleiten wollte. [2678]

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Der Absatzmarkt für Spielwaren

Von Dipl.-Kaufmann HELMUT NORDEN, Berlin

Allgemeines

Die weltwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Spielwarenindustrie ist immer noch sehr groß. Die Ausfuhr sank zwar seit den Vorkriegszeiten wegen der Aufwärtsentwicklung der amerikanischen Spielwarenindustrie, beträgt aber heute immer noch 30 bis 40 Mill. RM. Der Ausfuhranteil wurde für 1929 mit 50 bis 60 % der Erzeugung geschätzt und wird jetzt bei 30 % liegen. Während 1913 die Erzeugung deutscher Spielwaren mit rd. 135 Mill. RM das Fünffache der amerikanischen Erzeugung (27 Mill. RM) darstellte, hatte die amerikanische Spielwarenindustrie die deutsche schon 1927 mit 340 Mill. Reichsmark gegenüber 200 Mill. RM übertrumpft. Auf dem Weltmarkt hat sich jedoch die deutsche Spielwarenindustrie behaupten können. Die Hauptausfuhr richtet sich außer nach den Vereinigten Staaten nach Großbritannien. Die übrigen Länder folgen nach größerem Abstand.

Sitz der deutschen Spielwarenindustrie ist für Metallspielwaren Nürnberg; für Puppen, Holzspielwaren und Christbaumschmuck vor allem Thüringen (Sonneberg!). 1927 betrug der Anteil des Nürnberger Bezirks 32 %, der des Thüringer Bezirks 33 % der gesamten deutschen Erzeugung an Spielwaren.

Absatzwege

Spielwaren werden in großem Umfange in Kleinstbetrieben hergestellt, die hausgewerbliche Arbeit ist noch sehr weit verbreitet. Hieraus ergibt sich, daß der Absatz unter Ausschaltung des Großhandels an den Einzelhandel nicht nur unmöglich ist, sondern sich sogar noch zwischen den Hersteller und den Großhändler ein Handelsglied einschieben muß. Es ist das der Verleger bzw. der Kommissionär. Dieser übernimmt es, die Erzeugnisse des Hausgewerbetreibenden zu fakturieren, zu finanzieren, gegebenenfalls die Kollektionen zusammenzustellen u. a. Er übernimmt auch z. T. die Verpackung, die Ausfuhr, kurz alles das, was einem mittleren oder auch kleineren Betrieb möglich ist, dem einzelnen, unvorgebildeten Handwerker aber nicht. Es gibt Kommissionäre, die ihre eigene Vertretung auf der Leipziger Messe haben.

Der selbständig arbeitende Kommissionär bzw. Verleger liefert an den Großhandel unter Berechnung seiner Provision. Die Preise selbst setzt der Großhandel im Anschluß an die Herstellerpreise fest. Der Kommissionär ist im Nürnberger Bezirk bekannt, während seine Funktion in Thüringen der Verleger und im Erzgebirge der Aufkäufer übernimmt, die beide zumeist ein Lager in allen gängigen Spielzeugen unterhalten und dann kommissionsweise liefern. Kommissionär, Verleger und Aufkäufer sind nicht unbedingt einander gleichzustellen, ihre Arbeiten und Funktionen unterscheiden sich in einigen Punkten voneinander, auf die hier aber nicht einzugehen ist.

An den letzten Verbraucher werden Spielwaren durch Spielwarenspezialgeschäfte, Gemischtwarengeschäfte, Waren-, Kaufhäuser und Einheitspreisgeschäfte abgesetzt.

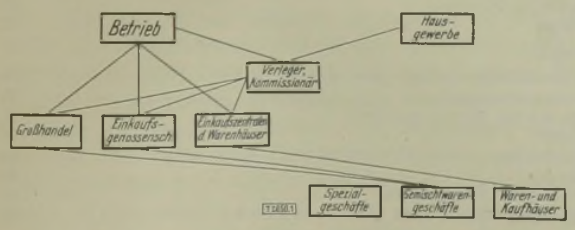


Abb. 1. Die Absatzorganisation der Spielwarenindustrie

In schematischer Darstellung ist die Organisation des Absatzes in Abb. 1 wiedergegeben.

Der Umsatz in Erzeugnissen der Spielwarenindustrie ist nur in Groß- und Mittelstädten so groß, daß sich für reine Spielwarengeschäfte eine Existenzmöglichkeit bietet. Von berufener Seite wurde die Zahl der deutschen Geschäfte, die nur Spielwaren führen, auf rd. 50 geschätzt [1]). Weit häufiger werden Spielwaren in Geschäften abgesetzt, die nur als zusätzlichen Artikel Spielwaren führen. Drogerien, Fachgeschäfte für Haus- und Küchenbedarf, Papier- und Schreibwaren, elektrotechnischen Bedarf u. a. führen sehr oft Spielwaren (Malbücher, Spielautos, Eisenbahnen, Weihnachtsschmuck, Puppen usw.). Die Forschungsstelle für den Handel beim RKW schätzt den Umsatzanteil der Einzelhandelsgeschäfte wie folgt:

Zahlentafel 1

Aufbau des Einzelhandelsumsatzes an Spielwaren [2])

Spielwarenspezialgeschäfte	rd. 20%
Warenhäuser	„ 14%
Einheitspreisgeschäfte	12 bis 15%
Selbständiger Facheinzelhandel mit gemischtem Warenkreis, Ambulanter Handel, Versandgeschäfte	50 „ 55%
	100%

Die gleiche Stelle schätzt den Gesamtumsatz auf rd. 100 Mill. RM im Jahre 1934. Dabei wurde in Ermangelung einer genaueren Feststellung die Schätzung des Enquête-Ausschusses von rd. 220 Mill. RM für das Jahr 1928 zugrunde gelegt und in Verbindung mit Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung bezüglich der Preisentwicklung und der Kapazitätsausnutzung des Industriezweiges gebracht.

Die Warenhäuser machen alle Anstrengungen, um ihren Anteil am Gesamtumsatz weiter zu erhöhen. Sonderwerbungen in Zeitungen und Prospekten, Spielwarenausstellungen und Märchenvorführungen zur Weihnachtszeit werden zu diesem Zwecke veranstaltet.

Die jahreszeitliche Umsatzentwicklung

a) des Spielwareneinzelhandels

Die jahreszeitliche Umsatzentwicklung der Spielwarenindustrie unterscheidet sich stark von der des Spielwareneinzelhandels. Letzterer weist naturgemäß seine höchste Leistung im Weihnachtsmonat Dezember auf, auf den im Durchschnitt 40 % des gesamten Jahresumsatzes entfallen.

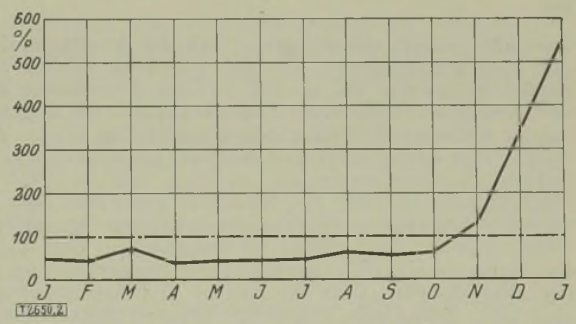


Abb. 2. Die Saisonentwicklung des Spielwareneinzelhandels (Monatsdurchschnitt 1934 = 100)

In einzelnen Fällen wurden sogar 60 % des Jahresumsatzes allein im Dezember umgesetzt. Nach Forschungen der FfH in vier Spielwarenspezialgeschäften ergibt sich die in Abb. 2 dargestellte Saisonkurve, die neben dem typischen

1) Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. 5. Arbeitsgruppe Bd. 19 S. 222.

2) FfH-Mitteilungen 1935 Nr. 9/10.

großen Ausschlag zu Weihnachten nur zum Osterfest eine geringe Belebung aufweist.

Spielwarenspezialgeschäfte sind gezwungen, auch während der acht stillen Monate die festen Kosten (Gehälter und Steuern sind es zum Teil, Mietkosten, Heizung und übrige Raumkosten ganz) zu tragen, während Handelsgeschäfte, die Spielwaren nur zusätzlich führen, sich lediglich zu Weihnachten auf den hohen Absatz von Spielwaren umzustellen brauchen. In vielen Fällen wird dann zur Bewältigung der Arbeit Aushilfspersonal eingestellt.

b) der Industrie

Die jahreszeitliche Umsatzentwicklung der Industrie geht aus Abb. 3 hervor.

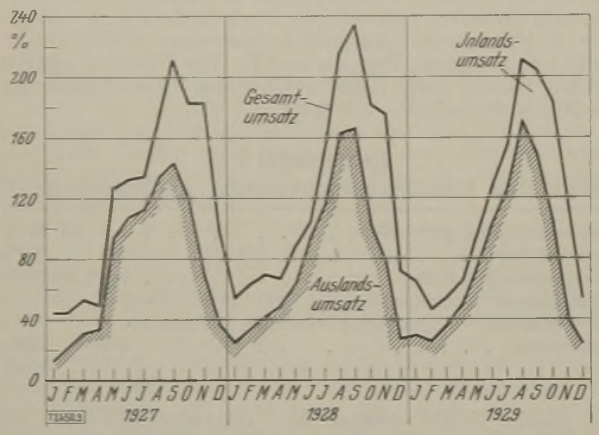


Abb. 3. Die jahreszeitlichen Umsatzschwankungen der Spielwarenindustrie [3]) (Monatsdurchschnitt 1926/27 = 100)

Diese Darstellung der Umsatzgestaltung der Industrie ergibt ein völlig anderes Bild als für den Handel. Sie zeigt, daß der Gesamtumsatz vom Tiefstand im Januar bis zum August und September steil anzusteigen pflegt, um dann sofort wieder abzufallen. Die Spitze liegt also kurz nach der Jahresmitte und nicht im Dezember. Weiter zeigt es sich, daß ausschlaggend für die Umsatzgestaltung der Industrie der Auslandumsatz ist, dessen Höchststand in den Monaten August und September liegt. Dieses wieder hat seinen Grund in der Wichtigkeit der überseeischen Ausfuhr. Der Inlandabsatz der Industrie ist im November am höchsten (1929 im Oktober), da der Handel sich 1 bis 1½ Monate vor dem Weihnachtsfest eindeckt.

Der Außenhandelsanteil ist bis heute gesunken; deshalb ist anzunehmen, daß der Gesamtcharakter der industriellen Umsatzgestaltung zwar der gleiche geblieben ist, das Ausmaß der Spitze nach der Jahresmitte jedoch abgenommen hat.

Aus Abb. 3 geht weiter hervor, daß die Absatzgestaltung der Spielwarenindustrie in den einzelnen Jahren nicht immer die gleiche ist, so daß für die Errechnung einer einigermaßen zuverlässigen Saisonkennziffer die Zugrundelegung mehrerer Jahresergebnisse notwendig wird. Während in den Jahren 1927 und 1928 der September die günstigsten Vertriebsergebnisse auswies, war es 1929 der August; auch ist 1929 der November gegenüber den Vormonaten abgefallen, während er sich sonst immer noch hielt. Für die jetzige Zeit ist anzunehmen, daß die Gesamtkurve in den Extremen weniger ausgeprägt ist, also der Höchstumsatz zwar im August und September liegt, aber zum Jahresende wegen des höheren Anteils des Inlandabsatzes nur wenig absinkt.

Die Umsatzentwicklung der letzten Jahre

Die Spielwarenindustrie ist leider noch nicht in die Produktionsstatistik einbezogen worden, so daß Schätzungen nur auf Grund privater Erhebungen angestellt werden können. Wie oben gesagt, schätzt die FfH den Einzelhandelsumsatz des Jahres 1934 auf rd. 100 Mill. RM. Nach Maßgabe der in 66 Spielwarengeschäften erzielten Umsätze ergibt sich zahlenmäßig folgende Entwicklung:

Zahlentafel 2. Die Umsatzentwicklung im Spielwarenspezialhandel 1930 bis 1934 (1930 = 100)

Jahr		Jahr	
1930	100,0%	1933	69,4%
1931	84,0%	1934	81,7%
1932	67,2%		

Das Jahr 1933 brachte nach einem Absinken auf rd. 67 % die erste Erholung, und 1934 lagen die Umsätze schon wieder um 18 % über dem Vorjahr. Die Umsatzbelebung kam übrigens nach Feststellung der FfH vor allem den größeren Betrieben zugute. In den Betrieben mit über 100 000 RM Umsatz war die Belebung gleich 19,2 % gegenüber 1933, bei denen mit einem Umsatz unter 25 000 RM gleich 16,8 %, bei den in der Mitte liegenden Betrieben gleich 17,1 %.

Die Handelsspanne

Der sich aus dem Unterschied zwischen Verkaufspreis und Einkaufspreis für den Einzelhändler ergebende und ihm verbleibende Betrag ist die Einzelhandelsspanne. Aus ihm muß er alle seine Kosten, die Raum- und Personalkosten, die Steuern, Abgaben und übrigen Nebenkosten decken. Was ihm nach Abzug aller dieser Unkosten verbleibt, ist sein Gewinn, oder es bleibt ein Verlust, wenn keine Deckung verbleibt.

Angaben über die Höhe der Handelsspanne bei Spielwaren können nur überschlägig gemacht werden, da sie bei den verschiedenen Artikeln und Artikelgruppen unterschiedlich sind.

Bedürfen Spielwaren bei der Lagerhaltung irgendeiner Pflege oder ist das Wagnis der technischen und modischen Überholung sehr groß, so benötigt der Einzelhändler wegen seiner höheren Kosten auch eine größere Spanne.

Für technische Spielwaren (Eisenbahnen, Spielautos, Stabilbaukästen) wird von den Herstellern eine Einzelhandelsspanne von 40 % des Verkaufswertes gegeben, häufig findet sich daneben der Rabattsatz von 33⅓ + 10 %.

Bei Bilderbüchern liegt die Spanne mit 35 % etwas niedriger, und bei Artikeln, die eine sorgfältigere Lagerung erfordern, sind 50 % vom Umsatzwert zur Bestreitung der Gesamtkosten und des Gewinns notwendig. [2650]

[3]) Dargestellt nach Angaben des Enquête-Ausschusses, a. a. O. S. 189.

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
Wirtschaftsführung. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 1
Wirtschaftliches aus Südafrika. Von Dr. Ernst-Justus Ruperti 7
Die deutschen Messen als Träger der Wirtschaftsbelebung und Wirtschaftsordnung. Von Prof. Dr. Karl C. Thalheim 9
Die Neuausrichtung beim Ausbau unsrer Agrarverfassung. Von Dr. J. Frost 15

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer. Von Wirtschaftsprüfer Geh. Baurat A. A. Schubert VDI . . 16
Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand 17
Kapitalherabsetzung in erleichterter Form 17
Die Körperschaftsbesteuerung öffentlicher Betriebe unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes 17

Wirtschaftsberichte:
Die deutsche Wirtschaft im Dezember 1935. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 18
Wirtschaftskennzahlen 22
Kohlenbergbau 23
Chemische Industrie 24
Verkehr 25

Schrifttum:
Wirtschaftswissenschaft und -politik 26
Arbeitswissenschaft 26
Industrielles Rechnungswesen 26
Vertrieb 27
Versicherung 28
Kalender 28
Aus andern Zeitschriften 28

Kartellwesen. Von Dr. S. Tschierschky 29

Industrieller Vertrieb:
Der Absatzmarkt für Spielwaren. Von Dipl.-Kfm. H. Norden 31

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Georg Freitag VDI, Berlin. — VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40.
Triasdruck G. m. b. H., Berlin SW 19, Dresdener Str. 97. — Copyright by VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7